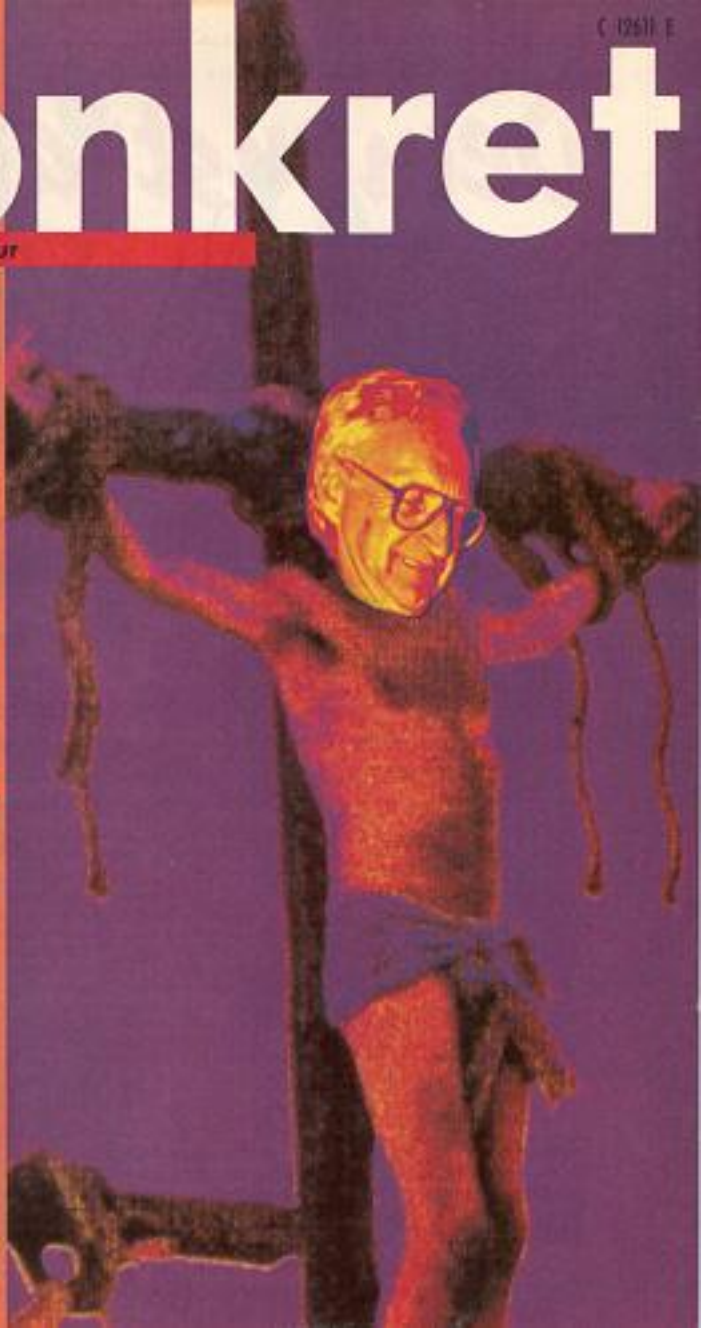
Heft 10 Oktober 1995 8,– DM

C 12611 E

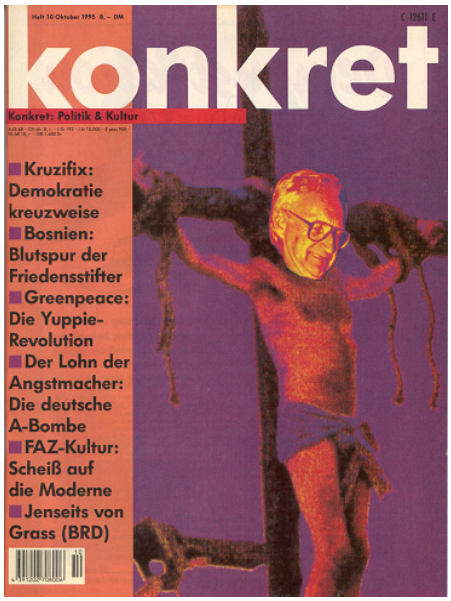
konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Kruzifix: Demokratie kreuzweise
- Bosnien: Blutspur der Friedensstifter
- Greenpeace: Die Yuppie-Revolution
- Der Lohn der Angstmacher: Die deutsche A-Bombe
- FAZ-Kultur: Scheiß auf die Moderne
- Jenseits von Grass (BRD)



in konkret Oktober 1995



von konkret

an konkret

Kein Schiff wird kommen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Blutspur der Friedensstifter von Jürgen Elsässer
Der Frieden, der den Krieg gebiert: Die Bombardements in Bosnien haben den Konsens zwischen der Nato und Rußland zerstört, sie sind nicht der Abschluß des Krieges in Bosnien, sondern der Beginn des Krieges gegen Jugoslawien

Mit jedem Schuß... von Thomas Becker
Über das gedeihliche Fortwirken der deutsch-kroatischen Freundschaft

»Lösungen sind da« von Wolfgang Möhl
Greenpeace, das organisierte Umweltgewissen, unterwegs im Dienst der nationalen Standortpolitik

Die neuen Missionare von Christian Schmidt
Die »Internationale« der »Regenbogen-« und Menschenrechtskämpfer macht den internationalen Freihandel mit einem Schuß Moral schmackhaft

Lohn des Protests von Matthias Küntzel
Am Tag nach dem Angebot Frankreichs, seinen »atomaren Schutzschild« auf Deutschland auszudehnen, gab sich die hiesige Öffentlichkeit verblüfft. Von einem »Angebot, das Irritationen auslöst«, von »neuer außenpolitischer Dynamik«, von einem »französischen Vorstoß«, einer »Offerte Chiracs« und einem »durchsichtigen Versuch Frankreichs« war die Rede. Dabei haben deutsche Politiker seit Jahren auf eben diesen Moment hingearbeitet

Unter dem Kreuz lernen, für den Staat sterben! von Peter Römer
Nur vordergründig geht es beim Streit um das sog. Kruzifix-Urteil um Kreuz und Christentum. Tatsächlich zielen die Kritiker des Bundesverfassungsgerichts auf eine Umgestaltung der Verfassungsordnung

Jeder ist uns der nächste 39 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Termine

»Richtige Drecksau« von Christian Schmidt
Radovan Karadzic meets Gerhard Schröder

Wurzel aus 129a: Werbung dritten Grades von Oliver Tolmein
Es war die seit langem größte Staatssicherheitsaktion gegen linke Gruppen und gleichzeitig ein kleines Jubiläum: das 150. Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen »radikal«.

Tapfere Konstruktion von Oliver Tolmein

Arrangez-vous! von Pascal Beucker
Wieder ist einer von denen, die 1968ff ganz links aufgebrochen waren, ganz rechts angekommen: wie der Maoist Zitelmann und der DKP-Vorstand Schütt nun der revolutionäre Kämpfer Thomas Schmid

Euro-Bubble III von Eckhard Voss
Dinos im Jurassic Park – Auf der Suche nach den europäischen Gewerkschaften

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Hintzes Ontologie von Stefan Ripplinger
Der wütenden Kritik, die Günter Grass' Roman »Ein weites Feld« ausgelöst hat, geht es nicht um ein Buch, sondern um die Verabschiedung der alten BRD-Kultur

Der Kanon des Frank S. von Joachim Rohloff
Daß die Vergangenheit ihre Zukunft noch vor sich hat, daran würde er zu gerne glauben. Über den Chef des Literaturressorts und Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Frank Schirrmacher, und seine Agitation gegen die Moderne

Von Schuhu bis Pappel von Heidi Urbahn de Jauregui
Über die Erzählungen des Schriftstellers Peter Hacks

Generation XY, übernehmen Sie von Patrick Grad
Stoff für Identifikationssüchtige: das neue »Kursbuch«

Kitsch und Wahrheit von Klaus Bittermann
»Land and Freedom« – Ken Loach hat einen Film über den Spanischen Bürgerkrieg gedreht

»Späte Rache für Pearl Habour« von Georg Seeßlen
Ein Film, der als Krisenmetapher sehr viel interessanter ist denn als ästhetisches Produkt: Kevin Costners »Waterworld«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/95, S. 4

von konkret

Abo-Kampagne: 416 Leser sind bis Redaktionsschluß dem Aufruf im letzten Heft gefolgt, KONKRET jetzt zu abonnieren. Das ist schön – gebraucht aber werden insgesamt 2.000 neue Abonnenten, um erstens einen Redakteur einstellen, zweitens die Preiserhöhungen von Post (15 Prozent) und Papier (44 Prozent) verkraften zu können. Wer es sich leisten kann und will, kann Leuten, die sich aus Geldmangel KONKRET nicht mehr leisten können, Abonnements stiften (bitte die beigeheftete Karte benutzen) oder einfach eine Spende auf das **Konto 0742584209 BLZ 20010020** bei der Postbank Hamburg überweisen.

Nicht ohne Stolz ist zu melden,daß KONKRET *die* staatl. gepr. verfassungsfeindliche Publikumszeitschrift des neuen Deutschland ist. Im vertraulichen Teil (VS – nur für den Dienstgebrauch) der »Informationen des niedersächsischen Verfassungsschutzes« wurde gemeldet:

Der KONKRET-Autor und derzeitige Chefredakteur der »jungen Welt«, Jürgen ELSAESSER, hat in der jW vom 1. Oktober offen zur Gewalt gegen den Staat aufgerufen. In einem Kommentar zum 4. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands kritisiert er die linke »Opposition gegen Deutschland« als nahezu wirkungslos... Die Konsequenz sei: »Schluß mit der lähmenden Bündnispolitik, Schluß mit den langweiligen Demonstrationen...«

Es folgt eine »Anmerkung«:

In derselben Ausgabe der jW werden erneute Änderungen in der Redaktion angekündigt. Die Verlagsleitung habe auf Anraten des »Beraters« Hermann L. GREMLIZA die bisherige Chefredaktion aus drei Personen zur Monatsmitte abberufen, mindestens eine davon werde die Zeitung verlassen; ELSAESSER werde jedoch weiter in der Redaktion arbeiten. Seit der »Neukonzeption« der jW im Mai ist dies die dritte »Säuberungswelle«, mit der die Zeitschrift offensichtlich auf den politischen Kurs von KONKRET ausgerichtet wird.

Abgesehen davon, daß weder im Mai noch im Oktober irgendein Mitglied der Redaktion gekündigt worden ist, es also weder eine erste noch eine zweite »Säuberungswelle« gab, verrät die Rede von einer »dritten« den Spitzel des VS. Warum? Das wird noch nicht verraten.

Reaktionen auf die diesjährige Lesereise eines Verfassungsfeinds:

»Süddeutsche Zeitung«: *Kann man die Bild-Zeitung wirklich noch hassen...? Man kann vielleicht nicht mehr, aber einer kann es bestimmt. Hermann L. Gremliza. Niemand hütet das revolutionäre Feuer so beständig wie er. Und nicht nur die fetten Feinde aus dem Westen greift der KONKRET-Herausgeber an. Auch die Bürgerrechtler und sanften Schreiber vom Prenzlberg haben es schwer bei ihm, vor allem, wenn sie nicht schreiben können. »Stasi in die Produktion! Du begleiten!« heißt sein Befehl an Lutz Rathenow, zur besseren Verständlichkeit im Indikativ gehalten... Das Publikum ist von Gremlizas Lesung aus »Ganghofer im Wunderland« und anderen Texten begeistert, es wärmt sich am prasselnden Sprachfeuer. Ab und zu etwas Klassenkampf, das hat ja doch seinen Reiz.*

»Neue Wetzlarer Zeitung«: *Ein Alt-Linker beim Nachkarten... Immer giftige, manchmal bloß boshafte Anmerkungen eines älteren Herrn... Überwältigende Geistesblitze waren nicht notwendig, um das Publikum zum Lachen zu bringen... Man lachte beflissen an den passenden Stellen, schon um zu zeigen, daß man verstanden hatte...*

»Westdeutsche Allgemeine Zeitung«: *Gremliza las in der Universität. In seinen durch intellektuelle Präzision und Formulierungskraft bestechenden Texten geht er mit Politikern und Journalisten hart ins Gericht...*

»Marabo«: *Auch Gremliza kann man kaufen. 1.300 Deutschmark betrug, nach Auskunft der Zahlungspflichtigen, der Freundschaftspreis des KONKRET-Herausgebers für eine etwa 90minütige Lesung. Als Gegenwert bot der Meister des Rechthabens seinem andächtig lauschenden, jugendlichen Publikum ausgewählte Häppchen seiner sprachkritischen Kunst. Anschließend, beim Bier danach, näherten sich die Initiatoren der Veranstaltung und andere Bewunderer dem unbeugsamen 68-jährigen autoritätsfürchtig und voll der Ehrfurcht...*

Daß die dümmste Stimme immer aus einem ehemaligen Szene-, jetzt Klamotten-Blättchen dringt, war ein Thema der Lesung. Daß er die Reisekosten zum Honorar rechnet, den Arbeits- und Zeitaufwand der Lesung auf 90 Minuten taxiert und einen 68er für einen 68jährigen hält, ist freilich eine Leistung, die nach Nennung des Autorennamens schreit: Thomas Meiser heißt der hoffnungsvolle Nachwuchs, dessen sich vielleicht sogar die Jeanshändler schämen könnten, deren Anzeigen den honorigen Teil der Illustrierten bilden.

KONKRET auf der Buchmesse: Halle 6.0 G, Standnummer 137. Anwesend vom 11. bis zum 16. Oktober (fest zwischen 15 und 18 Uhr): Wolfgang Schneider (Redaktion) und Olaf Berg (Anzeigen). Zeitweise auch Jürgen Elsässer und Hermann L. Gremliza.

Konkret 10/95, S. 6

an konkret

Nachgeschlagen

KONKRET 9/95: Von KONKRET

»Zynischundmenschenverachtend«, was mag das sein? Wir schlagen nach, im *Wörterbuch des Teufels* von Ambrose Bierce.

MENSCH: Ein Tier, das so in die verzückte Betrachtung dessen versunken ist, wofür es sich selber hält, daß es übersieht, was es zweifellos sein sollte. Seine Hauptbeschäftigung ist die Ausrottung anderer Tiere und seiner eigenen Art, die sich jedoch mit einer so hartnäckigen Geschwindigkeit vermehrt, daß sie die gesamte Erde und Kanada verseucht.

VERACHTUNG: Eines vorsichtigen Mannes Gefühl für einen Feind, der zu mächtig ist, um ihn gefahrlos zu bekämpfen.

ZYNIKER: Ein Lump, dessen fehlerhafte Sicht die Dinge sieht, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten. Daher rührt der skythische Brauch, einem Zyniker die Augen auszustechen, um seinen Sehfehler zu korrigieren.

Noch Fragen?

Hans Walter Krause

Hamm

Und nun?

KONKRET 9/95: »Verderber der Jugend« von Michael Scharang

Es ist mir gleichgültig, wie ihr das mediale Problem löst (CD, Kassette, WAV-Datei auf Diskette oder im Internet), aber in die nächste Nummer gehört unbedingt ein 12-Ton-Jodler von Michael Scharang! Ansonsten habt ihr den zweiten Teil eurer Zeitschriftenbezeichnung »Politik & Kultur« nicht verdient.

Christian Maul

Berlin

Ingenium? Und ob!

KONKRET 9/95: Tomayers ehrliches Tagebuch

Sehr geehrter Herr Tomayer,

Ich find' Ihr jüngstes Gedicht (wie die meisten Ihrer Gedichte!) ausgesprochen schön, und wenn's wirklich ein Ergebnis von nicht (!) drei Minuten vor der Rückseite eines Fax-Sendeberichts ist, beneide ich Sie ob Ihres Ingeniums rückhaltlos und von Herzen.

Aber – was Ihre Frage nach dem »Kern von der Nuß an der Staude des Übels« anlangt – , was kann man für die Zukunft des Sujets »Urlaubsflirtgedicht« erwarten, wenn schon die öffentlichrechtliche Moderatorin, die dies zu vermitteln hätte, von Ironie bzw. Satire noch nie etwas gehört hat??? Nichts wird sich also ändern ...

Lutz Bieg

Köln

Czichons Erzählungen

KONKRET 8/95: »Fußnote 63« von Otto Köhler

Bisher hatte ich Otto Köhlers Artikel immer ganz gern gelesen, er nahm immer die ›rechten‹ Leute aufs Korn, und was er über sie schrieb, war auch – soweit ich das zu beurteilen vermochte – zuverlässig. Anders seine »Fußnote 63«, allerdings nur deren erste 100 Zeilen. Soweit er die »Deutsche Bank« ins Visier nimmt, ist alles in Ordnung.

Nicht jedoch, was er – in voller Unkenntnis des wahren Sachverhalts, aber blindlinks der »ganz hübsch kafkaesken Geschichte« vertrauend, die ihm der eher an Tartarin von Tarascon erinnernde Eberhard Czichon auftischte – in eben

diesen ersten 100 Zeilen zu Papier brachte.

Beginnen wir mit dem dicksten Schwindel: Zunächst heißt es treffend, die von der SMA (Sowjetische Militär-Administration) beschlagnahmten Akten der Deutschen Bank seien der Regierung der DDR übergeben worden. Aber dann: »Und da lagerten sie in einem Heizungskeller und drohten zu verrotten, bis Czichon sie entdeckte. Er hat sie gerettet und dafür gesorgt, daß sie entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ins Zentral-Archiv der DDR nach Potsdam gebracht und sorgfältig registriert wurden. Da lagen sie nun, und Czichon schrieb auf ihrer Grundlage sein Buch über Abs.«

Schwer zu sagen, was hier bewunderungswürdiger ist – die Dreistigkeit der Lüge oder ihre Lächerlichkeit: Was muß dieser Czichon doch für ein einflußreicher Mann gewesen sein, wenn er es vermochte, die Bürokraten des »totalitären SED-Regimes« so ohne weiteres auf Trab zu bringen! Natürlich hat er nichts vor dem Verrotten gerettet, weil es nichts zu retten gab. Lange bevor ein Czichon auch nur daran dachte, sich mit der Deutschen Bank und ihren Akten zu beschäftigen, haben viele Benutzer – darunter auch ich – die wohlgeordneten, ordentlich magazinierten und sorgfältig registrierten Deutsche-Bank-Akten im »Deutschen Wirtschafts-Institut« in der Clara-Zetkin-Straße in Berlin benutzt und ihre Veröffentlichungen auf dieser Grundlage geschrieben. Dazu gehören vor allem natürlich die Mitarbeiter des DWI, aber auch andere Publizisten und Wissenschaftler, wie z.B. Dietrich Eichholtz. Von ihm erhielt ich 1963 den Hinweis, für meine Dissertation über die Röhm-Affäre, fertiggestellt 1964, müsse ich unbedingt die DB-Akten einsehen, was ich mit großem Gewinn dann auch tat. Czichon selbst hat die DB-Akten – wie im »Neuen Deutschland« v. 18.2.94 nachzulesen – »Ende der 60er Jahre« »entdeckt«.

Von der Wahrheit genauso weit entfernt ist die Behauptung, Czichon habe dafür gesorgt, daß die DB-Akten vom DWI ins Zentral-Archiv verlagert wurden, und daß sie erst dort »sorgfältig registriert« worden seien. Sie erhielten da lediglich andere, sich in das vorhandene System einordnende Signaturen; in einem Vergleichsregister konnten aber jederzeit die alten Signaturen festgestellt werden.

Zweiter Schwindel: Czichon, wegen dessen verantwortungslos schludriger Arbeit Abs den von ihm gegen Czichons Buch und den Verlag Pahl-Rugenstein seinerzeit angestrengten Prozeß gewann, stellt die verflossene DDR und ihre von der Rachejustiz der BRD verfolgten Funktionäre als diejenigen hin, die vorsätzlich Abs diesen Sieg in die Hände gespielt hätten. Bei Köhler heißt es: »Zum Nutzen der Deutschen Bank und gegen den marxistischen Historiker war die Stasi ausgeschwärmt.« (Natürlich, gegen einen Kerl wie Czichon müssen schon Stasi-*Schwärme* in Bewegung gesetzt werden!) Und was haben die Stasi-Schwärme getan? »Da lagen sie nun (die DB-Akten, K.G.) ..., bis die Stasi kam und die Handakten aller Vorstandsmitglieder, insbesondere von Abs, beschlagnahmte und in ihr Geheimarchiv nach Weissensee brachte. Was wollte die Staatssicherheit während des Prozesses, den Abs gegen Czichon führte, mit den Handakten von Hermann Josef Abs?« Köhler weiß die Antwort: »Der Abtransport der Akten durch die Stasi ... hatte ein klares Ziel. Czichon sollte in seiner Verteidigung gegen Hermann Josef Abs behindert werden.«

Nach alledem ist für Köhler klar, daß der Prozeß nur verloren ging, weil die Stasi das so wollte. Wahr dagegen ist: Solange Czichon an seinem Buch arbeitete, standen ihm alle gewünschten Akten zur Verfügung. Die Handakten wurden viel später, nämlich während des Prozesses, und zwar im Interesse der Abweisung der Abs-Klage, also für die Zwecke der Verteidigung, aus dem Bestand zeitweilig herausgelöst und einer für die Verteidigung gebildeten Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt.

Im übrigen: Abs konnte mit einiger Gewißheit, einen Prozeß gegen den Autor und den Verlag zu gewinnen, den Prozeß in Gang setzen, weil das Buch so schludrig gearbeitet war und eine Fülle schlecht oder gar nicht belegter Behauptungen und Beschuldigungen enthielt. Von DDR-Seite wurde für die Verteidigung von Czichon und dem Pahl-Rugenstein-Verlag der erfahrenste und fähigste Verteidiger, F.K. Kaul, mit der Verteidigung beauftragt. Nur weil Czichon steif und fest behauptete, alle Behauptungen seines Buches dokumentarisch belegen zu können, war Kaul überhaupt bereit, die Verteidigung zu übernehmen. Denn daß dieser Prozeß für die DDR sehr teuer, für den Verlag aber ruinös werden konnte, wenn er verloren ginge – das war von Anfang an klar. Er wurde also – das muß mit Nachdruck festgestellt werden – von DDR-Seite, gestützt auf die Versicherung Czichons, in der festen Überzeugung begonnen, ihn gewinnen zu können.

Czichons Versicherung erwies sich aber sehr bald als verantwortungslose Prahlerei. Nachdem ihm das klargeworden war, wollte Kaul mit Czichon nichts mehr zu tun haben. Der war in diesem Prozeß zur Trumpfkarte für die Gegenseite geworden. Der Prozeß ging verloren, weil trotz größter Bemühungen eines hochkarätigen Kollektivs *seriöser* Wissenschaftler, für die alle Akten, die Czichon als Beleg angegeben hatte, herangeholt wurden – *das* ist die bei Köhler erwähnte Stasi-Beschlagnahme *gegen* Czichon! – , immerhin 32 von Abs beanstandete Behauptungen übrigblieben, für die keine Belege beigebracht werden konnten.

Kurt Gossweiler

Berlin

Konkret 10/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Kein Schiff wird kommen

Für die eine Million Menschen, die jetzt in die Stadt zurückgekehrt sind, gibt es keine Aussicht, Arbeit zu finden. Es wird nicht produziert. Die Inflationsrate beträgt allein für dieses Jahr 200 Prozent. Verbrechen, Korruption und Prostitution greifen um sich. Tausende von Frauen – Witwen, die ihre Kinder nicht ernähren können, junge Mädchen, deren Familien hungern – werden in die Prostitution getrieben, selbst vierzehnjährige Mädchen verkaufen sich für eine Mahlzeit oder ein Kleidungsstück. »Was heute geschieht, ist schlimmer, als wir es je erlebt haben«, sagt der Mathematikprofessor M.
Aus: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Was hier beschrieben wird, ist das Resultat der größten Menschenrechtskampagne der jüngeren Zeit, an der leidenschaftlich mitgewirkt haben: die Bundesregierung, die Sozialdemokraten, die Grünen, die Zeitungen, die TV-Sender, die Schriftsteller und alle Gesellschaften für bedrohte Völker zwischen Göttingen und dem Cap Anamur. Nein, noch ist nicht von Shanghai solche Rede, sondern von Kabul. Sie erinnern sich? Kabul, die Hauptstadt Afghanistans.

Lichtenberg wollte wissen, für wen die Taten vollbracht werden, von denen es heißt, sie würden fürs Vaterland getan. Das Vaterland hat viele Namen: die Götter, Christus, das Seelenheil, die Freiheit, die Kultur, die Demokratie. Sie sind die Firmenschilder, unter denen der immer gleiche Kreuzzug um die Macht und den Reichtum der Welt geführt wird, gegen die Ungläubigen, die Wilden, die Unterentwickelten. Die Ritter wollen wirklich nur ihr Bestes: ihre Arbeitskraft, ihre Rohstoffe, ihren Markt und ihre sittliche Erhebung. Der Kopfjäger ist das Alibi des Kopfgeldjägers.

Immer wenn der Schwindel aufflog, wurde umdekoriert. Nachdem sich die Firma unter dem Schild *Freedom and Democracy* in Vietnam bis auf die Knochen einiger hunderttausend Commies blamiert hatte, verfielen die Eigentümer auf den Einfall, ihren Laden fortan »Menschenrechte« zu nennen. Menschenrecht kann alles sein, vom Recht, nicht gefoltert zu werden, bis zum Recht, einen »Flitterabend« zu senden und zu empfangen: das Recht zu arbeiten, nicht zu arbeiten, zu reisen, zu hungern, nicht zu hungern, zu wählen, ein Auto zu fahren, einem Aberglauben anzuhängen. Sogar physiologische Befunde können als Menschenrechte reklamiert werden (»Fauler Kompromiß auf der Weltfrauenkonferenz: Weibliche Homosexualität ist kein Menschenrecht«, klagte die »Tageszeitung«).

Was Menschenrechte jeweils sind und was ihr Rang ist, wird von Fall zu Fall von denen definiert, deren Medien die Botschaft um die Welt tragen. Ganz oben stehen das Recht auf Privateigentum, das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht, zugunsten der Menschenrechte jedes andere zu brechen (also beispielsweise mit Marschflugkörpern Krankenhäuser zu beschießen). Nicht zu den Menschenrechten zählen das Recht auf Leben und das Recht auf Nahrung, weshalb alle Menschenrechtler auf China blicken und »Ein Schiff nach Mururoa« schicken, aber keine Mark nach Kabul. Menschenrechte sind Rechte, die die Firma »Menschenrechte« nichts kosten.

China hat sich, wie Rußland, von den Zielen des Kommunismus verabschiedet, anders als Rußland aber den diktatorischen Herrschaftsapparat beibehalten, in der Erwägung, daß das Kapital, das der Zutritt zum Weltmarkt kostet, nur so zu akkumulieren ist, wie das am Beginn jeder kapitalistischen Entwicklung geschah und geschieht – vor hundertfünfzig Jahren in Manchester nicht anders als heute in Korea oder morgen in Vietnam: indem der Staat mit all seiner Gewalt den Faktor Arbeit so billig und willig wie möglich hält, mit Hungerlöhnen, 80-Stunden-Woche, Kinderarbeit, ohne Urlaub, ohne Krankengeld, ohne Streik.

In Rußland gelten heute die Menschenrechte, wie in Kabul. In Peking nicht. Aber die Menschenrechtler sind sich nicht einig. Minister Kinkel wollte die »Menschenrechtsfrage« beim Staatsbesuch von Jiang Zemin »nicht mitten auf die Traktandenliste« setzen, was die Züricher »WochenZeitung« mit den bitteren Worten quittierte: »Es gibt keine festen beständigen Werte und Prinzipien angesichts dieses größten Wachstumsmarktes der Erde, dieser Milliarde von KonsumentInnen, die begierig darauf sind, ihre Arbeitskraft zu einem Zehntel des abendländischen Werts zu verkaufen.«

Ist es zynisch zu fragen, ob es den Menschenrechtlern lieber wäre, die Milliarde kriegte ihre Arbeitskraft überhaupt nicht verkauft? Oder soll sie zurückkehren zu den Lehren Mao Zedongs? Wer meint, die »Menschenrechtsfrage« gehe um Menschenrechte, stellt sich so dumm an wie einer, der den Christianisierern Südamerikas geglaubt hat, es gehe um den Glauben an Christus.

Daß die Chinesen, wenn sie auf den Weltmarkt wollen, für Ruhe auf dem Platz des Himmlischen Friedens sorgen müssen – die einen wissen's, die Dümmern ahnen's. Die einen versprechen sich einen gewinnträchtigen Markt für Waren und Kapital, die andern fürchten Einkommensverluste bei der Zurichtung des Standorts Deutschland für den Konkurrenzkampf mit der künftig größten ostasiatischen Wirtschaftsmacht. Diese halten die Fahne der Menschenrechte hoch (unterstützt von

dem Heer verkrachter Dichter und Denker, die sich längst ausgerechnet haben, an wievielen Goethe-Instituten zwischen Canton und Shanghai man welche Honorare einsammeln könnte), jene setzen sie auf Halbmast.

Beide handeln nach ihren Interessen. Ein trotzkistisches Zirkular glaubte kürzlich, das deutsche Publikum mit der Entdeckung hofieren zu sollen, daß die westlichen Alliierten den Krieg gegen Nazideutschland keineswegs aus humanistischen, sondern allein aus imperialistischen Motiven geführt hätten, und von »Befreiung« also keine Rede sein könne. Dabei lehrt das Beispiel nur, daß die Verfolgung eigenster Interessen die Menschheit mitunter besser vor Schaden bewahrt als die Hysterie der Altruisten. Den unsympathische-ren Eindruck machen, auf den ersten Blick, natürlich die Vor- und Nachsichtigen. Auf den zweiten, der den Vertreter der Menschenrechte vor der Kulisse von Kabul stehen sieht, gewinnt der Händler, dem wenigstens die Aussicht auf das Geschäft nahelegen könnte, den Käufer am Leben zu lassen.

Anmerkungen: 1. Bevor wieder einer aus der Horde, die nicht lesen kann, mich der Reklame für die Pekinger Diktatoren bezichtigt, die doch nur klüger und nicht besser sind als der Gorbatschow: Die Mittel, mit denen sie die Gesellschaft zurichten, sind bösartig wie ihr Zweck, der chinesische Weg zum Kapitalismus; verächtlich aber sind Leute, die den zu den Werten des Weltmarkts Bekehrten mit Menschenrechts-Schildern den Weg versperren, auf den sie sie gelockt haben. 2. Andere könnten verstanden habe, ich wollte die Menschenrechte bagatellisieren. Das Gegenteil ist der Fall; meiner Ansicht nach sind die Menschenrechte von zweifach großer Bedeutung: nämlich sowohl als Produktionsnachteil wie als Marketingvorteil.

Konkret 10/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Stamokap

Daß Gerhard Schröder beteuert hat, er empfinde es nicht als Beleidigung, wenn man ihn den Laufburschen des VW-Vorstands nennt, hat die Vorstände gerührt. Als ihn sein Parteichef Scharping schlecht behandelte, konnte die »Welt am Sonntag« berichten:

Unternehmer und Manager kritisierten die Ablösung Schröders. VW-Vorstandschef Ferdinand Piëch sagte: »Mein Eindruck ist, daß Schröder für die Arbeiter und den Standort Deutschland stärker kämpft, als es seiner Partei ins Konzept paßt.« Die deutsche Wirtschaft habe in Schröder einen »kundigen, aufgeschlossenen Gesprächspartner«, betonte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Franz Schoser,

der zu hoffen scheint, daß Schröder irgendwann vom Ministerpräsidenten in Niedersachsen (Laufbursche des VW-Vorstands) zum Laufburschen des Deutschen Industrie- und Handelstags (Bundeskanzler) aufrückt.

Kraft durch Antje

Vizepräsidentin Vollmer hat ein paar neue Duftmarken gesetzt:

Die Eskalation auf dem Balkan verlange wonach? Nach einer »Entdämonisierung von Armeen und Soldaten«. Zwar: »Ich bin Pazifistin und werde Pazifistin bleiben.« Aber: »Eine intelligentere pazifistische Ideologie muß her«, nämlich eine, die mit der Dämonisierung der armen Armeen aufhört, schließlich habe selbst Ghandi »nicht auf Soldaten gespuckt«. Auch den übrigen öffentlichen Dienst will Frau Antje entdämonisieren – zu einem »bürgernahen Kundenbetrieb«, zum Abbau öffentlicher Aufgaben, mit einem »Bundesamt für Bürgertätigkeit«, das Rentner für Umweltschutz, Hausaufgabenhilfe oder Gartenarbeit in städtischen Parks einteilt. Die Empfänger dieser und anderer Botschaften quittieren dankbar. Der stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen hat Frau Vollmer zu einer Diskussion in sein Düsseldorfer Gerhart Hauptmann-Haus eingeladen.

Sankt Norbert

Zum Beweis, wie edel, selbstlos, ehrlich und gut er ist, pflegt der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel die Öffentlichkeit mit der Veröffentlichung seines privaten Haushaltsbuches zu nerven. Kurz nachdem er zusammen mit der rechten Seite des Bundestags für Deutschlands dritte Kriegserklärung in diesem Jahrhundert gestimmt hatte, schlug Gansel jetzt vor, alle Abgeordneten sollten gesetzlich gezwungen werden, ihre gesamten Einkünfte offenzulegen. Vielleicht wird ja, wer erst Rühes Reisekostenabrechnung kennt, in seiner Liebe zum Kriegsminister erschüttert. Oder sollte es Leute geben, die einen Sozialdemokraten, der sich mit ein paar Mark überreden läßt, gegen den Krieg zu stimmen, einem Heiligen vorziehen, der ohne einen fremden Schein ganz unbestechlich fürs Gemetzel votiert?

Uns Heidi

Wenn andere in die Südsee fahren, schreiben sie Ansichtskarten. Die europapolitische Sprecherin der SPD gibt Interviews:

Was zieht Sie in die Südsee?

Heidemarie Wieczorek-Zeul: Das Ansehen ganz Europas steht auf dem Spiel.

Wann überschreiten sie die Zwölf-Meilen-Sperrgrenze?

Heidi: Wahrscheinlich gar nicht.

Könnte die Reise ungemütlich werden, etwa bei einer Zündung?

Heidi: Wir haben von Anfang an gesagt, wir reisen trotz dieser Möglichkeit.

Ist Ihnen gar nicht mulmig?

Heidi: Doch. Ich habe schon Angst.

Wegen eventuell freiwerdender radioaktiver Strahlen?

Heidi: Das Risiko muß ich einkalkulieren. Ich habe schon mit mir gerungen.

Doch am Ende hat sie über sich obsiegt. Die einzigen Opfer freiwerdender Radio-Aktivität aber wurden die Hörer der täglichen Wieczorek-Zeul-Interviews auf allen Kanälen, in denen sie, tausend Meilen vor Mururoa, den Ausfall der Zündung ihres Schiffsmotors beklagen durfte.

Einfallspinsel

Johannes Gerster, Mitglied des Präsidiums der CDU, verlangt, daß Nichtwähler eine Strafgebühr zahlen sollen. Wie man die »Demokratieverweigerer« ermitteln kann? Ganz einfach: »Nichtwähler sind anhand von Wahllisten bekannt, keiner kann sich einer Nichtwählergebühr entziehen.« Demnächst in diesem Idiotenclub: Tabaksteuer für Nichtraucher! Fleischvergiftung für Vegetarier!

Zonengrenze

Der Vorsitzende des nationalen Verteidigungsrats, Kamerad Minister Manfred Kanther, konnte melden, daß die Grenzorgane im Jahr 1994 an der deutschen Grenze zur Dritten Welt 130.000 ausländische Flüchtlinge am Grenzübertritt haben hindern können. Die Zahl der illegal Eingereisten, die von den Grenztruppen gestellt wurden, konnte gegenüber dem Vorjahr von 54.300 auf 31.065, die Zahl der Asylbewerber um 60 Prozent gesenkt werden. Dieser Erfolg sei der Aufstockung des Grenzschutz-Personals um 2.000 Beamte und besserer technischer Ausstattung mit Wärmebildgeräten und Nachtsichtbrillen zu verdanken, erläuterte der Kamerad Minister.

Agitprop

Wolf Heckmann, der frühere Chefredakteur und jetzige Chefkommentator der »Hamburger Morgenpost« nach den Nato-Bomben auf Bosniens Serben:

Die Pale-Serben fordern Schutz für 120.000 Serben am Rande Sarajevos. So etwas fällt ihnen immer erst ein, wenn sie Dresche kriegen.

Die einen werden von Bomben massakriert oder gemetzelt, den andern verabreichen die Bomben verdiente Prügel. Sie brauchen wirklich keinen Goebbels.

Urteil im Lernprozeß

Nachdem Josef Fischer zum zehnten Mal in fünf Tagen eingesehen hat, daß Vati doch recht hatte in allem und ein Tornado-Angriff auf serbische Völkermörder viel besser ist als ein Molotow-Cocktail auf Frankfurter Bullen, ist Vati die aufdringliche Liebedienerei des grünen Fraktionsvorsitzenden langsam leid. Seine »Frankfurter Allgemeine« läßt er sagen, Fischers »brillantes« Schreiben (Frau Vollmer) an die Fraktion, in dem er seine Partei zu freiwilligem Kriegseinsatz meldet, sei ein »gewaltiger Zeilenhaufen«, der Autor verrühre Urteile und »zahllose Betroffenheitskundgebungen zu einem zähen Seim«, »gar nichts in seinem allzu langen Text ist neu«. Zwar habe es »etwas zu Herzen Gehendes, wenn ältere Menschen die Welt neu entdecken« und »Grundeinsichten« formulierten wie die, »daß das Leben Voraussetzung der Gewaltfreiheit ist«. Aber »ein Hauch von Heuchelei« sei »bei alledem unvermeidlich«. So werde von Fischer »in Kenntnis linker Reflexe« unentwegt »der serbische >Faschismus< beschworen (als ginge es gegen die >Rechten<)«. Das nämlich hätte Vati und seiner »FAZ« noch gefehlt, daß ihr Umschüler das slawische Pack in die Nähe der Ihren, der Tudjman und Reißmüller, rückt. Nachsitzen!

Zyne-Zone

1994 beliefen sich die im Ausland getätigten deutschen Direktinvestitionen auf 23,8 Milliarden DM. Davon entfielen rund 4,6 Milliarden auf Investitionen in der sogen. Dritten Welt (»Entwicklungsländer« und »Schwellenländer«). Der Export der BRD hatte einen »Wert« von 731 Milliarden (+6,8 Prozent), wovon 13 Prozent auf die »Entwicklungsländer« (+ 12), 9,3 Prozent auf die ehemaligen RGW-Staaten (+12 – die BRD hat ihre führende Stellung hier ausgebaut, vor allem in Polen und der Tschechischen Republik), 11,9 Prozent auf Japan, USA und andere »Industriestaaten« außerhalb Europas (+15) und 65,1 Prozent auf EU-Staaten (+7,1) entfielen. Eher schlecht laufen die deutschen Geschäfte mit Ungarn, Brasilien, Mexiko und USA, besonders gut mit Iran, Südkorea, Singapur, Thailand und der VR China. In Vietnam, dessen »marktwirtschaftliches Reformprogramm Doi Moi« in der Presse als Glasnost-Variante gelobt wird (derzeitige Auslandsverschuldung: 5 Milliarden Dollar), rechnet sich die BRD große Chancen aus: »Viele vietnamesische Hochschulabsolventen aus der ehemaligen DDR nehmen heute politische Schlüsselpositionen in ihrem Heimatland ein.« Zynismus der Sieger.

»Greenpeace, das ist die Revolution der Reichen«

Eric Hobsbawn

Konkret 10/95, S. 12

Jürgen Elsässer

Blutspur der Friedensstifter

Der Frieden, der den Krieg gebiert: Die Bombardements in Bosnien haben den Konsens zwischen der Nato und Rußland zerstört, sie sind nicht der Abschluß des Krieges in Bosnien, sondern der Beginn des Krieges gegen Jugoslawien

Die Implosion des Realsozialismus hat den kapitalistischen Staaten eine Terra incognita geöffnet: Riesige Gebiete und halbe Kontinente, die dem Weltmarkt verschlossen und dem Kapitalexport unzugänglich waren, laden seit 1989/90 zum Profitmachen ein. Die Situation ähnelt jener der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, die »bekanntlich eine neue Sturm-und-Drang-Periode der europäischen Staaten eröffnete: ihre Expansion um die Wette nach den nichtkapitalistischen Ländern und Zonen der Welt« (Rosa Luxemburg). Zunächst waren die Konstellationen recht unübersichtlich, »ein Hin- und Herwogen von scharfen Gegensätzen und vorübergehenden Allianzen, von Spannungen und Entspannungen ...« Doch der »heimliche, im Stillen arbeitende Krieg aller kapitalistischen Staaten gegen alle auf dem Rücken asiatischer und afrikanischer Völker« mußte, so analysierte Luxemburg, »früher oder später zu einer Generalabrechnung führen«, der »in Afrika und Asien gesäte Wind« mußte »einmal nach Europa als fürchterlicher Sturm zurückschlagen, um so mehr, als der ständige Niederschlag der asiatischen und afrikanischen Vorgänge die steigenden Rüstungen in Europa waren«.

Im Unterschied zu damals sitzt das Hauptquartier der aufständischen Boxer allerdings nicht in Peking, sondern in Pale, das heißt viel näher an den Pulverfässern der imperialistischen Metropolen. Und auch wenn sich gegen die Unbotmäßigen eine vorübergehende Gemeinsamkeit der rivalisierenden Räuberbanden herstellt, ist doch vorhersehbar, »daß der europäische Weltkrieg zur Entladung kommen (wird), sobald die partiellen und abwechselnden Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten eine Zentralisationsachse, einen überwiegenden starken Gegensatz finden..., um den sie sich zeitweilig gruppieren können«.

Diese Zentralisationsachse, als die Rosa Luxemburg für den 1. Weltkrieg das Auftreten des deutschen Imperialismus analysiert, läßt sich für den 3. Weltkrieg noch nicht genau bestimmen. Einiges spricht dafür, daß die erpresserische Politik des Westens gegenüber Rußland, dessen rohstoffreiche Territorien durch die Stimulierung völkischer Sezessionen amputiert werden sollen, ein erhebliches Eskalationspotential birgt – noch ist Moskau eine militärische Supermacht.

Im Sommer 1994 hatte Rußlands Außenminister Kosyrew gewarnt, ein Auseinanderbrechen der Bosnien-Kontaktgruppe bedeute den 3. Weltkrieg. Alle Strafmaßnahmen, angefangen vom totalen Wirtschaftsembargo gegen Belgrad über die selektiven Luftschläge seit März 1994 bis zur Entsendung der Schnellen Eingreiftruppe im Juni 1995, wurden deshalb jeweils einvernehmlich in der Kontaktgruppe mit Kosyrew ausgekungelt und dann im Uno-Sicherheitsrat abgesegnet.

Nach monatelangem Drängen aus Bonn und Washington, die Nato dürfe kein »Subunternehmer« (Rühe) der Uno sein, wurden im Juli 1995 die Weichen anders gestellt: Angeblich als Reaktion auf den Fall der Moslem-Enklaven Srebrenica und Zepa wurde ein vereinfachtes Verfahren zur Durchführung von Luftangriffen beschlossen, mit dem die Uno – und damit das vetoberechtigte Sicherheitsratsmitglied Rußland – entmachtet wurde. Seither darf gebombt werden, sobald der französische General Janvier sich mit dem US-General Leighton Smith verständigt. Formal ist Janvier Unprofor-Oberkommandeur für Bosnien, de facto erhält er seine Befehle aus Paris. Smith ist Nato-Oberbefehlshaber für Europa-Süd; da jedoch die Militärschläge, wie der griechische Verteidigungsminister klagte, nie in den offiziellen Nato-Gremien beraten (geschweige denn beschlossen) werden, exekutiert auch er im wesentlichen nationale Interessen, in seinem Fall die der USA.

Mit der Aufnahme des Luftkrieges gegen die Serben hat die Nato die Russen bewußt ausgegrenzt. Die ohnmächtigen Proteste Jelzins und Kosyrews konnten zwar den Nato-Luftterror nicht beenden, nicht einmal begrenzen. Doch ist es zu mehreren Separattreffen zwischen Rußland und Großbritannien gekommen, wo im Vergleich zu anderen imperialistischen Staaten die Anti-Kriegs-Opposition am stärksten ist – sowohl bei den Tories als auch bei Labour sowie bei den Medien.

Vor allem aber hat Moskau seine politische Brüskierung mit gezielten Illoyalitäten beantwortet: Kein Tag vergeht, an dem die russische Nachrichtenagentur Itar-Tass nicht neue Indizien gegen die Propagandalüge verbreitet, mit der die Nato ihren Luftkrieg rechtfertigt – der angeblich von Serben am 28. August auf Zivilisten in Sarajevo verübte Granatenbeschuß. So gaben hohe Offiziere des russischen Geheimdienstes zu Protokoll, daß ihre westlichen Kollegen zusammen mit dem muslimischen Kommandeur Rasim Delic das Attentat inszeniert hätten. Schon im Februar hätten sie die Operation »Zyklon 1« mit dem Ziel der Diskreditierung der bosnischen Serben gestartet, »Zyklon 2« sei dann der Anschlag selbst gewesen.

Diese Anschuldigungen werden gestützt von den Aussagen des russischen Obersten Andrej Demurenko, dem Unprofor-Stabschef im Abschnitt Sarajevo. Er behauptet, die UN-offizielle Untersuchung des Blutbades, die schon einen Tag danach die Serben »ohne jeden Zweifel« der Tat beschuldigt hatte, sei »voller Fälschungen und Kurzschlüsse«. Nach seinen Erkenntnissen sei »nicht von den Positionen aus gefeuert worden, die im offiziellen UN-Bericht angegeben werden«. Auf eigene Faust und gegen den Willen seiner Vorgesetzten hat Demurenko die entsprechenden Stellungen zusammen mit

einem Begleiter abgefahren und untersucht. »Aufnahmen der Positionen und entsprechende Berechnungen befinden sich bei mir.«

Demurenkos Zweifel werden nach Angaben von Uno-Sprecher Chris Vernon von zwei weiteren Kritikern gestützt, die allerdings noch nicht an die Öffentlichkeit gegangen sind. Außerdem haben zwei Abgeordnete des US-Senats, Yossef Bodansky und Vaughn S. Forrest, die vorschnelle Schuldzuweisung an die Serben kritisiert. Sie leiten eine Untersuchungskommission der Republikanischen Partei, die »Task Force on Terrorism & Unconventional Warfare«, die sich seit längerem mit den Operationen von Mudjaheddin auf der Seite der bosnischen Muslime beschäftigt.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Nato die totale Niederlage der Serben will. Anders ist nicht zu erklären, warum die Luftangriffe begonnen wurden, obwohl Pale schon drei Tage zuvor den US-»Friedensplan« angenommen hatte. Obwohl dieser an der 51:49-Aufteilung zuungunsten der bosnischen Serben festhielt, enthielt er zwei Kompromißangebote: Die Serben sollten – im Tausch gegen Gebiete in Sarajevo – die Enklave Gorazde in Ostbosnien bekommen und dadurch ihr Territorium arrondieren können, und sie sollten das Recht erhalten, sich mit Jugoslawisch-Serbien zu assoziieren. Doch zum Zeitpunkt, als das Parlament in Pale dieser Paketlösung zugestimmt hatte, war der US-Plan schon wieder Makulatur geworden, und zwar auf Drängen der Fundamentalisten in Sarajevo und ihrer Hilfsmuezzins in Bonn. Niemals, so Kinkel, dürfte die Einheitlichkeit Bosnien-Herzegowinas durch Assoziierungslösungen für die Serben untergegraben werden. Und Izetbegovic hatte ergänzt, Gorazde dürfe nicht hergegeben und Srebrenica und Zepa müßten zurückerobert werden.

Solange die USA den Hardlinern aus Bonn und Sarajevo folgen, wird eine Verhandlungslösung nicht zustandekommen. Allerdings liegt genau das zumindest im objektiven Interesse der USA (nicht unbedingt im subjektiven der Unterhändler, von denen deswegen ab und zu auch einer tödlich verunglückt): Ein langdauernder Krieg im europäischen Haus soll den wichtigsten Weltmarktkonkurrenten schwächen und gleichzeitig einen aufnahmefähigen Markt für die US-Rüstungsindustrie schaffen. Die Aufhebung des Waffenembargos für die Muslime ist beschlossene Sache, und schon jetzt laufen Lieferungen via Zagreb und Tuzla.

In der ersten Woche des Luftkrieges wurden jeden Tag 300 Einsätze geflogen und dabei gezielt jene serbischen Gebiete bombardiert, die seit langem auf dem Wunschzettel der Moslems und Kroaten stehen: das Ozren-Gebirge in Mittelbosnien, das der Kontaktgruppenplan von 1994 der moslemisch-kroatischen Föderation zuschlägt, sowie das Hinterland von Dubrovnik, das Tudjman für Kroatien annektieren will. Selbstverständlich lassen sich die Serben nicht aus der Luft »in die Knie zwingen« (Kinkel). Doch es gibt unterhalb der Schwelle des Einsatzes von Nato-Bodentruppen zwei andere, bequemere Möglichkeiten: den erneuten Einsatz der Armee Kroatiens, die nach ihrem Blitzsieg in der Krajina Blut geleckt hat – Tudjman will demnächst in Banja Luka, also im serbischen Westbosnien, Kaffee trinken und droht ganz ungeniert mit der Rückeroberung von Ostslawonien; und die Intensivierung des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung, die jetzt schon – im Unterschied zu den gut verbunkerten Militäreinheiten – den Angriffen zum Opfer fällt. In diesem Falle würde eine massive Fluchtwelle nach Jugoslawien einsetzen – mit unübersehbaren, aber von der antiserbischen Kriegskoalition gewünschten Folgen.

Jugoslawisch-Serbien nämlich ist mittlerweile so sehr destabilisiert, daß es seine hungrigen Nachbarn zu weiteren Angriffen direkt einlädt. Seit 1991 sind 700.000 Flüchtlinge nach Jugoslawien gekommen, zuletzt 160.000 aus der Krajina, Dunkelziffern nicht mitgerechnet; das entspricht 8 Prozent der Bevölkerung. Auf BRD-Verhältnisse umgerechnet wäre das so, als ob in kurzer Frist 6,5 Millionen Menschen hierher gekommen wären – es wäre selbst für die hochentwickelte deutsche Wirtschaft schwierig, diesen plötzlichen Zustrom zu verkraften. Noch viel mehr gilt das für Jugoslawien, das die Flüchtlinge nicht als Asylbewerber behandelt, das heißt mit Almosen abspeist, sondern vom ersten Tag an alle Bürgerrechte, volle Sozialleistungen und medizinische Versorgung gewährt.

Verschärft wird die Lage durch das seit 1991 wirksame totale Wirtschaftsembargo. Der Staat ist pleite, die Arbeitslosigkeit steigt, Produktionsanlagen verfallen: Man kann sich ausrechnen, wann im einst reichsten Land der nichtkapitalistischen Welt Hunger und Seuchen ausbrechen werden. Oder ein Aufstand. Denn der Westen setzt Jugoslawien nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch unter Druck. Weil Belgrad versucht, die Flüchtlinge einigermaßen gleichmäßig auf alle Provinzen zu verteilen, erheben die völkischen Beobachter von »FAZ« bis »Taz« Geschrei, es drohe eine »Serbisierung« im Kosovo und in der Vojvodina. Dabei sind in den letzten 15 Jahren mehrere hunderttausend Serben aus dem Kosovo weggezogen, und lediglich 4.000 Flüchtlinge wurden nach 1991 neu angesiedelt. Albanien jedenfalls fühlt sich schon mächtig stark und bestreitet Jugoslawien das Recht, seine staatliche Souveränität im Kosovo auszuüben. Zur Absicherung seiner Ansprüche hat Tirana bereits im Dezember 1994 ein Militärabkommen mit Zagreb geschlossen, Zagreb seinerseits hat einen Militärpakt mit Sarajevo, und Sarajevo mit Ankara. Der Ring ist geschlossen.

Durch die Eskalation in Bosnien ist Jugoslawien vor die Wahl gestellt, entweder einen weiteren Flüchtlingsstrom wie nach der Säuberung der Krajina in Kauf zu nehmen – und dadurch den wirtschaftlichen Kollaps und einen Sezessionistenaufstand im Kosovo zu riskieren; oder aber den Krieg, der ihm wortlos erklärt wurde, selber zu führen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 9/95 über die propagandistische Vorbereitung der kroatischen Invasion in der Krajina

Konkret 10/95, S. 14

Thomas Becker

Mit jedem Schuß...

Über das gedeihliche Fortwirken der deutsch-kroatischen Freundschaft

»Nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker werden den Bau Europas dereinst vollenden.«
Helmut Kohl 1985 vor dem Deutschen Bundestag

»Die wahren Ursachen der Spannungen in Europa«, erläuterte der damalige Verteidigungsminister und spätere Nato-Generalsekretär Manfred Wörner am 5. Oktober 1986 die außenpolitischen Richtlinien der Kohl-Regierung, seien »die widernatürliche Teilung Europas, die widernatürliche Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen und der Osteuropäer sowie die Zementierung der Folgen des zweiten Weltkriegs«. Diesen Angriff auf die europäische Nachkriegsordnung nahm zu der Zeit, als er erfolgte, kaum jemand ernst, obgleich der schleichende amerikanische Hegemonieverlust und die den Zerfall einleitende sowjetische Reformbewegung die Fundamente der nach dem zweiten Weltkrieg in Europa etablierten »balance of power« bereits zum Wanken gebracht hatten.

Ab Ende 1989 wurden die »Spannungsursachen« Schritt für Schritt beseitigt: Mit Hilfe ungarischer Kollaborateure organisierte die BRD den Exodus der Ostdeutschen und erreichte schließlich mit deren Hilfe den »Fall der Mauer«; das erste Ziel, die Überwindung der »widernatürlichen Teilung Europas«, war erreicht. Das nächste, die Durchsetzung des »Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen«, wurde bereits im darauffolgenden Frühjahr durch die Inszenierung nationalistischer Massenaufmärsche in der DDR errungen, als Kohl schließlich zum gesamtdeutschen Kanzler gewählt wurde.

Von den Erfolgen angespornt, sollte auch das »Selbstbestimmungsrecht der Osteuropäer« wie geplant mit deutscher Hilfe verwirklicht werden. »Die Opposition formiert sich«, überschrieb die »FAZ« am 1. Dezember 1989 einen Artikel, in dem die »Massenverbrechen der kommunistischen Tito-Obrigkeit« in Kroatien angeprangert wurden. Vom Geist der »historischen Wende« begünstigt, der auch die Nationalisten Osteuropas heimsuchte, und mit finanzieller Unterstützung durch Exil-Kroaten wurde der Faschist Franjo Tudjman im Frühjahr 1990 Präsident der Jugoslawischen Teilrepublik Kroatien. »Nach der ersten freien Wahl wird die kroatische Nation eine politische Repräsentation haben, von der sie sich nicht mehr fremdbestimmt fühlen muß«, befand »FAZ«-Herausgeber Reißmüller stolz. Er übernahm damit für Kroatien das gerade in Deutschland erprobte propagandistische Schema, wonach die Durchsetzung nationaler Interessen als Befreiungsakt eines gegen seine natürliche Veranlagung dem Kommunismus oder anderen Formen der »Fremdbestimmung« ausgelieferten Volkes dargestellt wurde. Von nun an war das Schicksal der Deutschen und der Kroaten wieder verwoben, an der »Zementierung der Folgen des zweiten Weltkriegs« hatten beide nicht das geringste Interesse.

Deutschland erreichte sein Etappenziel bekanntlich schon am 3. Oktober 1990; trotz anfänglicher Widerstände im Ausland stellte sich niemand dem nationalen Aufbruch ernsthaft in den Weg. Anders in Kroatien: Die staatliche und ideologische Rekonstruktion Kroatiens erforderte die Ausschaltung der serbischen Minderheit, die allerdings entschlossen war, sich gegen jedwede Beschneidung ihrer Bürgerrechte zur Wehr zu setzen. Nach seinem Wahlsieg begann Tudjman die öffentliche Verwaltung von dem verhaßten Symbol der Jugoslawischen Bundesrepublik, dem »roten Kommunistenstern«, zu säubern und diesen durch das kroatische Wappen zu ersetzen. Dieses Wappen war das Hoheitszeichen des im April 1941 durch den Balkanfeldzug der Wehrmacht errichteten Kroatien und der durch die Hilfe Nazi-Deutschlands und des Vatikans an die Macht gelangten klerikalfaschistischen Ustascha-Bewegung. Während der deutsch-kroatischen Herrschaft wurden zwei Drittel der dort lebenden Juden, mehr als eine halbe Million Serben, Zigeuner und andere »Volksschädlinge« ermordet. Als das Wappen 1990 wieder zum offiziellen Staatssymbol wurde, waren die Serben gewarnt. In Vorbereitung der beabsichtigten Lostrennung von der Jugoslawischen Bundesrepublik verabschiedete das kroatische Parlament im Dezember eine neue Verfassung, die die Minderheitenrechte der Serben untergrub. Sie wurden aus den öffentlichen Ämtern entfernt und verloren ihre Arbeitsplätze. Im März 1991 proklamierten die Krajina-Serben daraufhin die »Autonome Region Krajina«.

Nachdem Kroatien am 25. Juni 1991 aus dem »Völkergefängnis« ausgebrochen war, eskalierten die Auseinandersetzungen in der Krajina und in Slawonien, die ihrerseits ihre Unabhängigkeit von Kroatien erklärt hatten und wo der größte Teil der serbischen Minderheit lebte. Deutschland schlug sich offen auf die Seite Tudjmans; während sich Kroaten und Serben erbitterte Kämpfe lieferten, Uno und EU sich um eine Verhandlungslösung bemühten und das Rote Kreuz im August bereits mehr als 90.000 Flüchtlinge zählte, erklärte der damalige deutsche Außenminister Genscher: »Mit jedem Schuß rückt die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens näher.« Der tiefere Sinn dieses Satzes sollte sich vier Jahre später offenbaren.

Die Aufrüstung Kroatiens

Im Zuge der Wiedervereinigung fiel der Bundeswehr mit der Nationalen Volksarmee eine der bestausgerüsteten Streitkräfte Osteuropas in die Hände. Nur erlaubten die im zweiten Weltkrieg gegen Nazi-Deutschland Verbündeten der Kohl-Regierung nicht, diese Waffen zu behalten. Die Deutschen mußten sich im September 1990 neben einer Reihe weiterer militärischer Beschränkungen auch zur Beseitigung der NVA-Waffen verpflichten. Statt aber die begehrten Militärgüter zu verschrotten, verhökerten sie sie klammheimlich an die zur Kollaboration bereiten Nationalisten in ganz Osteuropa. Über Ungarn und die Türkei gelangten diese Waffen schließlich auch nach Kroatien. Dort stattete der Ex-General Tudjman seine Armee damit aus.

Die illegalen Waffenlieferungen aus Deutschland waren neben der logistischen Unterstützung durch US-amerikanische Militärberater der entscheidende Faktor für die Wende im Krieg auf dem Balkan im Sommer 1995. Zu Beginn des Krieges verfügte Kroatien über etwa 200 Panzer, 6 MIG-21 Kampfflugzeuge und 30 Kriegsschiffe aus den Beständen der Jugoslawischen Bundesarmee. Anfang 1991 soll sich Kroatien zusätzlich 30.000 Kalaschnikovs (aus NVA-Beständen?) aus Ungarn besorgt haben. Ein desertierter mazedonischer Offizier der Jugoslawischen Bundesarmee berichtete von den Kämpfen im Herbst 1991, daß die Kroaten »mit ungewöhnlich guten deutschen Gewehren für ihre Scharfschützen« ausgerüstet gewesen seien. Die Kroaten sollen mit großen Mengen G-3 Gewehren der deutschen Rüstungsschmiede Heckler & Koch beliefert worden sein. Im Mai 1992 beschlagnahmten LKA-Beamte das umfangreiche Lager eines in Baden-Württemberg agierenden kroatischen Waffenhändlerrings. Die Waffenhändler gaben an, für »Heimat und Vaterland« gehandelt zu haben, und da der zuständige Staatsanwalt ein Patriot und der Meinung war, es sei zwischen »Profitsucht« und »ideellen Motiven« zu unterscheiden, kamen sie mit Geld- und Bewährungsstrafen davon.

Im Oktober wurden erneut Waffenhändler gefaßt, die mehrere Kilo Uran und eine größere Anzahl von Panzern an Kroatien liefern wollten. Ein Memorandum der Jugoslawischen Bundesregierung warf Deutschland, Österreich und Ungarn schon im Januar 1992 vor, das Waffenembargo der Uno im großen Maßstab zu unterlaufen; so seien z.B. Panzer über den Hafen von Rijeka und Haubitzen über Österreich nach Kroatien gelangt. Nach der Anerkennung durch die EU Mitte Januar 1992, so der Generalstabschef der kroatischen Luftwaffe, sei es wesentlich einfacher geworden, Waffen zu kaufen. Der »Spiegel« beurteilte im Sommer 1992 die Aufrüstung der kroatischen Armee: »Als der Krieg begann, hatten sie nur Jagdgewehre und Pistolen. Jetzt sind ihre Arsenale voll von modernen Infanteriewaffen. Sie haben Maschinengewehre aus Deutschland, französische Mörser, israelische Uzis, russische Kalaschnikovs und österreichische Panzerwagen. Nichts von alledem ist legal ins Land gekommen.«

Nach Meinung von Beobachtern sind die Waffen unter Umgehung des Uno-Embargos mit Hilfe des BND nach Kroatien eingeschleust worden, als die ersten deutschen Kriegsschiffe in der Adria angeblich das Embargo überwachten. Bis Mitte 1992, so das Institut für Verteidigungsstudien am King's College der Universität London, hatten Exil-Kroaten 300 Millionen Dollar für Waffenkäufe gespendet. Die Koordinierung der Kontakte nationalistisch gesinnter Exil-Kroaten zur Tudjman-Regierung ist seit jeher eine Domäne des BND. Das »Bulletin of the Atomic Scientists« schätzte 1994, daß die meisten illegal nach Kroatien gelieferten Waffen aus NVA-Beständen kämen. Der »Spiegel« vetrat zur gleichen Zeit die Meinung, daß etwa die Hälfte der kroatischen Waffen aus Deutschland stamme. Aber auch große Mengen türkischer Rüstungsexporte nach Kroatien sind deutschen Ursprungs: Waffen der Nationalen Volksarmee, die man der Türkei kostenlos oder zu Schleuderpreisen überließ.

Beeindruckend sind nicht zuletzt die erst kürzlich öffentlich bekannt gewordenen Lieferungen von Kampfflugzeugen. Nach Untersuchungen des Fernsehmagazins »Monitor« stammen die MIGs, über die die kroatische Luftwaffe heute verfügt, unzweideutig »aus der Konkursmasse der Nationalen Volksarmee der DDR«. Sie seien wahrscheinlich über Ungarn nach Kroatien gelangt. Unmittelbar nach Ausstrahlung der »Monitor«-Sendung am 24. August bestätigten zwei Augenzeugen, solche Maschinen, bei denen noch die deutschen Hoheitsabzeichen erkennbar gewesen seien, in Ungarn beobachtet zu haben. Kurz nach der Eroberung Westslawoniens und kurz vor der Eroberung der Krajina demonstrierte Tudjman am 30. Mai während einer Militärparade seine militärische Überlegenheit auch unter Zurschaustellung dieser Geschenke aus Deutschland. Es handelt sich um Waffen, die laut internationalen Verträgen hätten verschrottet werden müssen und die – nach einem Bericht der »Märkischen Allgemeinen«, die sich auf russische Militärs beruft – der damalige DDR-Verteidigungsminister und heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Eppelmann bereits 1990 verdealt haben soll. Damals soll es um 100 MIG-21 und MIG-23 gegangen sein. Die »FAZ« dementierte umgehend: Sie zitierte einen Sprecher des Verteidigungsministeriums, dem zufolge der Verbleib von 41 der fraglichen Maschinen »buchhalterisch« geklärt sei – was immer das heißen mag.

Das deutsch-kroatische Kriegsbündnis erschöpft sich nicht in illegalen Waffenlieferungen. Über die außergewöhnlich starke Präsenz des Bundesnachrichtendienstes in Kroatien unterhält Deutschland neben seinen offiziell guten Kontakten zur Tudjman-Regierung auch direkte Verbindungen zum kroatischen Militär. So sollen deutsche Militärberater vor Ort agieren und die kroatische Armee über diese Verbindungen auch an geheime Informationen aus der Nato-Luftaufklärung gelangen. Die gute Koordination zahlte sich Anfang August aus: Wie zufällig flogen die deutschen Tornados ihre ersten Kampfeinsätze – Aufklärungsflüge über Westbosnien – drei Tage vor Beginn des kroatischen »Gewittersturms«, dem Blitzkrieg gegen die Krajina-Serben.

Das gegenwärtige deutsche Engagement auf dem Balkan ist schwer verständlich, wenn man seine weiterreichenden Ambitionen nicht ins Kalkül zieht. In den vergangenen fünf Jahren hat der deutsche Verteidigungsminister nahezu jeden kleineren und größeren Staat des ehemaligen Ostblocks besucht, und aus jedem dieser Besuche resultierte ein militärisches Kooperationsabkommen. Das dieserart geknüpfte Bündnisnetz reicht vom Balkan bis zum Baltikum, die Westflanke Rußlands ist damit lückenlos umspannt.

Thomas Becker lebt und arbeitet in Bielefeld

Konkret 10/95, S. 16

Wolfgang Möhl

»Lösungen sind da«

Greenpeace, das organisierte Umweltgewissen, unterwegs im Dienst der nationalen Standortpolitik

Die »Umweltorganisation Greenpeace« führt die beiden unwidersprechlichsten Ehrentitel politischer Verantwortung im Firmenschild. Durch ihre Aktionen will sie darauf aufmerksam machen, daß leider nicht konsequent im Sinne dieser beiden Titel gewirtschaftet und politisch gehandelt wird, und auf Abhilfe dringen. Tätig wird sie als Anwalt einer Aufgabe, von deren allgemeiner Anerkennung sie ausgeht: der Aufgabe der Politik, sich um den Erhalt der Umwelt und des Friedens zu kümmern. Sie versteht sich als öffentliches Umweltgewissen einer politischen Welt, die eigentlich längst weiß, worauf es ankommt, in der bloß Programm und praktische Politik immer noch auseinanderklaffen: Saubere Gewässer, Artenschutz, atomwaffenfreie Welt und reine Luft – das sind in ihren Augen die obersten und ehrenwertesten Ziele demokratischen Regierens. Daran werden die Taten der Verantwortlichen gemessen – und für zu wenig befunden. Das will Greenpeace ändern, indem es den Saumseligen auf die umweltpolitischen Sprünge hilft, auch wenn die sich gar nicht helfen lassen wollen. Ein ebenso anerkanntes wie falsches Anliegen.

Sünden aufdecken, Probleme benennen, Lösungen anbieten

Überall und dauernd konstatiert Greenpeace Verstöße. Vom Robbenschlachten bis zu militärischen Atomversuchen, vom Walfang bis zur Entsorgung giftiger Chemikalien – immerzu sieht der kritische Verein das eine oberste Gebot verletzt: Du sollst die Umwelt schützen! Warum die ökologischen Grundprobleme bei den Mächtigen und bei den wirtschaftlichen Verantwortungsträgern so wenig Beachtung finden, wenn sie doch allgemein anerkannt sind; warum die Umwelt immerzu nicht gesünder wird, die Atomwaffen nicht veschwinden und die Belastungen durch die Chemie nicht geringer, sondern höchstens raffinierter werden, wenn doch alle Welt auf das Gegenteil aus ist – das ist für die Umweltwarte keine Frage. Ihr Spür- und Anklagewesen enthält eine verblüffend einfache Antwort: Es liegt am leider ziemlich verbreiteten Mangel an Verantwortung – wegen egoistischer, kurzfristiger Interessen, wegen falscher Rechnungen, wegen Unwissenheit oder Unwillen oder einfach auch wegen Gleichgültigkeit lassen es Konzerne wie Politiker am rechten umweltbewußten Verhalten fehlen. Daß z.B. die Meere rücksichtslos leergefischt werden, das ist auf die »Gier der Industrie-Länder nach Fisch-Futter« zurückzuführen. So schlicht und tautologisch ist das. Von Notwendigkeit keine Spur. Kein Gedanke daran, es könnte an den geltenden Interessen einer auf Geldvermehrung ausgerichteten Wirtschaft liegen.

Von den Sachzwängen einer Konkurrenz um Kostpreis und Profit, die regelmäßige Rücksichtslosigkeit gegen Naturbedingungen sowie gegen Gesundheits- und Konsumtionsbedürfnisse einschließen, wollen die Umweltfahnder nichts wissen. Ebensowenig davon, daß und wie der Staat sich mit seiner Gewalt zum Garanten dieser Sachzwänge nationaler Reichtumsproduktion macht und sich auch nur, wo diese tangiert sind, um die ruinösen Folgen des freigesetzten kapitalistischen Wirtschaftens kümmert. Daß sich die einschlägigen Ge- und Verbote dem Interesse am Erhalt benutzbarer Geschäftsbedingungen und eines brauchbaren Staatsinventars verdanken und entsprechend zurückhaltend ausfallen; daß also die »Umwelt« und ihr Schutz gar nicht oberstes Prinzip politischer Verantwortung sind – : das alles liegt außerhalb des Gesichtskreises der Greenpeace-Leute.

Sie haben es überhaupt nicht mit Erklärungen; sie denken vorwärts und kümmern sich nicht um die Gründe jenes Verhaltens, das sie korrigiert sehen möchten. So ähnlich wie Polizei und Justiz im Namen der geltenden Gebote tätig werden, Vergehen aufspüren, Verbrechen ahnden und das berufsblinde Weltbild vertreten, die Gesellschaft bestehe eben leider aus lauter Gesetzesbrechern, tritt Greenpeace als eine Aufsichtsbehörde über einen ideellen Kanon umweltpolitischer Pflichten in Aktion, ge-gen den laufend verstoßen wird. Als Aufdeckungs- und Anklageinstanz in Sachen saubere Umwelt macht die Organisation unentwegt einschlägige Sünder dingfest, prangert besonders krasse Fälle an und verlangt energisches Einschreiten. Denn, da sind sich die Umweltwächter sicher, ohne den heilsamen Zwang der öffentlichen Gewalt, ohne staatliche Aufsicht und Vorschrift geht es nicht, mit ihr aber allemal. Also ist die Politik zum Handeln aufgerufen, um die ausgemachten Verstöße zu ahnden, abzustellen und der ökologischen Vernunft Geltung zu verschaffen.

Adressat dieses Umweltvereins sind nicht Bürger. Daß die Leidtragenden – die an der »wachstums«stiftenden Verwendung der Natur die Zerstörung ihrer Lebensmittel bemerken – begründeten Einspruch erheben und sich dafür stark machen, den Zuständigen das Handwerk zu legen, daran denken die Umweltfahnder sowieso nicht. Schon eher daran, die Bürger zu »umweltgerechtem Verhalten« zu erziehen, keine Papierchen wegzuwerfen, weniger Energie zu verschwenden und was der Zumutungen mehr sind, mit denen der Konsument ausbügeln soll, was er weder verursacht hat noch mit seinem Einsatz wieder richten kann. Aber auch das wollen sie nicht der privaten Selbstverantwortung anheimstellen. Nein, sie halten es mit der Macht der Wirtschaftsbosse und vor allem mit der politischen Gewalt der Regierenden. An deren Zuständigkeit wollen sie nicht rütteln; die wollen sie im Gegenteil aufrütteln und dazu bewegen, machtvoll die Umweltsünder – konsumverwöhnte Bürger selbstverständlich eingeschlossen – in die notwendigen Schranken zu weisen.

Vertrauensvoll wird damit eine Politik, die sich überall als Anwalt nationaler Reichtumsvermehrung und weltpolitischer Durchsetzung geltend macht, der ideelle Gesamtkapitalist also, der seinen Kapitalisten einen kostengünstigen Gebrauch von Land und Leuten eröffnet und die Folgen wirtschaftsverträglich betreut, in die Rolle einer obersten Behörde für umweltverträgliches Produzieren und Konsumieren eingesetzt.

Sich weisen die selber wie eine Behörde organisierten Greenpeaceler dabei die Rolle zu, die Verantwortlichen immerzu darauf aufmerksam zu machen, wann staatliches Eingreifen unbedingt geboten wäre und wie sie dabei sinnvoll vorzugehen hätten. Nach der Devise »Es gibt viel zu tun, packen wirs an!« bieten sie an, den Verantwortlichen mit Rat und Tat zur Hand zu gehen. Sie wollen eben nicht »bloß kritisieren«; sie wollen konstruktiv und von Fall zu Fall zur Umweltpolitik beitragen, auch wenn deren Macher ganz anderes im Sinn haben. Denn – davon sind sie felsenfest überzeugt – was eigentlich nicht sein dürfte, das müßte, richtig besehen, auch gar nicht sein; wenn nur ordentlich gehandelt, langfristig gedacht und richtig gerechnet würde. Sie halten es eben nicht mit der Notwendigkeit, sondern gehen grundlos und felsenfest von der Vermeidbarkeit all dessen aus, was ihnen an »Umweltvergehen« aufstößt. Deshalb schlagen sie sich nicht damit herum, nach welchen Kriterien wirklich gehandelt und gerechnet wird, sondern geben Ratschläge, wie nach ihrer Meinung die geltenden Rechnungsarten, denen sich die inkriminierten Umweltvergehen verdanken, verbessert werden könnten. Sie unternehmen das Kunststück, umweltpolitische Rücksichten mit den Wachstumsbedürfnissen der Wirtschaft und den nationalen Reichtumsansprüchen der Nation zu versöhnen, also Wege und Möglichkeiten eines gelungenen, d.h. gesamtgesellschaftlich lohnenden »Umweltmanagements« zu entwerfen und anzubieten.

Für die Rolle einer kundigen Beratungsinstanz hält sich der Verein seine »Experten«, die »gleichzeitig eloquent genug sein müssen, um mit Politik und Industrie zu verhandeln, fachwissenschaftliche Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten – sogenannte ›solutions‹ – aufbereiten und die Problematik einer breiten Öffentlichkeit verständlich machen können.« Dieser alternative Sachverständigenrat weist auf die Kosten umweltschädigenden Vorgehens hin, schlägt machbare, d.h. nach geschäftlichen Bilanz- und staatlichen Haushaltsgesichtspunkten finanzierbare Alternativen vor, kümmert sich um sauberere und zugleich geschäftsfördernde Chemieverfahren, um Ersatzgeschäfte für Walfänger, um umweltverträglichere Kühlschränke etc. Sogar über Kriegsplanungen zerbrechen sich die Gegner von Atomversuchen den Kopf und unterscheiden zwischen wohlbegründeten Sicherheitsbedürfnissen und unverantwortlichem Atomstreben, das letztlich seinen Urhebern nur schaden kann. Sie bestreiten also kein einziges geltendes Interesse, sondern versuchen mit Statistiken, volks- und betriebswirtschaftlichen Modellrechnungen und technologischen Entwürfen ein ums andere Mal zu beweisen, daß alle diese Interessen mit den Erfordernissen des Umweltschutzes übereinstimmen, ja – recht besehen – viel besser zum Zuge kämen, also »machbar« sind.

Am liebsten würden sie all die »globalen Probleme« durch »Sachverstand und Überzeugungskunst« im Verein mit ihren Verursachern lösen und ihnen mit »Konzepten, die Wege aus dem Dilemma zeigen«, zur Hand gehen, wenn die sie nur ließen: »Unser Ansatz ist die Präsentation von Lösungen und, wenn der Dialog nicht klappt, die Auseinandersetzung. Die Lösungen sind schon da. Nun müssen wir Druck machen, damit sie in die Tat umgesetzt werden.« In diesem Sinne sollen die 90er Jahre, so die Greenpeace-Perspektive, nicht die Jahre der Konfrontation, sondern »der Lösungen« sein. Dabei feiern sie manchen kleinen oder größeren Triumph, wenn sich Multis von ›umweltfreundlicheren‹ Verfahren und Produkten Profit versprechen – Energie- oder Materialkostenersparnis gehört schließlich genauso zur Ökonomie des Kapitals wie neue gewinnbringend verkäufliche Waren – oder wenn der Staat seine Vorschriften und Auflagen ändert: »Erfolg nach 15 Jahren Kampagnenarbeit. Müll-Export-Verbot weltweit.« Das schreiben sie gerne ihrem unermüdlichen Wirken zu.

Die umweltpolitischen Berater dringen auf Gehör

Daß die Zuständigen dem ideellen Auftrag, ihre ganze Politik unter Leitlinien wie saubere Luft, verschonte Wale, nichtgiftiges Wasser usw. zu stellen, ziemlich wenig abgewinnen können, bemerken die Umweltwarte natürlich auch. Das Mißverhältnis zwischen ihren guten Absichten und den gültigen Interessen stürzt sie aber keineswegs in Zweifel, ob sie womöglich an der falschen Adresse gelandet sind, wenn die Verantwortlichen mit ihrer gültigen Lesart wirtschafts- und umweltpolitischer Vernunft von ihren Angeboten so wenig wissen wollen. Im Gegenteil! Daß sie nicht auf entsprechende Gegenliebe stoßen, interpretieren sie dahingehend, daß die Politiker leider allzuoft die guten Werke unterlassen, die sie ihnen andichten: Erstens leisten die sich mit ihrem Bedürfnis nach internationaler Machtentfaltung selber gravierende Umweltsünden – der Auf- und Ausbau einer Atommacht, insbesondere ihre Erprobung, fällt nämlich für Umweltfanatiker genauso wie die Dezimierung einer gefährdeten Tierart unter die Verstöße gegen die ökologische Vernunft; zweitens vernachlässigt die Politik mit ihren matten Auflagen und großzügigen Erlaubnissen für ein national einträgliches Wirtschaften die ihr von Greenpeace zugedachte Aufsichtspflicht.

Also muß sie – nach Greenpeace-Logik – laufend neu und mit Nachdruck darauf gestoßen werden. Je weniger die Verantwortlichen auf die wohlmeinenden Ratschläge der Agentur umweltpolitischen Sachverstandes hören wollen, umso mehr verlegt die sich darauf, sich immer wieder lautstark in der Öffentlichkeit zu Gehör zu bringen. Die Öffentlichkeit halten sie für die richtige Institution, um die Politik an die Verantwortung zu erinnern, der sie sich angeblich immerzu

entzieht. Sie teilen nämlich den verbreiteten guten Glauben, die demokratischen Herren über das nationale Geschick würden sich von den Sorgen und Bedenken einer kritischen Öffentlichkeit nachhaltig beeindrucken lassen, und verwechseln das konjunkturgemäße öffentliche Hin- und Herwälzen aller möglichen nationalen Erfolgsgesichtspunkte und politischen Anstandsfragen mit einer Kontrolle der regierenden Figuren. Als Teil dieser Öffentlichkeit, die sich selber als Wächter über die Politik im Namen des Volkes und der gemeinsamen Werte versteht, melden sie sich daher unentwegt zu Wort. Ständig prangern sie die einschlägigen Taten und Untaten von Industrie und Politik als Skandale an, also als Vergehen gegen die von der Öffentlichkeit geteilten Maßstäbe ordentlichen Regierens. Solche »Skandale« werden »ans Licht der Öffentlichkeit« gezerrt, als ob es ein Geheimnis wäre, was in Atomkraftwerken, Chemiebetrieben und anderswo getrieben wird.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß die lautstark zum Ausdruck gebrachte Empörung darauf abzielt, einen Platz im Beraterstab derjenigen zu reklamieren, über die man sich angeblich überhaupt nicht beruhigen kann. Alle Provokationen gehen nicht mit Feindschaftserklärungen, sondern mit sachverständigen Friedens- und Beratungsangeboten an die Verantwortlichen einher, sind also auf geflissentliche Anerkennung bei denen gerichtet, gegen die man sich angeblich so entschieden wendet: Die erbitterten Anklagen gegen die globalen Verbrechen enden umstandslos bei der weltbewegenden Mitteilung, nach eigenen Berechnungen könnte das ohnehin geplante Drei-Liter-Auto um einiges schneller verkaufsreif sein, wenn Autoindustrie und Politik sich bloß anstrengten... Die inszenierten Regelverletzungen sind daher auch keine Kampfansagen, sondern Demonstrationen einer Betroffenheit, die nicht einschreiten, sondern einbezogen sein will in die Erwägungen derjenigen, die das Sagen haben: Wir sagen Euch, wie es besser geht.

Der Kampf um Aufmerksamkeit

So wird Empörung zur gekonnt inszenierten Pose, die sich gleich selber widerruft: Greenpeaceler schreien laut »Skandal!«, hören zufrieden, wie ein vielfaches Echo zurückschallt, schieben noch eben ihre sachverständigen Hinweise hinterher – und das war es dann auch schon. Ab zur nächsten Aktion. Der Eindruck, den die alternativen Umweltsachverständigen auf eine Öffentlichkeit machen wollen, die sich gar nicht so leicht beeindrucken läßt, beflügelt sie zu lauter medienwirksamen »Aktionen«. Agitation mit Argumenten, die die Notwendigkeit ihres Anliegens darlegen, sind nicht so ihre Sache. Sie überzeugen anders; ihre Sache beglaubigen sie durch den unermüdlichen und unerschrockenen persönlichen Einsatz. Was für die Zurschaustellung skandalträchtiger Verantwortungslosigkeit nicht taugt, das ist auch nicht ihres demonstrativen Einspruchs wert. Um mit den Skandalen bekannt zu machen und um der Ernsthaftigkeit ihres Anliegens Ausdruck zu verleihen, setzen sie sich über die politisch gesetzten Schranken zulässiger Meinungsäußerung hinweg und inszenieren für die Öffentlichkeit ein Schauspiel symbolischen Widerstands nach dem anderen. Mit waghalsigen Manövern und bewußten Rechtsübertretungen führen sie einen Schaukampf gegen die Umweltsünder in den Chefetagen und politischen Entscheidungszentralen und erwecken so den Schein einer Machtprobe mit den Übeltätern.

Das Katz und Maus-Spiel der Davids mit den Goliaths ist auf keine andere Wirkung berechnet als auf das Bild, das sie abgeben, und die Beachtung, die ihnen darüber im Fernsehen zuteil wird. Die Öffentlichkeit soll sich durch den Beweis beeindrucken lassen, den die Aktionisten liefern: daß sie, obwohl machtlos, den Mächtigen Grenzen setzen und im Interesse der guten Sache nicht zurückschrecken. Höchster Erfolg, wenn es ihnen wieder einmal gelingt, sich nicht mundtot machen zu lassen, wenn sie die andere Seite nicht nur moralisch bloßgestellt, sondern als Macht öffentlich lächerlich gemacht und an der Nase herumgeführt haben; wenn es ihnen gelungen ist, auf ein Werksgelände zu gelangen, einen Schornstein zu erklimmen und ein Transparent zu entfalten; wenn sie für 30 Sekunden mitten in Peking ihr Spruchband entrollt haben; wenn sie an der französischen Marine vorbei für eine Weile ins Sperrgebiet um Mururoa eindringen konnten und mit großem Aufwand weggeräumt werden müssen. Dabei rechnen sie darauf, daß die Verantwortlichen, die man der Rücksichtslosigkeit gegen Mensch und Umwelt zeiht, mit Blick auf die vorab mobilisierte Öffentlichkeit gehörige Rücksichten walten lassen.

Die Kampagnen für Aufmerksamkeit pur sind Greenpeace jeden Aufwand wert: Ein Stab von »campaigners« und »activists« inszeniert generalstabsmäßig das Spektakel, setzt dabei gehörig technisches Gerät und Logistik ein und führt sich auch schon mal wie eine richtige Kleinarmee auf, die der französischen Marine einen ehrlichen Kampf liefern kann. Man ist eben kein amateurhafter Protestverein, sondern eine durchgegliederte, hart arbeitende Public-Relations-Organisation, die den fälligen Einspruch professionell zu inszenieren vermag und durch guten Willen wie technischen Aufwand gleichermaßen zu überzeugen weiß. So sind Greenpeaceler weltweit unermüdlich unterwegs, immer schon die Medienvertreter im Gepäck dabei.

Die bringen ihnen nämlich einigen Respekt entgegen. Mit ihren Kampagnen bedienen und beflügeln die Umweltaktivisten ja eine Öffentlichkeit, die selber gerne Versäumnisse und Verfehlungen entdeckt sowie nach entschiedenem Eingreifen der Politiker verlangt. Deswegen versagt sie Anliegen wie Aktionen der Umweltvertreter nicht eine gewisse Anerkennung: Ja, sie weisen auf besonders eklatante Fälle mangelnder Verantwortung hin; allerdings entbehrt ihr Vorgehen und ihr einseitiger Standpunkt nicht der Problematik! Die öffentlichen Politikwächter kennen nämlich konkurrierende

Gesichtspunkte ordentlichen Regierens, die sie gegeneinander abwägen: Schließlich weiß inzwischen jeder, daß Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt werden müssen; und mit kritischen Einwänden soll ja nicht das Vertrauen in die Regierenden untergraben, sollen die national Zuständigen nicht blamiert, sondern respektvoll zu energischem Handeln aufgerufen werden. Insofern ist auch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem »Radikalismus« der Greenpeaceler geboten. Sie gelten daher der nationalen Öffentlichkeit als ehrenwerte Störenfriede, die öfter mal über das Ziel hinausschießen.

Die Umweltinternationale und ihre Erfolge

Etwas anders fällt das Urteil über das internationale Bemühen von Greenpeace aus. Die Umweltwächter verstehen und präsentieren sich ja als übernationale Behörde in Sachen Umwelt und Frieden, die ihr wachsames Auge auf das Treiben sämtlicher Multis und aller Nationen geworfen hat und die bei passender Gelegenheit globalen Handlungsbedarf in Sachen Artenschutz, Atomwaffenteststopp, Meeresschutz usw. anmeldet. Dabei berufen sich die grünfriedlichen Öffentlichkeitsarbeiter auf internationale Konferenzen, Abmachungen und Verträge, mit denen die Staaten sich über die nationalen Grenzen hinweg um die einschlägige Materie kümmern – und zwar ziemlich kontrovers. Was da auf den internationalen Umweltkonferenzen verhandelt und ausgehandelt wird, und erst recht, was Staaten als Energie- oder Machtprogramme in Sachen Atom für nötig halten und betreiben, das sind ja gerade keine Angelegenheiten schiedlich-friedlicher weltgemeinschaftlicher Übereinkunft, sondern nationale Standort- und Machtfragen, also Streitgegenstände zwischen den Nationen.

Je nachdem ob ihre nationalen Konkurrenzmittel betroffen sind, ob Abmachungen eine nationale Industrie einschränken oder nicht, je nachdem ob ein Land unter gewissen schädlichen Wirkungen besonders zu leiden hat oder besondere ökonomische Vorteile daraus zieht; je nachdem ob es eine nationale Atomindustrie oder sogar Atomwaffen besitzt oder nicht, fällt die Stellungnahme zu den Wirkungen aus, die Weltmarktkonkurrenz und Weltmachtanstrengungen über die nationalen Grenzen hinaus zeitigen. Das, was eine Nation jeweils an umweltpolitischen Regelungen und Beschränkungen für nötig hält, entscheidet sich an Ertrag und Schaden fürs nationale Wirtschaften und Regieren. Internationale Umweltpolitik wird als Teil nationaler Standortpolitik betrieben, mit der sich Staaten darum bemühen, im Interesse ihres Kapitalstandorts und der auf ihm heimischen Kapitale günstige Konkurrenzbedingungen zu stiften. Die unerläßlichen Rücksichten will man nach Möglichkeit anderen Nationen als kostspielige Auflagen aufnötigen, dem eigenen Kapitalstandort dagegen ähnliche Beschränkungen und Kosten ersparen.

Die einschlägigen internationalen Verhandlungen und Abmachungen begleitet die Greenpeace-Organisation mit ständigen weltöffentlichen Anträgen, die Verantwortlichen sollten sich wechselseitig zu verantwortlicherem Tun anhalten. Sie versehen dieses diplomatische Treiben also mit dem Schein, hier würde sich eine Weltgemeinschaft von Regierungen betätigen, die den Umgang mit den Schädigungen, die die ökonomische Konkurrenz mit sich bringt, zu ihrem einvernehmlichen Anliegen machen und sich wechselseitig mehr oder weniger konsequent auf globale Umweltrücksichten verpflichten. Dieser eingebildeten Weltgemeinschaft der Staatsmänner wollen die »Umweltvertreter aus dreißig Ländern« zur Hand gehen; in ihrem Namen klagen sie die einen Nationen der Umweltsünden an und rufen andere zur heilsamen Korrektur auf – und mischen sich auf diese ebenso verrückte wie unkritische Weise in die Konkurrenzhändel der Nationen ein, die auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik das Sagen haben.

Damit aber finden sie schon wieder gehörige Resonanz in der jeweiligen Öffentlichkeit. Die macht sich ja – ganz Sprachrohr nationaler Anliegen – für radikales Vorgehen stark, wenn im eigenen Lande gerade mal kein schutzwürdiges »Wachstums- und Arbeitsplatz-«, also Wirtschaftsinteresse tangiert ist; ganz im Unterschied zu Fällen, bei denen die Greenpeace-Aktionen gegen Praktiken der heimischen Politik gerichtet sind. Da gilt dann, daß einem »einseitigen« Umweltstandpunkt keinesfalls recht gegeben werden darf. Wo kein nationaler Gesichtspunkt im Wege steht, da entdeckt man laufend die Umweltsünden – der auswärtigen Multis und der anderen Nationen, die sie auch noch fördern; da gelten nationale Sicherheitsbestimmungen in Sachen Atomkraftwerke als Beseitigung aller Risiken und als ein Vorbild, dem sich andere strikt anzuschließen hätten – selbstverständlich mit unserer Hilfe. Und erst recht, wo es um nationale Macht geht, entdecken kritische Begutachter aus Nichtatomwaffenstaaten nur zu gerne die Rücksichtslosigkeit des exklusiven Klubs der Atommächte und plädieren auf Unterlassung von Atomtests oder Verarbeitung russischen Plutoniums in deutschen Nuklearbetrieben – natürlich alles im Namen der Erhaltung von Umwelt und Frieden.

Besonderen Anklang findet der Umwelt- und Friedensverein gegenwärtig aber auch bei einschlägigen politischen Stellen. Während sein öffentlichkeitswirksames Treiben innenpolitisch zumeist unter die Störungen der nationalen Standortpflege gerechnet und entsprechend behandelt wird, erfährt es nach außen verbalen oder sogar diplomatisch-materiellen Zuspruch von interessierten offiziellen Stellen der Staatengemeinschaft. Deren Mitglieder haben nämlich den Titel Umwelt längst als Anspruch auf Mitzuständigkeit für die nationalen Belange anderer Staaten und auf weltweites Reinregieren entdeckt. Deswegen wird Greenpeace das eine Mal als eine Berufungsinstanz ins Feld geführt, die keinem Verdacht auf nationalen Egoismus unterliegt; das andere Mal wird Greenpeace dagegen um so entschiedener mit verdächtigt, sich bloß für nationale

Interesssen stark zu machen – nämlich die anderer Staaten, die gar kein Recht auf Einmischung hätten; je nachdem eben, ob eine Nation sich gerade zur Zielscheibe von weltöffentlichen Aktionen seitens der Umweltorganisation gemacht sieht, bzw. je nachdem, ob sich eine andere Nation dieser Aktionen als Einspruchstitel bedienen will.

Mit dem ganz und gar unpassenden Dauerbegehren nach einem globalen Umweltmanagement berührt Greenpeace also Machtaffären höchster Güteklasse – und will nicht einmal bemerken, daß der Titel »Umwelt« heute zum Anspruchstitel imperialistischer Natur geworden ist; daß mit ihm ganze Weltgegenden unter »unsere weltweiten Ressourcen« gerechnet und die zuständigen Armenhäuser zu Rücksichten angehalten werden, die man am eigenen Standort nicht zu üben bereit ist; daß in seinem Namen europäische Mitsprache bei französischen Atomwaffen und japanische Zuständigkeit für die Pazifikregion reklamiert werden und was der Ansprüche mehr sind, die immerzu im Namen weltweiter Verantwortung angemeldet werden.

Das stört die »Regenbogenkämpfer« aber überhaupt nicht. Wenn sie sich plötzlich in einer Koalition mit Politikern und Unternehmern finden, die sie bei anderer Gelegenheit als Umweltsünder anprangern, wenn sich Kohl und deutsche Autofahrer, neuseeländische Regierungsvertreter, australische Gewerkschaftler und deutsche Sozialdemokraten öffentlich hinter sie stellen, dann sind sie zufrieden und feiern das als Erfolg: Das ist es, was sie mit ihren Kampagnen erreichen wollten – die Weltgemeinschaft übt heilsamen Druck auf diejenigen Mächte aus, die sich den jeweils vernünftigen Lösungen widersetzen; das beweist, daß sich konstruktiver Einsatz auszahlt, sachkundiges Engagement lohnt. Die internationalen Umweltfriedensaktivisten halten sich nämlich viel auf den Kunstgriff zugute, die gegensätzlichen Standpunkte der Nationen und die nationalen Ressentiments der Öffentlichkeiten zum Hebel für eine umfassende Aufsicht über alle Staaten zu machen, also die Konkurrenz der Staaten für ihr höheres Umweltanliegen zu instrumentalisieren.

Wie es sich für einen Verein gehört, der sich die Rolle einer rastlosen Weltaufsichtsbehörde reserviert, achtet Greenpeace deswegen darauf, nicht bloß als 5. Kolonne konkurrierender Nationalismen zu erscheinen – schließlich gibt es auch eine Greenpeace-Dependance im jeweils angegriffenen Land. Die unter einem internationalen Organisationsdach zusammengefaßten Ländersektionen berücksichtigen sorgfältig alle möglichen nationalen Vorbehalte, um zu zeigen, daß sie im Interesse eines alle vereinenden höheren Anliegens unterwegs sind. Nationalismen sind ihrer Meinung nach nicht zu kritisieren, sondern zu bedienen, weil man sich ihrer bedienen will. Bloß, wer instrumentalisiert da eigentlich wen?

Wolfgang Möhl ist Mitglied der Redaktion der Vierteljahreszeitschrift »Gegenstandpunkt«

Konkret 10/95, S. 20

Christian Schmidt

Die neuen Missionare

Die »Internationale« der »Regenbogen-« und Menschenrechtskämpfer macht den internationalen Freihandel mit einem Schuß Moral schmackhaft

Die alten Kämpfer von Brokdorf und der Startbahn-West, den Vietnam-Komitees oder der Antiimp-Bewegung hätten sich das nicht träumen lassen: Ihre »Nachfolger« von Greenpeace und Robin Wood, von Terre des Hommes oder Ärzte ohne Grenzen sind nicht nur in aller Munde, sie haben auch Erfolg und werden allseits geliebt. Nach dem spektakulären Sieg über den verhaßten Multi Shell widmete ihnen die »Zeit« (25.8.95) sogar ein ganzes »Dossier« und attestierte welthistorische Bedeutung: »Die neue Internationale«.

Nimmt man die »Zeit«-Bilanz ernst, haben die Verdammten dieser Erde von der Neuen viel mehr zu erwarten als von allen bisherigen Kommunistischen und Sozialistischen Internationalen zusammen. Denn wo immer Elend und Unterdrückung drohen, die Neuen sind immer schon da. Die »Zeit«: »Völkermord in Ruanda? – die ›Ärzte ohne Grenzen‹ versorgen Verwundete. Französische Atomtests im Pazifik? – Greenpeace kreuzt vor Mururoa. Frauenelend in Bangladesch? – Die einheimische Grameen Bank offeriert Hoffnung per Kleinkredit für über zwei Millionen Mütter und Töchter.«

Diese Omnipräsenz, meint die »Zeit«, sei so überwältigend, daß auch die Mächtigsten dieser Erde das Fürchten kriegen: »Greenpeace hat in der Nordsee seine Schlacht um Brent Spar gegen den Ölmulti Shell gewonnen. Nun ist die chinesische Regierung nervös, weil 36.000 NGO-Aktivistinnen zur Weltfrauenkonferenz nach Peking reisen und – vielleicht – gegen die Unterdrückung in Tibet oder gegen Zwangsabtreibungen im Reich der Mitte demonstrieren.«

Ob beide »Grundübel« dieser Welt, Zwangsabtreibung und Dalai Lama-Vertreibung, tatsächlich beseitigt werden, läßt auch die »Zeit« offen. Sicher ist sie nur, daß die sog. Non Governmental Organizations (NGO) moralisch auf der Siegerstraße sind. Z.B. sei ihr Auftreten auf dem »Weltsozialgipfel« im März in Kopenhagen, wo »die Vertreter von 2.400 Vereinen und Verbänden ... vor den Saaltüren Diplomaten mit Ideen und Vorschlägen bearbeitet hatten«, politisch richtungweisend gewesen, denn: »Hier trifft sich, so sagt es der Sozialwissenschaftler Wolfgang Hein vom Hamburger Überseeinstitut, ›der Nukleus einer internationalen Zivilgesellschaft‹, die Avantgarde der Weltbürger.«

Die Avantgarde drückt sich aber nicht nur vor den Saaltüren herum; auch anderswo vollzieht sich ihre »zähe Arbeit im Stillen«. Z.B. beim Projekt von Misereor in Brasilien, wo eine Kläranlage gebaut wird. Die »Zeit« schreibt: »Noch im Entstehen, zeigt das Programm schon Wirkung. Die Selbstorganisation verbessert sich, sie übernehmen die Bauarbeiten an den Tanks, sie informieren sich bei den NGO-Mitarbeitern über Hygiene und Ökologie ... An jedem Sonntag treffen sich die Männer zur gemeinsamen Arbeit ... Die Frauen ergreifen die Initiative zu den Projekten: Sie rufen zu Versammlungen, entwickeln Ideen, treiben die Männer zur Gemeinschaftsarbeit.«

Einzuwenden ist nur: Diese Methoden und Ziele der ›Avantgarde für Hygiene und Ökologie‹ sind so neu nicht. Genauso sauber, arbeitsam und fröhlich ging es nach Opas Schilderungen auch beim Reichsarbeitsdienst (RAD) zu. Und das Patent auf die aufopferungsvolle »Hilfe zur Selbsthilfe« kann hier und heute Norbert Blüm mit seiner Pflegeversicherung und der dauernd propagierten Zwangsarbeit für »Schwervermittelbare« beanspruchen. (Übrigens wäre, wenn man so will, eine der größten »NGOs« der heutigen BRD die Gemeinschaft nichtstaatlicher Sicherheitsdienste, die inzwischen mehr Bullen beschäftigen als Bund und Länder zusammen.)

Was aber Lateinamerika angeht, werden heute mit Abstand die meisten Projekte von US-amerikanischen NGOs betreut. Genauer: Es sind die ultrarechten US-Sekten, die es in Ländern wie Guatemala, Panama, Haiti und Brasilien seit den 70er Jahren geschafft haben, 10 bis 20 Prozent der dortigen Bevölkerung zum Protestantismus zu bekehren. Geködert wird mit Dollars aus US-Spendensammlungen; erzogen wird auch dort zu Arbeitsamkeit, außerdem zu Enthaltsamkeit bei Alkohol, Rauchen und Tanzen – und natürlich zu den christlichen und »amerikanischen Werten«, die auch die US-Innenpolitik zunehmend dominieren.

Gleichwohl ist richtig, daß sich auch ehemals Alternative und Grüne im Drittwelt-Projektwesen auf ureigenstem Terrain bewegen. Ein Beispiel dafür ist der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Willi Hoss. Er, der in den 70ern die IG-Metall wegen zu lascher Opposition gegen Daimler Benz bekämpfte, kämpft heute auch für ›Hygiene und Ökologie‹, ebenfalls in Brasilien – unterstützt und gesponsert von der Unternehmensleitung von Daimler Benz.

Tatsächlich wächst hier zusammen, was zusammengehört: Die neue Internationale des Neoliberalismus und die des liberalistischen Yuppietums. Die einen sind fürs Geld zuständig, die anderen für die Moral. Die einen verfügen über ihre militärischen Eingreiftruppen, die anderen über »zivilisierende«. Und fallweise, siehe Bosnien, verständigen sie sich, was jetzt Prioritäthat.

Das von der »Zeit« herangezogene Beispiel Brasilien macht deutlich, daß es schlicht um ein Spiel mit verteilten Rollen geht: Der jetzige Präsident Cardoso entstammt einer NGO; er nahm drei NGO-Vertreter in seinen »Präsidentenrat« auf,

macht aber ansonsten knallharte neoliberale Wirtschaftspolitik: Die Mittel für Erziehung und Ausbildung wurden um 35,4 Prozent gekürzt, der Gesundheitsetat um die Hälfte.

Man sieht daran, wer bei dieser Neuen Internationale die Musik macht, und wer danach tanzt. Die Arbeitsteilung kennen wir aus altkolonialen Zeiten; auch da sorgten zwei Berufsgruppen für reibungslosen Freihandel plus Zivilität: Militärs und Missionare. Die neuen Missionare füllen also dieselbe moralische Lücke wie die Albert Schweitzers der altkolonialen Epoche. Das Lambarene von heute ist die Rainbow Warrior, sichtbarer Ausdruck unserer Selbstlosigkeit – deren jeder Arsch, qua Spende, teilhaftig werden kann.

Der Albert Schweitzer unserer Tage aber heißt Thilo Bode und ist der Chef von Greenpeace. Seine Organisation besteht aus 30 Hauptamtlichen und Abertausenden von Spendern; wobei letztere, wie der Chef sagt, wegen der »Effektivität« keinerlei demokratische Mitsprache haben. Seitdem Bode zum Medienstar aufgestiegen ist, darf er sich auch flächendeckend politisch vermarkten. Überraschendes kommt dabei nicht zutage: Der »Spiegel« stellt ihn nach einer Protestaktion auf dem Platz des Himmlischen Friedens als Chinaexperten vor – »Ich habe ... als Berater für die Weltbank in Peking gearbeitet« (na also!) – und fragt, welche »großen Aufgaben« in der »boomenden Volksrepublik« auf uns warten. Der »Kenner« antwortet: »Die Einführung von sparsamen Automodellen oder FCKW-freien Kühlschränken. Großes Interesse findet bei der chinesischen Bevölkerung aber auch gesunde Nahrung, insbesondere unbelastete Babykost ... In China liegt eine Riesenchance für den Export von profitabler Umwelttechnologie. Wir hatten bei Greenpeace in Hamburg schon eine ganz interessierte chinesische Wirtschaftsdelegation zu Besuch, einschließlich Hafenrundfahrt.«

Der Weltbank-Berater hat also nichts verlernt; Rexrodt kriegt Konkurrenz. Und andernorts verrät Bode auch, wo sein deutsches Weltmarktherz parteipolitisch schlägt: »Aus analytischer Sicht könnte ich mir vorstellen, daß bei Schwarz-Grün ... eine Einigung eher möglich ist« (»Zeit«, 1. 9. 95).

Christian Schmidt schrieb in KONKRET 11/93 über Rudolf Scharping

Konkret 10/95, S. 21

Matthias Küntzel

Lohn des Protests

Am Tag nach dem Angebot Frankreichs, seinen »atomaren Schutzschild« auf Deutschland auszudehnen, gab sich die hiesige Öffentlichkeit verblüfft. Von einem »Angebot, das Irritationen auslöst«, von »neuer außenpolitischer Dynamik«, von einem »französischen Vorstoß«, einer »Offerte Chiracs« und einem »durchsichtigen Versuch Frankreichs« war die Rede. Dabei haben deutsche Politiker seit Jahren auf eben diesen Moment hingearbeitet

Niemals zuvor hat ein bewußtloser Anti-Atomprotest einer bewußten Pro-Atompolitik besser gedient: Die deutsche Spontanmobilisierung gegen den französischen Ministerpräsidenten Jacques Chirac hat ahnungslos den Karren derer gezogen, die nicht die Atomwaffe, sondern das französische Monopol darauf abschaffen und durch eine deutsch-französische Atommacht ersetzen wollen.

Zwar ist der Interessengegensatz zwischen einer Graswurzelbewegung, die von der Atomwaffe weg will, und einer Großmacht, die zur Atomwaffe hin will, evident und eigentlich auch leicht zu verstehen. Das gilt jedoch nicht für Deutschland, wo man seit der Nationalbewegung gegen Shell keine unterschiedlichen Interessen oder gar Parteien, sondern – ob Theo oder Thilo – nur noch deutsche Gutmenschen kennt. An jenes Gemeinschaftserlebnis knüpfte die Anti-Chirac-Bewegung an. Um sich weiterhin in moralischem Überlegenheitsgefühl zu ahlen, wurde das Unvereinbare vereinbart und das nationale Bündnis auch gegen Frankreich mobilisiert.

»Gerade Deutschland« galt plötzlich der grünen Bundestagsabgeordneten Angelika Beer als besonders glaubwürdiger Verfechter des antinuklearen Protests: »Wenn Ihre Aussagen, Herr Kinkel, – wir alle haben sie begrüßt – ernst gemeint waren, dann ist gerade Deutschland mit dem Verzicht auf Atomwaffen im eigenen Land prädestiniert für einen Protest gegenüber der französischen Regierung«, rief sie im Juli 1995 in Richtung Regierungsbank. Ihre Kollegin, die SPD-Abrüstungsexpertin Katrin Fuchs, legte mit der Beteuerung nach, Helmut Kohl habe »in dieser Frage das ganze deutsche Parlament hinter sich«. Komfortabler konnte die Position des Kanzlers nicht sein: Während seine Emissäre in Paris auf die deutschen Proteste zeigten, um zu beweisen, daß aus der Akzeptanz für Atomwaffen ohne eine deutsch-französische Kooperation in dieser Sache nichts wird, blieb jedewede deutsche Atompolitik von den Protesten verschont.

Hatte man sich im exklusiven Zirkel der deutschen *nuclear community* nicht seit Monaten den Kopf darüber zerbrochen, wie der »Sonderweg« (Michael Stürmer) des deutschen Atomwaffenverzichts beendet und »die Europäisierung der nationalen britischen und französischen Kernwaffenpotentiale« (Karl Kaiser, Erwin Häckel) durchgesetzt werden könne? Voilà – der »Lohn des Protests« gegen die Atomtests (so Christoph Bertram von der »Zeit«) wird nun gezahlt: »Chirac bietet Europa die französische Atombombe an«, titelte Libération. »Frankreich bietet die ›Europäisierung‹ seiner Atommacht an« lautete die Hauptmeldung der US-amerikanischen »International Herald Tribune«, während der britische »Sunday Telegraph« mit der Schlagzeile aufmachte: »Europa ringt um das Konzept einer gemeinsamen Bombe«.

Der Zusammenhang zwischen deutscher Protestbewegung und französischem »Europäisierungs«-Angebot ist evident. Seit Mitte Juni bereits hatte man in vertraulichen deutsch-französischen Gesprächsrunden die Frage erörtert, »was Deutschland, wenn es die Tests in Ruhe läßt, als Gegenleistungvon Frankreich erhält« (»NuclearFuel«, 14.8.95). Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Noch vor dem Beginn ihrer Testserie gab die französische Regierung bekannt, daß sie ihre Partner in nuklearen Fragen konsultieren werde, »sofern diese Paris dabei behilflich sind, die internationale Empörung über die geplanten Atomtests zu reduzieren«, berichtete die »International Herald Tribune« und konkretisierte: »Der Einfluß der deutschen Regierung könnte dazu beitragen, die Kritik der Regierungschefs aus kleineren europäischen Ländern einzudämmen, falls zum Zeitpunkt der Tests die Wucht des Widerstandes steigt« (25.8.95).

Anfang August sprach sich der gaullistische Parlamentspräsident Phillipe Seguin für eine nukleare Zusammenarbeit mit Deutschland und anderen EG-Partnern aus, da mittlerweile, dank der Wiedervereinigung, das nukleare Pulverfaß in Europa entschärft sei. Zum gleichen Zeitpunkt wurde bekannt, daß »französische und britische Nuklearspezialisten in Geheimgespräche mit deutschen Unterhändlern getreten sind, um zu versuchen, hinsichtlich der Atomwaffen einen gemeinsamen Zugang zu finden«, wie der »Sunday Telegraph« berichtete. Ende August verkündete schließlich Chirac seine prinzipielle Bereitschaft, die französische Bombe auf wie auch immer geartete Weise in die europäische Verteidigungspolitik zu integrieren. Derartige Andeutungen, die man von Mitterand schon 1992 vernommen hatte, sind der deutschen *nuclear community* mittlerweile aber zu vage. Bonn müsse sicherstellen, forderte Christoph Bertram in der »Zeit«, »daß die politischen Konzessionen, die Frankreich unter dem Druck der Empörung gemacht hat, nicht wieder Makulatur werden« (31.8.95). Wer es mit derartigen Konzessionen ernst meine, mahnte auch Karl Feldmeyer in der »FAZ« (7.8.), »wird bei der EU-Regierungskonferenz 1996 über die Zukunft der französischen und der britischen Nuklearsenale zu reden haben, über Verfügungsgewalt und Mitspracherecht«.

Deutsche Verfügungsgewalt, deutsche Mitsprache. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, daß keine andere europäische Regierung die berechtigte Empörung über die Atomtests im Südpazifik so nachdrücklich als Trumpfkarte im Nuklearpoker

einzusetzen für sinnvoll hielt. Deutsche Politiker und Diplomaten gaben sich in der französischen Hauptstadt die Klinke in die Hand. Nach tagelangen Gesprächen des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, reiste auch deren »abrüstungspolitischer Sprecher« Friedbert Pflüger nach Frankreich, wo er nicht nur mit Kabinettsmitgliedern und Generälen konferierte. Dem ehemaligen Redenschreiber Richard Weizsäckers wurde eine Ehre zuteil, die zuletzt Franz Josef Strauß im Januar 1957 erwiesen worden ist: In Begleitung der französischen Armeeführung durfte er die so sorgsam abgeschotteten Heiligtümer der französischen Atomstreitmacht auf dem Hochplateau des Albion und an den französischen U-Boot-Stützpunkten inspizieren. Mit Pflüger ist eine neue Schlüsselfigur der deutschen Atomdiplomatie in Erscheinung getreten, die mit ihrem bayrischen Vorläufer auf jede erdenkliche Weise kontrastiert.

Als ehemaliger Verteidigungsminister hatte Strauß mit seinem Atomwaffen-Gepolter in den 50er Jahren ebensoviel Porzellan zerschlagen wie in den 60er Jahren der christdemokratische Außenminister Gerhard Schröder mit seinem Insistieren auf nukleare Mitverfügung im Rahmen der Multilateralen Atomstreitmacht (MLF). Das brachiale Auftreten deutscher Regierungen in Sachen Nuklearbewaffnung hatte zum Deseaster geführt: Nachdem 1966 die Regierung Erhard aufgrund ihrer gescheiterten Außen- und Atomwaffenpolitik zum Rücktritt gezwungen worden war, hat die Union keinen Außenminister mehr gestellt. Die deutsche Politik hat aus dem Debakel, wie die vorsichtige Frankreich-Diplomatie Kohls oder Teltschiks zeigt, gelernt. Jacques Attali, der engste Mitarbeiter Franois Mitterands, hat in seinen politischen Tagebuchaufzeichnungen den diskreten Stil der neuen Annäherungsversuche festgehalten. Einige Auszüge:

Donnerstag, 2. Februar 1984: Helmut Kohl (im Gespräch mit Mitterand): Sogar auf dem Gebiet der Atomwaffen kann man viel mehr gemeinsam machen: Es gibt einen Geheimvertrag zwischen dem Präsidenten der USA und mir über den Einsatz von Atomwaffen. Ich habe hierzu von Reagan einen Brief bekommen. Man könnte sich einen Brief gleichen Typs von Ihnen an mich vorstellen.

Franois Mitterand: Warum nicht. (Es wurde vereinbart, daß Teltschik und ich das Projekt dieser Vereinbarung vertiefen.)

Franois Mitterand: Man muß hinsichtlich des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft einen Geheimpakt zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Großbritannien abschließen, um diesen Haushalt zu kontrollieren.

Helmut Kohl: Ja. Sehr gerne! ...

Mittwoch, 24. Mai 1985: Horst Teltschik ist in Paris. ... Er spricht mit mir auch über die Möglichkeit einer Partnerschaft zwischen Matra und Messerschmidt, um ein tatsächlich europäisch-autonomes nukleares Schutzschild zu entwickeln.

Sonntag, 16. Dezember 1985: Helmut Kohl (gegenüber Franois Mitterand): ... Wir sind keine Atommacht und wollen übrigens auch keine werden. Könnten wir in technologischer Hinsicht eine Atommacht sein? Selbst diese Frage ist für uns ohne Sinn. Eine Atommacht zu werden, wäre das Schlimmste für uns. Wenn Sie aber Atommacht sind, ist dies in Ordnung. Auf jeden Fall wird sich schon in naher Zukunft, wie Sie selbst gesagt haben, die Bedeutung des Nuklearen relativieren. ... Ich habe aber einen konkreten Wunsch. Ich möchte, daß wir dieselbe Art von nuklearer Konsultation praktizieren, wie wir sie bereits mit den USA und Großbritannien haben, selbstverständlich diskret. ... Natürlich wird solch ein Austausch nur auf der Basis sehr persönli-cher Diskussionen stattfinden können. (Aus: Jacques Attali: *Verbatim I*, Paris 1993)

Mit der Wiedervereinigung haben sich die Widersprüche der deutsch-französischen Atomwaffen-Diplomatie verschärft. So wie Frankreich nun erst recht entschlossen war, die Atomwaffe als letzten verbliebenen Trumpf in der Hand zu halten, begann man in Deutschland »die Frage des deutschen Nuklearverzichts ... im europäischen Kontext auf veränderte Weise« (Michael Stürmer) zu stellen. Schließlich konnte man, nach Abschaffung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin, die europäischen Atommächte mit der Möglichkeit einer deutschen Bombe durchaus glaubwürdig konfrontieren. Die entsprechenden Schlüsselbegriffe wurden kurz nach dem Fall der Mauer, im Dezember 1989, vom CDU-Außenpolitiker Lamers genannt: »Die französischen und natürlich auch die britischen Nuklearwaffen müssen eine europäische Funktion erhalten« und »die Bundesrepublik Deutschland (muß) ihre Haltung vor allem zur Zukunft des Nuklearen deutlicher machen als bisher«, hatte Lamers vor dem Deutschen Bundestag erklärt. »Wenn auch die Verteidigung in europäischen Händen läge, wäre das für Frankreich zugleich die beste Versicherung gegen la dérive allemande.« »La dérive allemande« – das deutsche Abirren, die Aufkündigung der Westbindung, die nationale Atomwaffenoption – all dies wird von der herrschenden Politik in Deutschland nicht als Hirngespinst zurückgewiesen, sondern, ganz im Gegenteil, als realistische Möglichkeit ins Spiel gebracht. Die europäische Sorge vor einer Kontinuität der deutschen Geschichte wird kokett aufgegriffen und, etwa bei ZDF-Auftritten von Peter Scholl-Latour, zur Drohung umgemünzt: »Wenn es keine europäischen Atomwaffen gibt, werden wir in ein paar Jahren eine deutsche Atomwaffe haben.«

Daß diese Befürchtung auch in den offiziellen Papieren der Westeuropäischen Union ihren Niederschlag findet, beweist der Bericht des WEU-Verteidigungsausschusses über »Rolle und Zukunft der Atomwaffen« in Europa von Mai 1994. Dieser Bericht konstatiert eine zunehmende Unglaubwürdigkeit der US-Atomwaffengarantie für Westeuropa und die damit zusammenhängende Reaktualisierung des deutschen Problems: »In diesem Rahmen muß Deutschland eine glaubwürdige nukleare Abschreckung verschafft werden ..., damit es sich nicht gezwungen sieht, seine eigene atomare Abschreckung zu

entwickeln«, so das Papier. »Die rein französisch-britische Atomwaffen-Kooperation könnte von Deutschland als eine Kraft wahrgenommen werden, gegen die ein Gegengewicht zu setzen sei.«

Die wachsende Abhängigkeit des Franc von der Bundesbank schafft zusätzliche Druckmittel eigener Art, was etwa die »FAZ« veranlaßte, die Möglichkeit zu ventilieren, daß Frankreich »Verläßlichkeit und Vertrauen der Wirtschafts- und Währungspolitik« der Bundesrepublik nur dann noch erwarten könne, wenn dieser »das gleiche in der Verteidigungs- und auch in der künftigen Atompolitik nicht verweiger(t)« werde (»FAZ«, 4.9.95).

Die Konstellation der Interessen ist heute, da französische Regierungsstellen »erstmals mit den Deutschen über Atomwaffen sprechen« (»Sunday Telegraph«) somit relativ klar. Erstens kann von »Europäisierung« im Wortsinne keine Rede sein. Europäisierung ist die Chiffre, hinter der sich die Atomambition der Berliner Republik verbirgt. Die Idee eines Vetorechts aller 16 EU-Regierungschefs über die Euro-Bombe würde bedeuten, jeden Einsatz dieser Bombe so wirkungsvoll wie dauerhaft zu blockieren. Darüber hinaus sind Länder wie Schweden, Griechenland oder die Niederlande ebensowenig an einer Europäisierung der französischen Bombe interessiert, wie Frankreich an deren Mitsprache.

Während zweitens »nichts so selbstverständlich (ist) wie das Bestreben der beiden europäischen Atommächte, das Thema aus den Überlegungen ›Maastricht II‹ herauszuhalten« (»FAZ«, 4.9.95), verfolgt man in Bonn das entgegengesetzte Ziel. Zwar wird man in London und Paris nicht abgeneigt sein, die eigene Atommacht mit deutschem Geld und deutscher Technologie subventioniert zu bekommen (und sich vom »Europa«-Etikett vielleicht auch einen zusätzlichen Public Relations-Effekt versprechen) – sobald es aber um die Frage der Verfügungsgewalt geht, stehen die Interessen unverändert Spitz auf Knopf.

All jene Mitsprachehäppchen, die Chirac den deutschen Nukleokraten mittlerweile hingeworfen haben mag, werden deren Appetit mit Sicherheit nicht stillen, sondern erst richtig wecken. Zwar würde im Fall der Errichtung einer Europäischen Nuklearen Planungsgruppe der deutsche Einfluß ohnehin ungleich größer sein als in der USA-dominierten Nuklearen Planungsgruppe der Atlantischen Allianz. Doch würde die Bundesregierung damit nicht länger zufrieden sein. In Publikationen der regierungsnahen »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik« hat man bereits 1994 ergänzend eine »Entscheidungsstruktur mit europäischer politischer Spitze« gefordert, in welcher ein nationales Vetorecht Großbritanniens und Frankreichs nur für eine Übergangszeit noch hinnehmbar sei, »bis diese politische Spitze tatsächlich den Charakter eines konföderativen oder förderativen Organs annimmt«.

Doch auch die Vorstellung eines französisch-britisch-deutschen »Atomwaffenrats« ist kaum mehr als ein Hirngespinst, sollte es eines Tages tatsächlich um einen nuklearen Einsatzbefehl oder um die Glaubwürdigkeit einer entsprechenden Androhung gehen. Denn die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen ist unteilbar – da hatte de Gaulle einfach recht.

Daraus folgt drittens, daß jede erreichbare Form einer deutschen Mitsprache oder Mitverfügung nur als ein Zwischenschritt zur deutschen Alleinverfügung betrachtet werden kann, ein Zwischenschritt freilich, durch welchen die deutsche Atomwaffenforschung auf den neuesten Stand gebracht und die internationale wie auch die nationale Öffentlichkeit behutsam auf die künftige deutsche Atommachtrolle vorbereitet werden kann.

Es sind jene Machtverschiebungen und -interessen in Europa, nicht die Atomtests und deren Widerhall, welche die Nukleardebatte bestimmen. Chiracs riskante Ankündigung hat jedoch eine Dynamik ausgelöst, die das Public Relations-Problem der deutschen Nuklearpolitik reduziert: Zunächst ist Bonn in der glücklichen Lage dessen, der nicht fordern muß, sondern mit einem Angebot kommen kann: Mithilfe bei der Eindämmung des antinuklearen Protests. Zweitens wird der Gedanke der Europäisierung in der Öffentlichkeit nicht mit dem deutschen, sondern mit einem französischen Interesse in Verbindung gebracht. Die an diesem Punkt ansetzende Kampagne, so ist zu befürchten, wird unter einer Parole geführt, die sich schon bei der Durchsetzung der »out of area«-Politik bewährt hat: Deutschland dürfe sich dem Drängen seiner europäischen Verbündeten nicht länger entziehen, sondern müsse endlich volle Verantwortung auch für die Atomwaffenpolitik übernehmen. »Die Deutschen, die es sich zu Zeiten des Ost-West-Konflikts unter dem Nuklearschirm, den Amerika über das Bündnis aufgespannt hatte, relativ behaglich gemacht hatten, werden auch in dieser Frage Farbe bekennen müssen«, hieß es am 4. September 1995 bereits im Leitartikel der »FAZ«. Drittens kann Bonn seine Ambitionen gesinnungsethisch garnieren. Man steigt ein und will nur das Beste für die Welt: ökologisch unbedenkliche Atomtest-Versuchsreihen am Computerterminal etwa anstelle leibhaftiger Tests. Viertens wurde mit Friedbert Pflüger eine Figur gefunden, die das alte Programm in modernisiertem Gewand verkaufen zu können verspricht. Der smarte Jungpolitiker und ehemalige RCDS-Vorsitzende hatte als einer der engsten Mitarbeiter Richard Weizsäckers in seiner 1994 erschienenen Schrift *Deutschland driftet* dazu aufgerufen, die neue Konservative Revolution in Deutschland politisch zu bekämpfen, und sich insofern als ein Anhänger von Aufklärung und Westbindung profiliert. Er gilt nicht nur in der SPD-Bundestagsfraktion, sondern auch bei den Grünen als ein Gesprächspartner, dem man vertraut. Wenn Pflüger erläutert, warum gerade die Deutschen auf Nuklearkonsultationen mit Frankreich nicht verzichten könnten (»weil wir eine nichtnukleare Nation ohne jede atomare Ambition sind« – »International Herald Tribune«, 25.8.95), strahlt er jene Glaubwürdigkeit aus der Zahnpastawerbung aus, welche durch Persönlichkeit überzeugt.

Dennoch: Die Tatsache, daß die hier dargestellten Entwicklungen in den deutschen Medien unterschlagen werden, macht deutlich, daß man schlafende Hunde derzeit noch nicht wecken will. Eine mediale Offensive zur Isolierung des deutschen Nuklearpazifismus ist aber bereits vorbereitet, die potentiellen Impulsgeber der Debatte stehen in Position. Einer von ihnen, der Friedensforscher Harald Müller (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung), hat Frankreich und Großbritannien mittlerweile aufgefordert, »der Einrichtung einer europäischen Planungsgruppe zuzustimmen, deren Zuständigkeiten für französische und britische Kernwaffen weiter gehen müssen als die der Nuklearen Planungsgruppe der Nato«. Der andere, Dany Cohn-Bendit, hat sich in Bezug auf die »dramatische Frage der Nuklearwaffen« ebenfalls positioniert: Man müsse, so Cohn-Bendit im ZDF, »weg von dem hegemonialen Besitz einer Nation hin zu einer Europäisierung« der Atomwaffen kommen. Joschka Fischer, der auf die Befürwortung deutscher Atomwaffen mit dem Argument reagierte, er sähe das doch lieber »europäisch geregelt« (»Taz«, 18.9.92), wird da nicht außen vor bleiben wollen. Daß in Deutschland nur Außenminister werden kann, wer zuvor die nukleare Kröte geschluckt hat, ist ihm bekannt. Seine Argumentation wird den Konflikt zwischen Befürwortung und Ablehnung der Atomwaffe nationalkonsensual überbrücken: Man will zur Atomwaffe, aber selbstverständlich nur, um von ihr wegzukommen. Eine Atommacht, deren Pressestelle auf diesen Kalauer bisher nicht gekommen wäre, gibt es nicht.

Matthias Küntzel hat das Buch»Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt« veröffentlicht(Campus Verlag, Frankfurt)

Konkret 10/95, S. 25

Peter Römer

Unter dem Kreuz lernen, für den Staat sterben!

Nur vordergründig geht es beim Streit um das sog. Kruzifix-Urteil um Kreuz und Christentum. Tatsächlich zielen die Kritiker des Bundesverfassungsgerichts auf eine Umgestaltung der Verfassungsordnung

Nach 1945 und in den fünfziger Jahren hatte in Deutschland das Naturrecht christlicher Prägung eine kurzlebige Renaissance. Unter Berufung auf das Naturrecht und seine – angebliche – Mißachtung im Nationalsozialismus wurde dem juristischen Positivismus die Schuld am Nationalsozialismus zugeschoben. So konnten sich diejenigen, die in den nationalsozialistischen Herrschaftsapparaten aktiv das Regime unterstützt hatten, von jeder Verantwortung freisprechen, weil sie doch nur Gesetze befolgt und Befehle ausgeführt hätten, wie man es sie gelehrt habe. Die eigentlich Schuldigen waren demnach die demokratischen Verteidiger der Republik und ihres positiven Rechts – diejenigen also, die es abgelehnt hatten, das Verfassungsgesetz der Weimarer Republik und die Gesetze, die vom neuen demokratisch legitimierten Gesetzgeber erlassen worden waren, unter Berufung auf ein höherrangiges Recht oder eine entgegenstehende Rechtswirklichkeit zu relativieren. Die Kirchen versuchten zumeist, ihr Versagen ebenfalls zu beschönigen und zu verdrängen, indem sie sich, teils eher triumphierend-machtbewußt, teils eher reumütig-bekennend zu den natürlichen Verwaltern eines ewigen Naturrechts ernannten und damit ihren Anspruch auf Politikgestaltung und ideologische Führerschaft begründeten. Mit der Restauration der alten Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, der Konsolidierung der BRD und dem Abschieben der nationalsozialistischen Vergangenheit konnte an die Stelle der christlich-abendländischen Werte das Modell des Verfassungsstaates in der spezifischen Ausgestaltung des bundesrepublikanischen Rechtsstaates gesetzt werden.

»Gesunde Wirtschaft im starken Staat«, hieß die programmatische Formel, mit der Carl Schmitt im November 1932 den Beifall der Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen errang. Dieses Programm sollte und konnte nach dem nationalsozialistischen Betriebsunfall nunmehr, wenn auch mit erheblichen Einschränkungen, in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Der geforderte starke Staat kann Freund und Feind unterscheiden und läßt in seinem Inneren keine staats- und verfassungsfeindlichen Kräfte aufkommen. Von diesem Staat ist die Gesellschaft geschieden, und zwar als privatkapitalistische Wirtschaftsgesellschaft mit den Grundrechten des Privateigentums und der Unternehmensfreiheit als dem Zentrum aller liberalen Freiheitsrechte.

Das rechtsstaatliche Modell der Trennung von Staat und Gesellschaft bedarf einer Verfassungsgerichtsbarkeit nicht; diese wird eher als Gefahr betrachtet, denn sie könnte den Staat schwächen, indem sie ihm Schranken zieht, vor allem durch die Aufwertung der eigentumsfernen Grundrechte. Sie könnte ferner die Autonomie der privatkapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft antasten, indem sie eine stärker demokratische Organisation des Staates anzielt und diesem in der Form des Gesetzgebungsstaates, nicht des autoritären Verwaltungsstaates, die Macht zuerkennt, nicht nur die Trennung von Staat und Gesellschaft zu garantieren, sondern im Gegenteil die Trennung von Staat und Gesellschaft aufzuheben und die »Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbst zur Disposition der demokratischen Willensbildung des Volkes« (Abendroth) und seines Staates zu stellen. Deshalb standen Carl Schmitt und seine Schule der Verfassungsgerichtsbarkeit stets sehr kritisch gegenüber.

Ihre Kritik war von ihrem Standpunkt aus logisch und konsequent, aber sie unterschätzte die Schwierigkeiten, das rechtsstaatliche Trennungsmodell ungebrochen gegen das Sozialstaatsgebot und gegen demokratische Mit- und Selbstbestimmungsforderungen durchzusetzen. Deshalb wurde auch die integrative und systemstabilisierende Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit verkannt. Auf die Verfassungsgerichtsbarkeit aber war man angewiesen.

Heute meint man, und dies durchaus realitätsnah, nicht oder jedenfalls erheblich weniger als zuvor des Bundesverfassungsgerichts und seiner ausgleichenden sowie seiner ideologischen, die Politik als Vollzug von Verfassungsnormen darstellenden Funktionen zu bedürfen. Die Reaktion auf das Verbot des staatlichen Zwanges zum Aufhängen christlicher Kreuze in den Schulen zeigt einen Wandel in der Stellung des Bundesverfassungsgerichts an, der sich allerdings schon seit einiger Zeit angebahnt hat. Aber erst die Beseitigung des Sozialismus und der Untergang der DDR ermöglichen es, nunmehr das Modell des starken, demokratiefernen volksdeutschen Staates und der gesunden, kapitalistischen, vom Standort Deutschland auf die Eroberung der Weltmärkte zielenden Wirtschaft zu intensivieren und in reinerer Form als bisher zu verfolgen. Die Renaissance Carl Schmitts ist deshalb eines der Symptome für den in den letzten Jahren eingetretenen Wandel und dafür, daß Deutschland den Griff nach der Weltmacht wiederum probt. Dazu muß auch das Bundesverfassungsgericht diszipliniert werden, das seit langem das Staatsorgan ist, das mit der größten Legitimität ausgestattet ist und dessen Entscheidungen sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern als auch von den Staatsorganen – zumindest der Form nach – respektiert und als verbindlich anerkannt werden.

Oder muß man bereits sagen: anerkannt wurden? Das ginge wohl zu weit, aber der Erosionsprozeß ist eingeleitet worden. Mit großem Geschick und sicherem Instinkt haben der Bundeskanzler und führende Vertreter der CDU/CSU die

Gelegenheit ergriffen, durch maßlose Urteilskritik den Unmut einiger Teile der Bevölkerung zum Volkszorn zu steigern und auf der so erzeugten Stimmungswoge nicht nur einen Blitz- und Überraschungsangriff auf das Bundesverfassungsgericht zu starten, sondern auch zu testen, wie weit sich die ideologischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen der Republik verändern lassen.

Betrachtet man im historischen Überblick die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seit seiner, recht späten, Errichtung 1951, so zeigt sich, weshalb der weitere Bedeutungsverlust dieser Institution wahrscheinlich ist und es die politische und ideologische Rolle, die es in der Vergangenheit inne hatte, in Zukunft nicht mehr wird spielen können. Mit der Umdeutung der Grundrechte in eine Wert- und Wertrangordnung, mit der Methode der Güter- und Werteabwägung, mit der Betonung des Verhältnismäßigkeitsprinzips, mit dem Methodenchaos und -synkretismus, den es praktizierte, sowie mit dem jeweiligen Abstellen auf die Umstände des Einzelfalles hatte das Gericht sich das Instrumentarium geschaffen, eine Politik der Mitte und des Ausgleichs zu treiben. Es konnte Erfolg haben, weil es sich in den Grundlinien seiner Rechtsprechung an den imaginären Entscheidungen eines nicht vorhandenen Ausschusses einer nicht zustandegekommenen großen Koalition ausrichtete und ein gutes Gespür für die tatsächlichen Machtverhältnisse besaß. Bei aller Kritik, die einzelne Urteile erfuhren, verfuhr es dabei im großen und ganzen erfolgreich. Deshalb konnte sich die Grundsatzkritik nicht durchsetzen, obwohl doch offenkundig war, daß sie richtig war, wenn sie eine Auflösung der geschriebenen Verfassung »im Gerede« (Forsthoff; »im Diskurs«, müßte man heute formulieren) feststellte, die Rationalitäts- und Gewißheitsverluste konstatierte und dem Gericht vorwarf, seine Abwägungen seien letztlich beliebig. Beliebig waren sie allerdings nur unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlicher Methodenreinheit und Grundgesetztreue; die politische Logik der Sicherung und Bewahrung des Gesamtsystems beachtet das Gericht sehr wohl.

Der starke Staat, der einer Verfassungsgerichtsbarkeit nicht bedarf, mußte in der BRD erst hergestellt werden – und dabei war das Gericht sehr behilflich. Aufbau und Ausbau der militärischen Macht hat es nicht behindert oder verzögert. Seiner Rechtsprechung nach wird die militärische Landesverteidigung sogar vom Grundgesetz gefordert, und der Wert der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr wird gegen das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung abgewogen, die Raketenstationierung wird akzeptiert, das Friedensgebot des Grundgesetzes nicht positiv ausgestaltet, die Nato wird zu einem System kollektiver Sicherheit erklärt und der Einsatz der Bundeswehr auch zu anderen als Verteidigungszwecken gestattet. Notstandsgesetze, Berufsverbote, Gesetze zur Terrorismusbekämpfung wurden in ihrem Gehalt nicht angetastet. Außen- und europapolitisch hielt sich das Gericht – im Widerspruch zu seiner sonstigen Rechtsprechung – auffallend zurück, vor allem auch im Hinblick auf die mangelnde demokratische Ausgestaltung der EU. Der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition versuchte es im Grundvertragsurteil Grenzen zu ziehen, und die These vom Fortbestand des deutschen Reiches und einer gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit vertrat es aggressiv.

Die kapitalistische Wirtschaft war dem Gericht ebenfalls unantastbar; zwar wurde das Mitbestimmungsgesetz für verfassungsgemäß erklärt, aber unter dem Vorbehalt, daß auch zukünftig die Funktionsfähigkeit der Unternehmen nicht berührt werden dürfe; die viel gerühmte Formel des Bundesverfassungsgerichts über die Offenheit der Wirtschaftsverfassung stand unter dem Vorbehalt der Beachtung der Grundrechte und damit der Eigentums- und Unternehmerfreiheit, die den unantastbaren Kernbestand des wirtschaftlichen Systems darstellt. Die (Schein)verrechtlichung der Politik durch das Gericht ermöglichte es den Partei- und Fraktionsführungen, ihre eigenen rechten und linken Flügel mit dem Hinweis auf »Karlsruhe« zu disziplinieren; dadurch trug es zur Entpolitisierung der Öffentlichkeit und zur Entdemokratisierung des politischen Entscheidungsprozesses bei.

Solange es noch zu beachtende Kräfte in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und in der politischen Öffentlichkeit gab, die z.B. auf Anerkennung der durch den Weltkrieg geschaffenen Lage und also auch auf Anerkennung der DDR insistierten, die gegen Wiederbewaffnung, gegen atomare Aufrüstung, gegen die Politik der militärischen Konfrontation und für Abrüstung eintraten, die Mitbestimmung in der Wirtschaft und den Ausbau des Sozialstaates forderten, die in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das sozialpolitische Hauptziel sahen und dazu auch planende und steuernde Eingriffe des Staates in den Bereich der Wirtschaft forderten, die Selbst- und Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen einforderten – solange bedurfte auch das führende konservative Lager des Bundesverfassungsgerichts als aus- und angleichenden Faktors. Man nahm dafür auch in Kauf, wenn nur die Richtung im großen und ganzem stimmte, daß einzelne Freiheits- und Gleichheitsrechte im Widerspruch zur Gesetzgebung und zur Rechtsprechung anderer Gerichte verstärkt und im Steuer- und Finanzrecht krasse Formen der Ungleichbehandlung beanstandet wurden. Auch die sich ständig wandelnde Rechtsprechung zur Parteienfinanzierung mußte die Parteien nerven.

Solche Rücksichtnahme ist nun nicht mehr nötig. Es gibt zur Zeit keine politisch relevanten Kräfte, die alternative Konzepte wirksam propagieren oder gar mit einiger Aussicht auf Erfolg durchsetzen könnten. Ein flüchtiger Blick (nur robusten Naturen kann ein genauerer empfohlen werden) genügt schon, um zu sehen, was von der SPD, den Gewerkschaften, den alternativen Bewegungen, den Grünen, der Friedensbewegung, den Intellektuellen oder der Mehrheits-PDS zu erwarten ist: Um diese Kräfte voll in die bestehenden Machtverhältnisse zu integrieren oder in die Verfassungswidrigkeit abzudrängen, bedarf es eines Bundesverfassungsgerichts nicht mehr.

Ein gewisser Unwille gegenüber dem Gericht ist schon seit längerem zu spüren, und die Bereitschaft nahm zu, seine Entscheidungen, die auch zuvor schon gelegentlich stillschweigend, aber stets unter Wahrung des Scheins strikter Befolgung beiseite geschoben worden waren, unter den Vorbehalt des Möglichen und Erforderlichen zu stellen. Mit den Urteilen zur öffentlichen Bekanntgabe der Tatsache, Soldaten seien tötungsbereit (Soldaten als Mörder), zur Behandlung angeblicher Straftaten in der früheren DDR, zur Strafbarkeit von Sitzdemonstrationen verschärfte sich die Kritik.

Die Auseinandersetzungen um das militärische Eingreifen der Bundeswehr in Jugoslawien – und potentiell überall, wo deutsche Interessen in der Welt bedroht sind – hat gezeigt, daß man zur Durchsetzung seiner Machtstaatsziele das Bundesverfassungsgericht nicht mehr braucht. Man hat die Interpretationsherrschaft über das Grundgesetz und kann sie ausüben, auch wenn sie sämtlichen zuvor selbst geäußerten rechtlichen Festlegungen widerspricht; vor allem aber: Man kann die eigene Auslegung politisch durchsetzen und bedarf des Gerichts als Genehmigungsinstanz nicht.

Im Gegenteil, durch die Feststellungen im Urteil zu den Rechten des Parlaments beim Einsatz der Bundeswehr wird – erfolglos, wie vorauszusehen ist – versucht, wenigstens einige Kontrollsicherungen einzubauen, die sich vielleicht doch noch als störend erweisen könnten. In seinen diesbezüglichen, auf freier richterlicher Rechtsschöpfung beruhenden Ausführungen hat das Gericht andererseits die entscheidende Relativierung schon selbst vorgenommen: »Die verfassungsrechtlich gebotene Mitwirkung des Bundestags bei konkreten Entscheidungen über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte darf die militärische Wehrfähigkeit und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährden.« Das weiß Herr Rühe auch ohne das Bundesverfassungsgericht. Aber immerhin wurde die Bundesregierung verpflichtet, bewaffnete Streitkräfte nur nach zuvoriger konstitutiver Zustimmung des Bundestages einzusetzen. Auch sind die Streitkräfte nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unverzüglich zurückzurufen, wenn der Bundestag es verlangt.

Da man das Bundesverfassungsgericht zunehmend weniger braucht, es vielmehr lästig zu werden droht, wird versucht, es zu disziplinieren. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die anstehende Entscheidung über das Asylrecht und den weiteren Ausbau der EU. Selbstverständlich denkt niemand etwa an seine Abschaffung oder an eine grundlegende Änderung seiner Kompetenzen – als Legitimitätsreserve für besondere Fälle muß es weiterhin funktionsfähig gehalten werden.

An der Reaktion auf den Kruzifix-Beschluß – der verfassungsrechtlich nur Selbstverständliches ausspricht – ist vor allem bemerkenswert, daß dem Gericht, insbesondere durch den bayerischen Ministerpräsidenten, offen die Gefolgschaft aufgekündigt und damit ungerührt auch die Basis der bisherigen »Gemeinsamkeit aller Demokraten« angegriffen wird. Inhaltlich geht die Kritik nicht oder nur ganz am Rande auf die Urteilsgründe ein, die den meisten der Kritiker auch noch gar nicht bekannt gewesen sein dürften. Es wird rein ideologisch argumentiert. W. Schäuble, immerhin Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und möglicher Kanzlerkandidat, schreibt in der »FAZ«, das Kreuz sei für alle »Teil einer Werteordnung, die von der griechischen Klassik, über das antike , die christliche Botschaft und ihre Auseinandersetzung mit den alten Denkern bis zu den großen Philosophen der Aufklärung und der Neuzeit am Bild von (!) einzelnen Menschen in seiner (!) unverwechselbaren Würde wie seiner Verstrickung zugleich ausgerichtet« sei. Dieses Wertefundament sei, so Schäuble, »dem Buchstaben des Grundgesetzes vorgegeben«. Für einen entschiedenen Atheismus, der die Würde des Menschen auch ohne das Kreuz, unter dem Kriege, Verfolgungen und Folterungen zuhauf durchgeführt wurden, schützen will, ist in diesem Ideologiebrei, dem sogar die Aufklärung noch untergerührt wird, kein Platz. Wenn's nicht Dummheit ist, ist's Verdummung.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz sieht im Kreuz »den Grund jeder von der Verfassung geschützten Freiheit« und behauptet: »Wenn der freiheitliche Verfassungsstaat nicht mehr zum Kreuz aufblickt, um Maß zu nehmen für die ihm anvertrauten Wertentscheidungen, kommt das einer Selbstverleugnung gleich.« Wenige Tage nach diesen Ergüssen kann man in der gleichen Zeitung über den Terror der Militärjunta in Argentinien lesen, die bei den Folterungen anwesenden Militärgeistlichen »boten den zu Tode Gequälten die Beichte zur Vergebung der Sünden an und sprachen nach deren Tod den manchmal doch etwas verstörten Mördern geistlichen Trost zu«. Wenn das Kreuz nicht auch in den argentinischen Folterkammern, wie schon während der Inquisition selbstverständlich, gehangen hat, so wurde es doch gewiß von den Geistlichen getragen. Da mag es dem Gefolterten, wenn er gläubiger Christ war, sogar letzten Trost gegeben haben - als ein religiöses Zeichen, aber gewiß nicht als Ausdruck der Verbindung der Kirche mit dem Staat, seiner rechtlichen Grundordnung und seiner Verfassungsideologie, sei es in Argentinien, wo die katholische Kirche das Regime besonders kräftig unterstützt hat, oder anderswo.

Es geht bei diesem Streit nicht um das Kreuz und nicht um das Christentum. Das staatlich angeordnete Aufhängen eines Kreuzes in den Klassenzimmern ist keine Garantie für einen christlich geprägten Unterricht. Der Fuldaer Bischof Dyba, einer der treuesten unter den vom Papst ernannten Bischöfen, kann deshalb in den Diskussionen über das Urteil nur »aussichtslose Fassadengefechte« erkennen. Die neuen Bundesländer seien weder »christlich noch abendländisch«, sondern »mehrheitlich heidnisch«, und auch in Berlin, Bremen und Hamburg sehe es mit der Erinnerung an das christliche Abendland nicht viel besser aus. Er ruft deshalb zu einer offensiven Neuevangelisierung auf und dazu, sich vom »bloß Institutionellen auf das Inhaltliche« auszurichten.

Seine Eminenz können unbesorgt sein. Für Schäuble et alii ist der Beschluß nur der »Aufhänger«, um neue Inhalte durchzusetzen. Unter dem Zeichen des Kreuzes sollen die politische Mitte und Teile der Rechten neu formiert, soll die Verfassungsordnung umgestaltet werden.

Konkret 10/95, S. 29

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 39

Dienstag, 16.5. (Nachtrag) –

Brandstiftung in einem von Ausländern bewohnten Mehrfamilienhaus in Esslingen. Die Bewohner können sich ins Freie retten.

Donnerstag, 8.6. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im April 1995 insgesamt 177 fremdenfeindlich motivierte Straftaten. Dabei handelte es sich um zwei Brandanschläge, 29 Angriffe gegen Personen und 146 »sonstige Straftaten« wie Sachbeschädigungen oder Beleidigungen.

Freitag, 9.6. –

In einem Studio des Privatsenders Pro 7 in München detoniert eine an die Fernsehmoderatorin Arabella Kiesbauer adressierte Briefbombe. Dabei wird eine Redakteurin leicht verletzt und muß mit einem schweren Schock ins Krankenhaus gebracht werden. –

Drei Jugendliche überfallen in Velten einen türkischen Imbißstand. Sie brüllen ausländerfeindliche Parolen und verletzen den Wirt und zwei zu Hilfe eilende Gäste.

Samstag, 10.6. –

In Neureichenau/Bayern schlagen fünf Motorradfahrer einen 20jährigen Asylbewerber aus dem Sudan zusammen. Der 20jährige wird schwer verletzt.

Montag, 12.6. –

Das Landeskriminalamt Sachsen registrierte 1994 insgesamt 736 rechtsextremistische Straftaten, 57 Prozent mehr als 1993. Die Zahl der Gewaltdelikte ist dabei um zirka 31 Prozent auf 64 Straftaten gesunken, während die Zahl der Propagandadelikte um 269 auf 569 anstieg. Fremdenfeindliche Straftaten erreichten mit 67 Delikten den niedrigsten Stand seit der Wende.

Mittwoch, 14.6. –

Wie der Berliner Senat auf eine Anfrage von Bündnis 90/Grüne mitteilt, registrierte die Berliner Polizei im Jahr 1994 insgesamt 533 rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Straftaten. Im Jahr 1993 seien 745 derartige Delikte registriert worden.

Freitag, 16.6. –

Das Jugendschöffengericht des Magdeburger Amtsgerichts verurteilt vier weitere Beteiligte an den ausländerfeindlichen Krawallen am Himmelfahrtstag 1994 zu Bewährungs- und Geldstrafen.

Samstag, 17.6. –

In Rostock werden vier wolgadeutsche Aussiedler überfallen, mißhandelt und beraubt. Die Opfer – drei Männer und eine Frau – erleiden Verletzungen an Kopf und Körper. –

Auf dem S-Bahnhof Köpenick jagt die Polizei eine Gruppe vermeintlich illegal mit Zigaretten handelnder Vietnames/inn/en. Dabei wird einer vom Sog eines Zuges erfaßt und tödlich verletzt. –

Bei einem Schützenfest in Dassel/Niedersachsen greifen etwa 30 Skinheads unter Grölen von »Sieg Heil« und »Ausländer raus« ausländische Festbesucher an. In einer anschließenden Auseinandersetzung werden zwei Polizeibeamte und vier Skinheads verletzt.

Sonntag, 18.6. –

In Magdeburg greifen drei Skinheads einen Asylbewerber aus Südafrika mit Stöcken, Baseballschlägern und einem Luftgewehr an. Als das Opfer flüchtet, jagen zwei der Skinheads den 18jährigen zunächst zu Fuß und dann mit dem Auto durch die Innenstadt. Der Angegriffene erleidet Verletzungen an Schulter, Rücken und Oberarm. –

Bei einem Überfall auf ein Asylbewerberheim in Kusel werden zwei Männer aus dem ehemaligen Jugoslawien verletzt.

Montag, 19.6. –

Wie der Abteilungsleiter für Rechtspflege und Gesetzgebung im Thüringer Justizministerium, Wolfram Ebersbach, mitteilt, nahm nach den offiziellen Statistiken 1994 die Zahl der Ausschreitungen mit rechtsextremem oder fremdenfeindlichem

Hintergrund gegenüber 1993 um 53 Prozent zu. Damit hat Thüringen den stärksten Anstieg bei rechtsextremen Straftaten im Osten.

Samstag, 24.6. –

Brandstiftung in einem Lagerraum eines türkischen Lebensmittelgeschäfts in Esslingen. Die Bewohner des Hauses über dem Laden können das Gebäude rechtzeitig verlassen. Es entsteht Sachschaden. –

In Frankfurt/Oder werden bei einer Razzia 300 Polen wegen angeblicher Schwarzarbeit festgenommen und ausgewiesen. Unter Amtshilfe von BGS-Beamten umstellt das Arbeitsamt eine Lagerhalle, unter anderem Sitz des Verlages »Brandenburger Spitz«, dessen Anzeigenblatt die Polen offenbar verteilen sollten. Die Polen werden nach eigenen Angaben von den mit Schußwaffen, Schlagstöcken und Hunden ohne Maulkörbe ausgerüsteten Beamten eingekesselt und in das Gebäude gedrängt. Einige geben an, geschlagen worden zu sein. Junge Frauen beschweren sich, sie hätten sich nach der Festnahme ausziehen müssen. Alle Polen werden nach der zehnstündigen Aktion mit einem Stempel im Reisepaß, der ihnen eine erneute Einreise nach Deutschland verbietet, mit Bussen nach Polen zurückgebracht.

Sonntag, 25.6. –

Auf ein Asylbewerberheim in Geisa/Thüringen feuern unbekannte Täter aus einem Pkw drei Schüsse ab. Ein Projektil durchschlägt das Fenster eines Zimmers im Obergeschoß, in dem eine türkische Familie schläft. Es wird niemand verletzt.

Dienstag, 27.6. –

In Neuberesinchen/Brandenburg überfallen rechtsextreme Jugendliche einen polnischen Viadrina-Studenten. Sie beschimpfen den 20jährigen als »Polen-Schwein« und schlagen ihn. –

Wegen des Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Zwickau verurteilt das Landgericht Zwickau drei Angeklagte zu Bewährungsstrafen von einem Jahr beziehungsweise von einem Jahr und neun Monaten und Geldstrafen zwischen 2.000 und 2.500 Mark.Der vierte Angeklagte erhält eine Geldbuße von 1.000 Mark.

Freitag, 30.6. –

Das Amtsgericht Magdeburg spricht einen 33jährigen Magdeburger Polizisten aus Mangel an Beweisen von dem Vorwurf frei, am Rande der Ausschreitungen am Himmelfahrtstag 1994 einen Ausländer mißhandelt zu haben. –

Wie die Polizei in Stuttgart mitteilt, wurde wegen verschiedener Brandanschläge auf von Ausländern bewohnte Häuser in Baden-Württemberg – darunter der Brandanschlag vom 16. März 1994, bei dem sieben Menschen starben – ein 25jähriger Mann aus Esslingen festgenommen. Der Arbeitslose habe Brandanschläge der vergangenen zwei Jahre in Esslingen, Rottweil, Villingen-Schwenningen und auch den in Stuttgart gestanden, dieses letzte Geständnis dann aber widerrufen. Trotz ausländerfeindlicher Bekenntnisse des Mannes hält die Staatsanwaltschaft ein politisches Motiv für unwahrscheinlich.

Sonntag, 2.7. –

In München wird ein 17jähriger türkischer Jugendlicher wegen Diebstahls festgenommen und nach eigenen Angaben auf der Nordschwabinger Inspektion 13 von mehreren Polizisten verprügelt. Die ärztlich bestätigten Prellungen werden von der Polizei nicht bestritten: Man habe den Jugendlichen nach einem Angriff auf die Beamten nur durch Gewalt stoppen können.

Mittwoch, 5.7. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, wurden 1994 insgesamt 7.952 Gesetzesverletzungen mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischen Hintergrund registriert, davon 1.489 Gewalttaten und 6.463 sonstige Gesetzesverletzungen. Es seien 1994 keine vollendeten, aber zehn versuchte Tötungsdelikte mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Motiven gemeldet worden. 3.500 der Vorfälle hätten einen fremdenfeindlichen und 1.370 einen antisemitischen Hintergrund.

Dienstag, 11.7. –

In Berlin beleidigt ein 53jähriger angetrunkener Mann auf offener Straße einen Türken, bespritzt ihn mit Brennspiritus und versucht, die Kleidung des Mannes mit einem Feuerzeug anzuzünden, das aber versagt.

Mittwoch, 12.7. –

Der Bundesgerichtshof bestätigt mit einem jetzt veröffentlichten Beschluß das Urteil gegen die zwei Angeklagten, die vom Oberlandesgericht Schleswig-Holstein wegen der Brandanschläge auf zwei von Türken bewohnte Häuser in Mölln, bei denen eine Frau und zwei Mädchen getötet wurden, zu lebenslänglich beziehungsweise zehn Jahren Jugendstrafe verurteilt worden waren (Beschluß vom 5. Juli 1995, AZ 3 StR 363/94).

Freitag, 14.7. –

Das Landgericht Berlin hebt die Verurteilung dreier Polizisten wegen der Mißhandlung eines iranischen Studenten auf. Der Vorsitzende Richter Sasse folgt in der Urteilsbegründung den »schlüssigen Aussagen« der Angeklagten. Die Darstellung des 35jährigen Iraners, der nach eigenen Angaben im Dezember 1992 in einen Funkwagen geworfen und später auf der Wache geschlagen und wegen seines Glaubens verhöhnt worden sei, sei für das Gericht »objektiv« nicht zutreffend.

Donnerstag, 20.7. –

Brandanschlag auf das Haus einer mazedonischen Familie in Neu Wulmsdorf/Niedersachsen. Da sich die Familie im Urlaub befindet, wird niemand verletzt. Das Haus wird mit rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert.

Freitag, 21.7. –

In Meißen/Sachsen provoziert eine Gruppe Rechtsextremer in einem Tanzrestaurant eine Schlägerei. Sie provozieren ausländische Gäste mit rassistischen Parolen und greifen eine Gruppe portugiesischer Bauarbeiter an. Bei der Schlägerei werden drei Männer leicht und einer schwer verletzt. –

Ebenfalls in Meißen werfen etwa sechs Neonazis mit Pflastersteinen die Fensterscheiben von Kebab-Läden ein. Die Polizei vermutet denselben Täterkreis, der auch das Tanzlokal überfiel.

Sonntag, 23.7. –

Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Braunfels bei Gießen/Hessen. Unbekannte Täter dringen in das Haus ein und legen an mehreren Stellen Feuer. Die türkische Familie befindet sich zur Zeit im Urlaub.

Samstag, 29.7. –

In Nürnberg pöbeln zwei Skinheads zwei ausländische Frauen an und verfolgen sie. Die Frauen können in einen Schnellimbiß flüchten.

Sonntag, 30.7. –

Bei einer Auseinandersetzung nach einem Volksfest in Bogen bei Straubing wird ein 27jähriger Mann mit einem Messerstich leicht verletzt. Die Polizei verdächtigt einen albanischen Staatsangehörigen als Täter. Als dies unter den Festbesuchern bekannt wird, versucht eine Gruppe Deutscher, zum nahegelegenen Flüchtlingsheim zu ziehen, um »Albaner aufzumischen«. Die Polizei sieht als Ursache für dieses Verhalten nicht Fremdenfeindlichkeit, sondern übermäßigen Alkoholkonsum an.

Montag, 31.7. –

Brandanschlag auf ein größtenteils von Ausländern bewohntes Haus in Essen.

Mittwoch, 2.8. –

Wie das Innenministerium von Sachsen-Anhalt auf eine Anfrage der PDS mitteilt, ist die Zahl rechtsextremistischer und antisemitischer Straftaten in Sachsen-Anhalt im ersten Halbjahr 1995 gestiegen. Die Polizei registrierte 412 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gegenüber 361 im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Zahl der antisemitischen Straftaten stieg von 27 in den ersten sechs Monaten 1994 auf 35 in 1995.

Donnerstag, 3.8. –

Das Landgericht Halle verurteilt zwei 20 und 21 Jahre alte Männer wegen der Beteiligung an einem Brandanschlag auf von Vietnamesen bewohnte Häuser im September 1992 zu Freiheitsstrafen von zehn Monaten auf Bewährung. Nach Auffassung des Gerichts beteiligten sich die Angeklagten zwar nicht direkt an der fremdenfeindlichen Aktion, machten sich aber durch ihre Anwesenheit der »geistigen Mittäterschaft« und des Landfriedensbruchs schuldig. Die Geständnisse der Angeklagten wurden strafmildernd berücksichtigt. –

Brandanschlag auf das Gebäude des türkischen »Sozial- und Dienstvereins« in Haiger/Lahn-Dill-Kreis. Weil die mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllten Flaschen nicht zündeten, entstand kein größerer Schaden.

Samstag, 5.8. –

In Gera/Thüringen nimmt die Polizei 35 randalierende Jugendliche im Alter zwischen 15 und 29 Jahren, darunter zehn Frauen, fest, die in einem Garten ausländerfeindliche Parolen brüllen und Nazilieder singen. Nach den Festnahmen werden zwei Wohnungen durchsucht, in denen rechtsextremistisches Propagandamaterial sichergestellt wird.

Dienstag, 8.8. –

Nach Angaben des Landeskriminalamtes in Brandenburg wurden im ersten Halbjahr 1995 169 Ermittlungsverfahren mit rechtsextremistischem und 41 mit fremdenfeindlichem Hintergrund abgeschlossen. Im Vergleichszeitraum 1994 waren es 384 beziehungsweise 145 derartige Ermittlungsverfahren.

Mittwoch, 9.8. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im Juni 146 fremdenfeindlich motivierte Straftaten. Dabei handelt es sich um fünf Brandanschläge, 27 Angriffe gegen Personen – darunter ein versuchtes Tötungsdelikt – sowie 114 »sonstige Straftaten« wie Sachbeschädigungen und Beleidigungen. 35 Menschen wurden verletzt. –

Brandanschlag auf ein türkisches Feinkostgeschäft in Oberhausen-Rheinhausen/Kreis Karlsruhe. –

In Gera/Thüringen werden zwei Männer aus Mosambik von unbekannten Tätern, die ausländerfeindliche Parolen grölen, zusammengeschlagen und verletzt.

Samstag, 12.8. –

In Düsseldorf überfällt eine etwa 30 Mann starke Schlägertruppe ein Übergangswohnheim für Aussiedler. Die Angreifer brüllen ausländerfeindliche Parolen. Zwei Bewohner werden verletzt.

Sonntag, 13.8. –

In Potsdam wird ein Israeli von unbekannten Tätern schwer mißhandelt. Der Angegriffene erleidet Kopfverletzungen und einen Nasenbeinbruch.

Montag, 14.8. –

Wie eine Sprecherin der Postdirektion in Erfurt mitteilt, mußte die Post einen Briefträger wegen seiner schwarzen Hautfarbe in Vachdorf/Thüringen versetzen. Bewohner des 800-Einwohner-Dorfes hatten den Afrikaner bei seiner Arbeit behindert, ihn z.B. absichtlich in die falsche Richtung geschickt und sich anschließend über ihn beschwert. –

In Wolnzach/Oberbayern überfallen vier Skinheads zwei Türken. Dabei zieht einer der Skinheads ein Messer, ein anderer schlägt mit einem Baseballschläger auf die Türken ein. Eines der Opfer muß mit einem Unterkieferbruch ins Krankenhaus gebracht werden, sein Landsmann wird ambulant behandelt.

Mittwoch, 16.8. –

In der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel erhängt sich ein 29jähriger Nigerianer in seiner Einzelzelle. Er war am Vortag durch Entscheidung des Amtsgerichts Hannoversch Münden in Abschiebehaft genommen worden.

Das Archiv für Sozialpolitik (Frankfurt/Main) erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Übergriffe

Montag, 19.6. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt 1994 insgesamt 68 Fälle der Schändung jüdischer Einrichtungen.

Dienstag, 20.6. –

Das Gästebuch der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen wird von Jugendlichen mit antisemitischen Schmierereien verunstaltet.

Mittwoch, 21.6. –

Das Amtsgericht Weinheim verurteilt den Bundesvorsitzenden der NPD, Günter Deckert, wegen Beleidigung zu einer Haftstrafe von sechs Wochen. Die Anklage wegen Volksverhetzung wurde fallengelassen. Deckert hatte mehrere Faxe verschickt, in denen er unter anderem den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, mit Sätzen wie »Bubis raus aus dieser Stadt, wir haben deine Deutschenhetze satt« angegriffen hatte.

Freitag, 23.6. –

Das Landgericht Stuttgart verurteilt den 30jährigen Germar Scheerer wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu 14 Monaten Haft ohne Bewährung. Der Diplom-Chemiker, der zeitweise Mitglied der Republikaner war, hatte in einem 1991 verfaßten Pseudogutachten über den Nachweis von Cyanidverbindungen die Tatsache des systematischen Massenmordes an Juden in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau geleugnet.

Freitag, 7.7. –

Das Amtsgericht Reutlingen verurteilt den Vorsitzenden der NPD, Günter Deckert, wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 3.150 Mark. Das Gericht sieht Deckert als Verfasser eines Flugblattes an, in dem zumindest indirekt und durch Zitate anderer Autoren die Massenvernichtung von Juden durch die Nationalsozialisten in Frage gestellt wurde.

Mittwoch, 2.8. –

Unbekannte Täter verwüsten Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Trier. Sie werfen 15 Grabsteine um.

Donnerstag, 10.8. –

Das Landgericht Erfurt hebt die einzige Haftstrafe ohne Bewährung gegen einen der 18 Angeklagten, die die KZ-Gedenkstätte Buchenwald im Sommer 1994 geschändet hatten, auf. Die Jugendkammer des Gerichts wandelt die Freiheitsstrafe von 20 Monaten in eine Strafe von 18 Monaten um, die zur Bewährung ausgesetzt wird.

Dienstag, 29.8. –

Das Landgericht Berlin verurteilt den Münchner Neonazi Bela Ewald Althans wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates und des Ansehens Verstorbener zu drei Jahren und sechs Monaten Haft. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß Althans in dem 1992 entstandenen Dokumentarfilm »Beruf Neonazi« die systematische Judenvernichtung im KZ Auschwitz geleugnet hatte.

Konkret 10/95, S. 30

Termine

29.9. Detmold, Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, 20 Uhr: Im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Etwas besser als die Nation« findet ein Vortrag von Freek Huisken mit dem Titel »Gegen das nationale Deppertsein« statt.

3.10. Detmold, Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, 20 Uhr: Im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Etwas besser als die Nation« liest Wiglaf Droste unter dem Motto »Die schweren Jahre ab dreiunddreißig«.

6.10. Detmold, Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, 20 Uhr: Zu dem Thema »Wer bin ich? – Die Identitäts-Falle« referiert der Hamburger Journalist & DJ Günther Jacob. Anschließend gibt's eine HipHop-Party.

7.10. Berlin, Adenauerplatz, 14.00 Uhr: Bundesweite Demo unter dem Motto »Schluß mit der Blockade Cubas! Schluß mit dem Wirtschafts- und Medienkrieg gegen Cuba!«

7.10. Berlin, Kulturbrauerei, im Anschluß an die Demonstration ca. 16.00 Uhr: Markt der Möglichkeiten; ab 17.30 Uhr: Podiumsdiskussion »Es lebe unsere DDR« mit Hans Modrow, Hermann L. Gremliza und Ellen Brombacher; abends Feier mit der »Jungen Welt« aus Anlaß ihres halbjährigen Weiterbestehens.

9.10. Detmold, Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, 20 Uhr: Streitgespräch zwischen Thomas Ebermann und André Brie zu der These »Links ist da, wo keine Heimat ist«.

11.10. Detmold, Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, 20 Uhr: »Über die Schluchten des Balkan – Deutscher (Sonder)Weg zur Weltmacht?« – Podiumsdiskussion mit Karl Held (»Gegenstandpunkt«) und Justus Wertmüller (»Bahamas«)

11.-16.10. Frankfurt, Buchmesse. KONKRET ist stationiert in Halle 6.0 G., Standnummer 137.

13. & 14.10 Frankfurt, Kommunikationszentrum, Campus der Universität, Mertonstr. 26-28: »jw«-Autorenlesungen und Adorno-Ähnlichkeitswettbewerb; »Junge-Welt«-Stand auf der Buchmesse (Halle 6.0 H 163).

19.10 Göttingen, Theaterkeller, Geismarer Str., 19 Uhr: Perspektiven linker Medien am Beispiel der »Jungen Welt« mit Wolf-Dieter Vogel.

Vorankündigung: Vom 23. – 25.2.1996 ist ein Seminar des Forums Südliches Afrika zum Thema »Versöhnung im Südlichen Afrika« geplant. Kontakt: Dr. Peter Schröder, Tannenbacher Str. 42, 79106 Freiburg.

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungen veröffentlicht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Termine spätestens am Ende der ersten Woche des VORMONATS hier eingehen (ACHTUNG NEUE ADRESSE): KONKRET Stephan Meyer; Ruhrstr. 111; 22761 Hamburg oder per FAX an 040 – 851 26 14

Konkret 10/95, S. 33

Christian Schmidt

»Richtige Drecksau«

Radovan Karadzic meets Gerhard Schröder

Es war eine deutsche Woche der Abstrafung: Am Mittwoch hatten wir die Schnauze voll von dem Quertreiber Karadzic. Und die Nato handelte endlich! Am Donnerstag hatten wir die Schnauze voll von dem Quertreiber Schröder. Und Scharping handelte endlich! Wir müssen uns die SPD-Bundestagsabgeordneten, die tags darauf ins verdiente Wochenende fuhren, als glückliche Menschen vorstellen.

Ob das Glück anhält, ist eine andere Frage. Neuer Streit scheint vorprogrammiert. Zwar ist davon auszugehen, daß von nun an bezüglich der deutschen Interessen auf dem Balkan überparteiliche Einmütigkeit einkehrt (und es zukünftig kein Bombardement mehr ohne deutsche Tornados geben wird); aber in der Sache Schröder/Scharping steht das reinigende Gewitter noch aus. So jedenfalls spiegelt es die deutsche Presse.

Die süddeutschen Zeitungen stehen eher auf Scharpings Seite. Mit besonderer Verve die »Frankfurter Rundschau«; sie schrieb: »Die von Hannover gesteuerten Rempeleien übersteigen ... das Maß der Auseinandersetzungen, die in solchen Organisationen üblich sind. Wäre Schröder ein einfaches Parteimitglied, es liefe längst ein Ausschlußverfahren gegen ihn.« Nüchterner urteilte die »FAZ« über Scharpings Schritt: »Er mußte den Bruch vollziehen. Die im Nebel stochernde Partei wird es ihm danken ... Die Partei sah sich als Resonanzboden persönlichen Ehrgeizes mißbraucht. Das nimmt sie übel und wird es so schnell nicht vergessen.«

Die Berliner Zeitungen dagegen thematisierten mehr den Streit an sich. Die »Welt« sorgte sich: »Niemand kann die Selbstzerfleischung der SPD mit Häme oder Schadenfreude beobachten.« Derselbe politische Grundgedanke trieb auch die »Taz« um: »Der Prozeß der sozialdemokratischen Selbstzerfleischung schreitet munter voran. Wer glaubt, daß nunmehr ein quälendes Duell seinen vorläufigen Ausgang gefunden hat, ist schief gewickelt. Denn Scharping zahlt für das Niederhalten Schröders den hohen Preis des Modernisierungsverlustes.«

Es erhebt sich mithin die Frage: Wie kommt es, daß in ein und derselben Woche alle Deutschen außenpolitisch einen entscheidenden Schritt weiter zusammenrücken; dasselbe aber innenpolitisch, ja gar nur innerparteilich nicht gelingen will? Handelt es sich, wie die landsmannschaftliche Sympathieverteilung suggeriert, um einen innerdeutschen Nord-Süd-Konflikt? Nein, das wäre zu oberflächlich geurteilt. Denn schon ein kurzer Blick auf die jüngsten Vorgänge zeigt, daß die Kontroverse Schröder/Scharping darauf nicht reduzierbar ist.

Zwar ist es richtig, daß Ministerpräsident Schröder sich selbst als »Automann« des VW-Konzerns einordnet; aber seine gemeinsame Initiative mit BMW, Audi, Daimler und Porsche zur Realisierung des 3-Liter-Autos zeigt, daß er durchaus gesamtdeutsche Interessen verfolgt. Und daß sich dann im Nachklapp auch die anderen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten für ihre Autokonzerne, Opel und Ford, mit derselben ökologischen Zielsetzung stark machten, weist wohl in dieselbe Richtung.

So bleiben als Knackpunkt die strittigen Äußerungen Schröders in der Wochenzeitung »Die Woche«: »Es geht nicht mehr um sozialdemokratische oder konservative Wirtschaftspolitik, sondern um moderne oder unmoderne.« Was wollte er damit ausdrücken? Aufschlußreich sind andere Passagen im selben Interview: »Wir haben es nicht nur mit der Globalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte zu tun, sondern auch mit der Globalisierung der Arbeitsmärkte. Auch darauf haben wir keine Antwort. Die SPD wäre gut beraten ... eine spannende Diskussion zu initiieren über die Frage, wie Deutschland Industriestaat und Hochlohnland bleiben kann. Die Antwort heißt natürlich: Keine Angst vor Flexibilisierung.«

Im Kern geht es also darum, daß dort, wo die SPD gar »keine Antwort« weiß, eine »spannende Diskussion initiiert« wird, bis die »natürliche Antwort«, »Flexibilisierung!«, gefunden ist.

Daß sich Schröders Genossen darüber erregen, ist verständlich. Denn jeder weiß, was die Partei seit 1980 alles im Hochlohnland bereits mitflexibilisiert hat: Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe, Bafög, alle volkseigenen Betriebe, den Ladenschluß und die Lehrerarbeitszeit, Bundesbahn und Bundespost, Krankenhäuser und Stadtwerke, Maschinenlaufzeiten und Vier-Tage-Woche plus Feierschichten. Da muß sich die Parteiführung nach 15 Jahren »Standortpolitik« doch echt verarscht vorkommen!

Insofern haben die Kommentatoren recht, wenn sie schreiben, daß es um inhaltlichen Streit gar nicht geht. Jeder ehrliche Sozialdemokrat müßte Schröder bei dem, was er sagt und tut, sofort zustimmen. Es handelt sich bei diesem schrecklichen Satz von der »sozialdemokratischen und konservativen Wirtschaftspolitik« doch mehr um ein psychologisches Problem. Ehrlich gesagt, weiß heute ja niemand mehr, was damit eigentlich gemeint ist: »sozialdemokratische Wirtschaftspolitik«. Da müßten schon Historiker bemüht werden; sie würden aber nur finden: »Überführung der Großkonzerne in Gemeineigentum«, »Beteiligung am Produktivvermögen«, »Demokratisierung der Wirtschaft«. Aber wer kann sich heute

noch etwas darunter vorstellen? Und: Gibt es irgend jemanden in der SPD, der diese ollen Reformkamellen noch wieder rauskramen wollte? Natürlich nicht.

Andererseits: Was wäre, wenn man nun mit Schröder ganz brutal verkünden würde: »Es gibt gar keine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik; es gibt nur eine kapitalistische Wirtschaftspolitik!« – Würde das der normale sozialdemokratische Diakon psychisch durchstehen? Welche kontroversen Themen blieben beim Gemeinschaftskundeunterricht der GEW-Genossen? Und insgesamt: Wie muß sich denn der ›Sozi vor Ort‹ bei dem Gedanken vorkommen, daß er nichts anderes macht als die Schweine von den Regierungsparteien?!

All das hat Schröder nicht bedacht. Und eben deshalb mußte die Partei resolut reagieren, um, wie man so sagt, das Gesicht zu wahren. Auf längere Sicht, so meine Prognose, wird sich dennoch der Kandidat Schröder durchsetzen. Denn er hat die Wahrheit auf seiner Seite. Wenn Scharping sagt: »Ich mache dasselbe wie Kohl!«, wählen die meisten Kohl. Wenn Schröder sagt: »Ich mache dasselbe wie Kohl!«, wählen die meisten Schröder. Und das hat seine Gründe in den Vorlieben der Deutschen. Georg Schramm hat die Stimmungslage auf den Punkt gebracht, als er bitter beklagte, daß die heutigen Politiker alle nur kleine »Dreckspatzen« sind – und bewundernd über Strauß urteilte: »Das war noch eine richtige Drecksau.« So ist es – aber Schröder hat das Zeug dazu!

Konkret 10/95, S. 34

Oliver Tolmein

Wurzel aus 129a: Werbung dritten Grades

Es war die seit langem größte Staatssicherheitsaktion gegen linke Gruppen und gleichzeitig ein kleines Jubiläum: das 150. Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen »radikal«.

»Es geht nicht mehr an, daß jeder, der gerade lustig ist und ›bauchmäßig‹ einen Stein werfen möchte, damit rechnen kann, von FreundInnen wie politischen GegnerInnen für einen Vertreter der Spezies der Autonomen gehalten zu werden ... wenn der einzige Inhalt einer Manifestation darin besteht, wie gefährlich wir aussehen, dann brauchen wir keine eigene Abschlußkundgebung.« Die »autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/mittlerer neckar« schlägt einen scharfen Ton gegen die Gleichsetzung von Militanz und Radikalität an, die in nicht wenigen autonomen Kreisen gepflegt wird. Das hat, wie wir heute wissen, nicht nur in der Szene, sondern auch bei der eher am mittleren Rhein gelegenen Bundesanwaltschaft Anstoß erregt: Der Abdruck des Autonomen-kritischen Textes »Medien-Randale II« in der für »fünf Gräten« verkauften Ausgabe 148 der Zeitschrift »radikal« wird dort als »Sympathiewerbung für die ›RAF‹« verstanden. So steht es im Haftbefehl gegen einen der vier Männer, die am 13. Juni 1995 bei dem vom BKA sinnigerweise »Aktion Wasserschlag« getauften Großeinsatz gegen radikale Linke festgenommen worden sind und die sich seitdem in Untersuchungshaft befinden.

Zwar behauptet die Bundesanwaltschaft nicht, daß, wer ein kluges Wort schreibt, schon gleich für den »Terrorismus« wirbt, wer aber, wie die »autonomen a.f.r.i.k.a.n.e.r./.i.n.n.e.n.«, zu begründen versucht, warum der Anschlag der RAF auf den Knast in Weiterstadt geeignet war, »den Unterschied zwischen ihrem Vorgehen und dem rechten Terror zu untermauern«, gerät damit eben doch ins Visier der politischen Justiz, die es schließlich darauf anlegt, die gegenteilige Version zu verbreiten, daß nämlich die Morde an Flüchtlingen und Immigrantinnen und ein Anschlag auf einen Abschiebeknast zwei Seiten einer Medaille seien. (Was die Bundesanwaltschaft natürlich nicht daran hindert, den angeblich gleichartigen Terror ungleich zu behandeln und derzeit 105 Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen den 129a gegen Linke und nur fünf gegen Neonazis zu führen: Unser Rechtssystem soll ja nicht nivellierend wirken.)

»Die von uns entwickelten Überlegungen und Vorschläge haben einen Abschied vom Mythos ›Militanz‹ zur Voraussetzung. Danach führen wir zwar nicht mehr so häufig direkte Angriffe auf das System aus, allerdings erhalten wir die Chance, mit größerer Intensität an seinen ideologischen Grundlagen zu sägen.« Wer an einer Zeitung mitarbeitet, die Wert darauf legt, z.B. solche Debattenbeiträge zu veröffentlichen, macht sich im neuen Deutschland »dringend verdächtig, sich als Mitglied an einer kriminellen Vereinigung zu beteiligen, die auf die Begehung von Straftaten, wie das Werben für eine terroristische Vereinigung, ausgerichtet ist« (Pressemitteilung des Generalbundesanwalts). Sollte es der Bundesanwaltschaft tatsächlich gelingen, eine Zeitung als eigenständige »kriminelle Vereinigung« zu verfolgen, würde das eine beachtliche Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Paragraphen 129 und 129a StGB zur Folge haben, denn dann könnte schon das Verfassen eines Artikels, der sich kritisch mit dem Versuch der Bundesanwaltschaft auseinandersetzt, eine Zeitung zu kriminalisieren, als Werbe- und Unterstützungshandlung für eine »kriminelle Vereinigung« ausgelegt werden, die ihrerseits das Ziel hat, für eine »terroristische Vereinigung« zu werben: Und wer eine Werbung dritten Grades kriminalisiert, könnte auf die Idee kommen, um der höheren Effizienz willen auch die Werbung vierten, fünften oder sechsten Grades für strafbar zu halten.

Aber auch die Unterscheidung von Wort und Tat, von Diskussion und Aktion würde vollends aufgehoben, wenn das Drucken von Texten, die sich (kritisch oder nicht) mit Anschlägen oder militanter Politik auseinandersetzen, genauso verfolgt werden kann, wie die Organisierung und Durchführung der Aktionen selbst. Ein Aspekt, auf den auch »einige radikal-Gruppen« in einem Flugblatt hinweisen, das einige Wochen nach den Verhaftungen veröffentlicht wurde und das festhält, daß es keine feste Organisation gebe, die »radikal« »macht«: »Zur bescheidenen Erinnerung: Wir machen und verteilen eine Zeitung.«

Aber vielleicht ist es gerade das. Die Bundesanwaltschaft glaubt an die Macht des Wortes, und wie ernsthaft ihr Bedürfnis ist, eine linke Diskussion zu unterbinden, signalisiert sie mit der Behauptung, »radikal« habe einen »durchweg strafbaren Inhalt«. Auch in den Haftbefehlen werden die erwähnten Texte, die eine »Unterstützung terroristischer Vereinigungen« darstellen sollen, lediglich beispielhaft erwähnt. Offensichtlich teilt der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof die Meinung seiner Kollegen Bundesanwälte, auch die übrigen in den letzten fünf Ausgaben abgedruckten Texte seien strafbar. Am Beispiel der aktuellsten »radikal«-Ausgabe, der Nr. 152, wären damit verboten: Ein Text zum 8. März, dem »internationalen Frauen- und Lesbenkampftag«, der sich vor allem mit der extremen Situation von Immigrantinnen in Deutschland beschäftigt; Debattenbeiträge, in denen Café Morgenland und Berliner Immigrant/inn/en die Reaktionen der Szene auf den Kaindl-Prozeß kritisieren; eine Beschreibung antirassistischer Arbeit vom Antirassismus-Büro Bremen; eine Bilanz der Repression gegen Kurdinnen und Kurden in Deutschland und in der Türkei; ein Aufsatz über Erziehung und Sexualität, der den Einfluß des Kapitalismus auf die Sexualität untersucht; ein Bekennerschreiben der Kabelbeißerinnen, die im Raum Kassel den Fernsehempfang unterbrochen hatten, um gegen die Verbreitung von Pornos durch die Telekom zu protestieren; ein Text über nichtkommerzielle Radios und die Dokumentation mehrerer Bekennerschreiben zu Aktionen

gegen die rechtsextreme »Junge Freiheit«; ein Bekennerschreiben zu einer Farbbeutelaktion gegen den Polizeihauptkommissar Dommel, der für die Mißhandlung von Flüchtlingen verantwortlich ist; ein Diskussionspapier »Deutschland muß sterben, damit wir leben können« der Gruppe Hochverrat, die sich für antinationale Aktivitäten am 8. Mai stark macht und, last not least, O.L.G.A, ein Sammelsurium von Flugblättern, Prozeßerklärungen und Nachrichten aus der Szene.

Anders als die Bundesanwaltschaft glauben machen will, ist »radikal« nämlich vor allem ein Medium linksradikaler Diskussionen, dessen Herstellerinnen und Hersteller allerdings wenig vom staatlichen Gewaltmonopol halten und der rechten Aggression auch ganz praktisch etwas anderes entgegensetzen wollen als eine Soko Rex. Die Bombenbastelanleitungen und Brandsatztestberichte, die am Abend des 13. Juni die Zuschauer der Nachrichtensendungen auf allen Kanälen davon überzeugen sollten, daß der Bundesanwaltschaft ein Schlag gegen eine hochgefährliche Organisation gelungen sei, mußten aus dem schon leicht angestaubten »radikal«-Archiv der 80er Jahre hervorgekramt werden, als Feuer und Flamme noch als probate Mittel im Kampf gegen den Staat galten und nicht das Leben von Flüchtlingen bedrohten.

Die Staatsaktion vom 13. Juni gegen »radikal«, »AIZ«, »K.O.M.I.T.E.E.« und »RAF« ist allerdings nicht nur ein Versuch der Bundesanwaltschaft, in Erinnerung zu rufen, daß der Feind auch dann noch links steht, wenn dort fast niemand mehr zu sehen ist. Schon die Wahl des Datums für die »Aktion Wasserschlag« zeigt, daß es der Staatssicherheitsbehörde auch darum zu tun ist, eine alte Rechnung zu begleichen: Am 13. Juni 1983 waren Benny Härlin und Michael Klöckner verhaftet worden, weil die Bundesanwaltschaft ihnen zur Last legte, sie seien presserechtlich verantwortlich für die zu diesem Zeitpunkt noch legal produzierte »radikal«, der auch damals schon Werbung für »terroristische Vereinigungen« vorgeworfen wurde. Was für den Staatsschutz so verheißungsvoll begann, endete mit einer politischen Niederlage auf fast allen Ebenen. Klöckner und Härlin erhielten nach massiven öffentlichen Protesten gegen Zahlung einer Kaution Haftverschonung. Der Richter, der sie 1984 zu 2 1/2 Jahren Haft verurteilte, stürzte noch am gleichen Tag volltrunken die Treppe des Kammergerichts hinunter und landete mit Schädelbruch im Krankenhaus. Klöckner und Härlin wurden dagegen im Mai 1984, passend zum Geist der Zeit, als Abgeordnete der Grünen ins Europaparlament geschickt.

Die »radikal« erschien, nachdem sie vorübergehend eingestellt worden war, wieder; sie wurde seitdem aber verdeckt produziert und war nur noch über eine wechselnde Adresse im Ausland zu erreichen. 1990 kassierte der Bundesgerichtshof dann auch noch das Urteil von 1984 – mit einer überraschenden Begründung, die aber kaum jemand zur Kenntnis nahm, weil die Linke längst marginalisiert war und mittlerweile der freundliche Umgang der Justiz mit den Nazis die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zog. Der Tatbestand des »Werbens für eine terroristische Vereinigung« müsse eng ausgelegt werden, forderte der BGH, der bloße Abdruck von Bekennerschreiben reiche nicht aus, es müsse unterschieden werden zwischen dem Werben für »diese verbrecherische Vereinigung« und »Sympathie für ... den von ihr ausgeübten Anschlag«, das gelte insbesondere, weil die »›radikal‹ eine publizistische Plattform für die Selbstdarstellung aller ›antikapitalistischen‹ Gruppen schaffen wollte«.

Auch die Ermittlungsverfahren gegen 192 Personen, die auf Betreiben der Bundesanwaltschaft in den Jahren 1986/87 vor allem gegen Buchhändlerinnen und Buchhändler, die die »radikal« verkauft haben sollen, eingeleitet worden sind, endeten für die Helden der Inneren Sicherheit eher enttäuschend: In den wenigsten Fällen wurde überhaupt Anklage erhoben, 26 Verfahren sind nach Anklageerhebung eingestellt worden, sieben Angeklagte wurden freigesprochen und fünf zu Bewährungsstrafen zwischen sieben und zehn Monaten verurteilt. Insgesamt hat der Generalbundesanwalt seit Gründung der »radikal« 150 Ermittlungsverfahren gegen das linke Projekt eingeleitet, ohne es bislang wirklich zum Verstummen bringen zu können.

Das aktuelle Verfahren ist allerdings in mancherlei Hinsicht das seit dem Klöckner/Härlin-Prozeß brisanteste: Zum ersten Mal beschuldigt die Bundesanwaltschaft Leute, an der *Herstellung* der »radikal« beteiligt zu sein. Sie stützt sich dabei im wesentlichen auf die Ergebnisse einer Überwachungsmaßnahme des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz von 1993, die die gegenwärtige scharf geführte Diskussion über den »großen Lauschangriff« absurd erscheinen läßt. Denn der schwerwiegende Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, der nach der geltenden Strafprozeßordnung nicht erlaubt ist und gegen den die (noch) amtierende Justizministerin, so gut sie kann, Stellung bezieht, ist in diesem Fall bereits in erheblichem Umfang durchgeführt worden.

Im September 1993 wurden in einem Haus in der Eifel geführte Gespräche vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz überwacht und mitgeschnitten. Die rechtliche Grundlage dafür war ein Gerichtsbeschluß, der auf den Paragraphen 25b des Rheinland-Pfälzischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes von 1988 verweist. Danach ist die »verdeckte Informationserhebung« nicht nur, wie in anderen Polizeigesetzen, zur Gefahrenabwehr möglich, sondern auch »zur vorbeugenden Bekämpfung der in Paragraph 100a StPO genannten Straftaten«: Eine Umgehung also der restriktiveren Regelungen der Strafprozeßordnung selber. Die Behauptung, daß derartige Befugnisse dadurch eingeschränkt würden, daß die Abhöraktionen einer richterlichen Anordnung bedürfen, erweist sich im rheinland-pfälzi-schen Fall als wenig

stichhaltig: Das Gericht hat der Polizei die Erlaubnis zur Totalüberwachung des Hauses und aller Aktivitäten, die sich darin abspielten, ohne viel Federlesens erst für sechs, dann für weitere acht und schließlich für nochmals zehn Wochen gegeben.

Auch die Erkenntnisse der Polizei, die zu diesem Eingriff in die Grundrechte geführt haben, können nicht allzu fundiert gewesen sein, denn der Lauschangriff zielte nicht etwa gegen die tatsächlich abgehörten Personen, sondern gegen mutmaßliche Mitglieder der RAF, die dort angeblich ihre Treffen abhalten sollten. Folgerichtig beschäftigt sich der Haftbefehl ähnlich ausführlich wie mit den angeblichen Taten der Beschuldigten mit der Frage, inwieweit die in der Eifel gewonnenen Erkenntnisse überhaupt verwertet werden dürfen. Die Ermittlungsbehörden haben Glück, »Zufallsfunde« unterliegen nahezu keinem Verwertungsverbot – was es attraktiv erscheinen läßt, auch weiterhin auf Verdacht mit Methoden wie dem Lauschangriff in die linke Szene hinein zu ermitteln. Die in der Eifel gewonnenen Erkenntnisse sind eher dürftig: Den Inhaftierten wird weder zur Last gelegt, Texte für »radikal« selbst verfaßt zu haben, noch in irgendeiner Weise presserechtlich verantwortlich für sie zu sein. Sie sollen vor allem den Vertrieb des Blattes organisiert und dafür an konspirativen Treffen teilgenommen haben.

Die angebliche Konspirativität des Verhaltens der Beschuldigten dramatisch zu schildern ist der Bundesanwaltschaft, die jahrelang alles getan hat, um zu verhindern, daß »radikal« auch ohne Zuhilfenahme konspirativer Verhaltensweisen hergestellt werden kann, ohnehin ein wichtiges Anliegen: Darauf stützen sich nicht nur der Haftbefehl wegen Verdunklungsgefahr, sondern auch eine Vielzahl von Haftverschärfungen wie Trennscheibe und Besuchsverbote. Dabei muten die wenigen Anhaltspunkte für das »hohe Maß an Konspirativität«, mit dem die Angeschuldigten gearbeitet haben sollen, eher bescheiden an: Sie sollen beispielsweise »Informationen verdeckt und unter Verwendung von Codewörtern austauschen« (GBA-Stellungnahme). Das Maß an Verschlüsselung, das damit erreicht werden kann, ist bereits an der Qualität der angeblich verwendeten Codewörter zu erkennen: »Fraß« oder »Fete« für »Treffen«; »Herd« für »Druckerei«; »cool« für »unverdächtig« oder »Flut« für Erstverteilung der Zeitung; »Ente« für »radikal«. Der Generalbundesanwalt bittet zu Tisch, aber der Herd bleibt heiß und die Ente ist zu zäh. Schlechte Zeiten für den Koch, auf welcher Seite er auch immer stehen mag.

Die »radikal« ist erreichbar mit Post im doppelten Umschlag. 1. Umschlag: NN, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 Amsterdam. 2. Umschlag: Z.K. Das Heft kostet 6 Mark.

Ein ausführliches Interview mit Macherinnen und Machern der »radikal« ist abgedruckt in KONKRET 1/90

Oliver Tolmein arbeitet zusammen mit der Medienwerkstatt Freiburg an einem Film über die Verfolgung der »radikal«

Konkret 10/95, S. 35

Oliver Tolmein

Tapfere Konstruktion

Die Razzia am 13. Juni richtete sich nicht nur gegen »radikal«, sondern auch gegen die »Antiimperialistischen Zellen«, gegen das »K.O.M.I.T.E.E.« sowie gegen die RAF. Allerdings wurden in den letztgenannten drei Ermittlungsverfahren keine neuen Haftbefehle erlassen. So daß als Bilanz der 55 Durchsuchungen an diesem Tag festgehalten werden kann: Vier Männer wurden verhaftet, nach mittlerweile vier anderen wird gefahndet, einer befindet sich, weil er Aussagen über einen der Gesuchten verweigert, für fünf Monate in Beugehaft. Darüber hinaus ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen weitere 17 »namentlich bekannte und weitere unbekannte Personen« wegen Unterstützung der »radikal«, ohne daß Haftbefehle ausgestellt worden wären. Offensichtlich hat die Bundesanwaltschaft in den gegen die anderen angeblichen Organisationen geführten Verfahren noch weniger in der Hand als im Fall »radikal«. Beispielsweise wird im »AIZ«-Verfahren behauptet, die Gruppe sei für einen Anschlag auf das Rechtshaus der Uni Hamburg am 21. November 1992 verantwortlich – ein Anschlag, der damals mit der Kontinuität faschistischer Justiz begründet wurde und der von einer unbekannten Gruppe »widerstandszelle nadia shedah« verübt wurde. Der Zusammenhang zu späteren Aktionen der »AIZ«, die sich gegen einzelne Politiker und Parteieinrichtungen von CDU und F.D.P. richteten, ist nicht mehr als eine Behauptung der Bundesanwaltschaft und geht aus den Bekennerschreiben selbst nicht hervor.

Ähnlich tapfer konstruiert wirkt die Begründung für die in diesem Zusammenhang durchgeführten Durchsuchungen: Grundlage bildet die Erkenntnis der Bundesanwaltschaft, der Anschlag auf das Rechtshaus müsse von Jurastudenten begangen worden sein,weil nur diese ausreichend Orts- und Sachkenntnis hätten. Ähnlich sah das auch die Hamburger Polizei, die den Autoren des Bekennerschreibens das Niveau einer »Leistungskontrollklausur für Fortgeschrittene« bescheinigte. Unter den Jurastudenten die wenigen Linken zu finden, bereitete offenbar wenig Schwierigkeiten: Die Ermittlungen führten schließlich zu zwei Personen, die der Polizei als »gewaltbereite Mitglieder des Umfelds der RAF oder anderer linksextremistischer Vereinigungen« bekannt sind. In den Blick geriet noch eine dritte Person, die mit einer der beiden zeitweilig zusammengewohnt hatte. Weil auch die Bundesanwälte meinten, daß das noch etwas wenig sei, unterfütterten sie den Durchsuchungsbeschluß gegen die Beschuldigten mit der Behauptung, die drei seien entweder Mitglieder des 1994 aufgelösten, aber keineswegs verbotenen oder auch nur offen verfolgten Aktionsbündnisses »Komitees gegen den imperialistischen Krieg« gewesen oder hätten zumindest »enge Kontakte« damit unterhalten.

Diese autonome Gruppierung wiederum, der Kreis schließt sich, hätte ähnliche Themen bearbeitet wie die »AIZ«: die Rolle der BRD und anderer imperialistischer Staaten in Kurdistan, im Balkan-Krieg, in Somalia ... In Erklärungen der »AIZ« seien Formulierungen benutzt worden, die auch in Flugblättern des »Komitees gegen den imperialistischen Krieg« Verwendung gefunden hätten.

Wir überlassen die Suche, wo welche Textbausteine gegen Krieg, Nationalismus und imperialistische Intervention noch überall Verwendung gefunden haben, der geneigten Leserschaft und wenden uns der Indizienkette gegen angebliche Unterstützer des »K.O.M.I.T.E.E.s« zu. Das »K.O.M.I.T.E.E.« hat am 27. Oktober 1994 einen Anschlag auf die Bundeswehrkaserne in Bad Freienwalde/Brandenburg mit der Begründung verübt, die Bundeswehr unterstütze den Krieg der türkischen Regierung gegen die PKK und die kurdische Bevölkerung. Eine geplante Sprengung des ehemaligen Polizei-Gefängnisses in Grünau bei Berlin, das gerade zum Abschiebeknast umgebaut wurde, scheiterte, weil die Polizei offenbar zufällig zwei Fahrzeuge entdeckte, in denen neben Sprengstoff und Warnschildern persönliche Papiere und Ausweise gefunden wurden. Daraufhin wurde die Fahndung gegen vier Personen eingeleitet: Eine Frau stellte sich und wurde bei einem Haftprüfungstermin freigelassen, drei Personen werden weiter gesucht.

Am 13. Juni und bei einer weiteren Durchsuchung am 20. Juni konzentrierte sich die Bundesanwaltschaft darauf,gegen drei Personen, die die Untergetauchten gut kennen, vorzugehen, weil sie geholfen haben sollen, die Anschläge des »K.O.M.I.T.E.E.s« vorzubereiten. Das Hauptindiz für diese Verbindung ist eine rote Seifendose: Bei der Durchsuchung eines Hofes in Neutrebbin, in dem zwei derUntergetauchten zeitweilig gewohnt haben »konnten«, so der Durchungsbeschluß, waren bereits im April »rote Farbflecke festgestellt werden, die nach Umfang und Größe bei dem Besprühen einer Seifendose hervorgerufen (worden) sein könnten«. Bei dem Sprengsatz, der in Bad Freienwalde verwendet wurde, befand sich der Bundesanwaltschaft zufolge die Zündeinrichtung in einer rot besprühten Seifendose. Und da die Bewohner des Neutrebbiner Hofes diejenigen, nach denen gefahndet wird, gut kennen sollen, sind die roten Farbflecke auf ihrem Hof Resultat einer Vorbereitungshandlung für einen Anschlag ...

Konkret 10/95, S. 37

Pascal Beucker

Arrangez-vous!

Wieder ist einer von denen, die 1968ff ganz links aufgebrochen waren, ganz rechts angekommen: wie der Maoist Zitelmann und der DKP-Vorstand Schütt nun der revolutionäre Kämpfer Thomas Schmid

I.

Er ist, wie stets, auf der Höhe der Zeit und ihres Geistes. Das Kruzifix-Urteil? Es sei *kein gutes Zeichen, wenn es einer Minderheit nichtchristlicher Eiferer gelingt, der großen Zahl überzeugter Christen und der Mehrheit derer ihren Willen aufzuzwingen, die das Kreuz als Folklore und Erinnerungszeichen dulden.* Der neue Grass-Roman? *Furchterregend holpern sie: Sprache wie Botschaft.* Grass bleibe *beharrlich auf dem trockenen Acker des alten Linkskonservatismus sitzen.* Angesagt aber ist: *Ein neuer deutscher Patriotismus müßte Scham über den Holocaust ebenso enthalten wie den Stolz auf die erste halbwegs stabile Demokratie in Deutschland und die Freude darüber, daß die vereinte Nation den stillen Winkel der Geschichte verlassen kann – nicht überheblich, sondern als Republik unter Republiken.*

Wer schreibt so? Nur ein »geläuterter« Linker kann so schreiben, einer von denen, die sich um so penetranter als Tabubrecher und Querdenker darstellen müssen, je harmonischer sie mit den Wölfen heulen.

»Zwar ist es so, daß Marx, Horkheimer, Adorno, Fanon seit Jahren in den Regalen verstauben und eigentlich niemand Sehnsucht zeigt nach der revolutionären Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft. Nichtsdestotrotz fordern lauter mustergültig Resozialisierte einander reihum dazu auf, von den verhängnisvollen alten Irrtümern abzulassen. Durch ihr Verhalten bestätigen sie freilich erst die verpönte Theorie, welche sie durch die Praxis dementierten, als sie sich noch zu ihr bekannten. Sie liefern den lebenden Beweis für die platteste Version der These, wonach das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt. Die neue Geistigkeit, die altes Bildungsgeschwätz recycelt und langsam aber sicher völkisch wird, weil sie vom Klassenkampf ums Mehrprodukt nichts wissen will, seit die Eliten aller Länder sich gegen die Masse der Bevölkerung in räuberischer Absicht verschworen haben, ist materialistischer Determinismus auf eine fast schon lachhaft offensichtliche Weise«, schrieb Wolfgang Pohrt vor zwei Jahren in KONKRET.

Der offensichtlich Lachhafteste von allen heißt Thomas Schmid. Seit fünfzehn Jahren tut er nichts anderes, als dazu aufzufordern, von den verhängnisvollen alten linken Irrtümern abzulassen. Er ist damit vom revolutionären Kämpfer über den ökolibertären Multikulturberater zum stellvertretenden Chefredakteur der »Wochenpost« avanciert und zuletzt bei den neuen Nazis gelandet.

II.

1975. Thomas Schmid in der Sponti-Zeitschrift »Autonomie«: *Proletarische Revolution: das ist die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft in die kommunistische. Sie hat viele Anläufe, viele Kämpfe nötig, und sie ist in den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft objektiv angelegt – aber sie ist weder die Summe vieler Kämpfe, noch ist die Entwicklung der Widersprüche ein Automatismus, dessen siegreiches Ende berechenbar wäre. Es ist immer Klassenkampf, es gibt immer Kämpfe, von den kleinsten und friedlichsten Bewegungen bis zu Aufständen wie dem französischen Mai, jeder dieser Kämpfe hat seine Bedeutung für den revolutionären Prozeß, und es gibt die Möglichkeit, bewußt zu diesem Prozeß beizutragen.* Zwar sei die proletarische Revolution heute noch nicht *aktuelle Realität,* doch etwas anderes *ist eindeutig da: es gibt heute in der BRD Revolutionäre.* Einer von ihnen: Genosse Schmid. Schließlich war er schon 68 dabei, im SDS: *Der SDS wollte den Umsturz dieser Gesellschaft und sagte es offen und hatte darin seine Stärke – die andern sagten, eine Prise Revolution wäre ganz nützlich.*

Die anderen, das waren die, die in die *kommunistisch-reformistische Tradition* gehörten. Sie hätten *keinen Begriff von der Geschichte der Klassenkämpfe, von Veränderung der Klassenzusammensetzung, von Klassenrealität. Ihre Rezepte sind daher so zeitlos wie wertlos.* Wie anders seine: *Die Bewegung hat sich seit dem Ende der 60er Jahre inhaltlich ungeheuer weiterentwickelt – nicht im Sinne eines revolutionären Gesamtprozesses, sondern in der Breite. Die einzelnen haben sich auf unterschiedlichste Weise auf die Klassenrealität eingelassen, sich mit der Klassenrealität verfilzt.* Wie schön: *(D)ie linksradikale und subkulturelle scene ist Realität, aus ihr schöpfen die Genoss(inn)en und Grüppchen, die es übers Land verstreut gibt, einen ganz wesentlichen Teil ihrer Kraft und Identität, darauf fußen sie.*

Schmids revolutionäres Subjekt sind jetzt die *Sub- oder Infrastruktur* (Buchläden, Verlage, Kneipen), die Betriebskämpfer (*sie nahmen den schwierigsten und gefährdetsten Weg*) und die inzwischen entstandenen Kohorten von linksradikalen Lehrern, Sozialarbeitern, Ärzten, Krankenschwestern, Juristen etc., auf die er die Erfüllung seines Anliegens gründet: Die *kapitalistische (auch staatskapitalistische) Verfassung der Gesellschaft muß restlos umgestürzt, zerstört werden ... Der revolutionäre Prozeß ... macht Ernst mit der Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft: er ist zersetzend, negativ, entwirft nicht die Bilder einer neuen-alten Gesellschaft des »Aufbaus des Sozialismus«, lehnt Verantwortung genauso ab wie den*

revolutionären Masochismus, der die psychologische Basis neuer Herrschaft abgibt, er ist nicht vernünftig und nicht systematisch.

Schmid ist zu jener Zeit ein sehr seltsamer Marxist. Wahllos verquirlt er Worte wie Klassenkampf, Proletariat, revolutionärer Prozeß oder Befreiung zu einem großen Unsinnsbrei. Kostprobe: *Das Proletariat wird gerade dadurch revolutionär, daß es den uralten Zusammenhang der Bestimmung des Seins durchs Bewußtsein verläßt, daß es Subjekt wird, das in der Lage ist, seine Geschichte in die eigene Hand zu nehmen: nicht als bloß objektiv bestimmte Klasse, sondern als Zusammenhang revolutionärer Einzelner, revolutionärer Subjekte. Das Bewußtsein hört auf, Überbauphänomen zu sein, es wird revolutionäre und befreiende Produktivkraft. Daran gemessen wirkt der traditionelle revolutionäre Vorschlag, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Basis der Befreiung, archaisch.* Das ließ schon damals nur die Frage offen: Glaubt er, was er da erzählt? Und ist er also eher Dummkopf als Demagoge?

III.

1995. Thomas Schmid in der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit«: *Es ist aber sicher wahr, daß die Achtundsechziger bei weitem nicht so radikal mit den Tendenzen der Zeit über Kreuz waren, wie sie mit revolutionärem Pathos gerne taten ... Keines ihrer erklärten Ziele hat die Bewegung von 1968 erreicht, und das ist ihr paradoxester Erfolg. Man hat sie als sozialistisch oder als kommunistisch bezeichnet, zu Unrecht.* (1975 hatte er auch geschrieben, *die Bewegung* setze sich für *befreite(re)s Ficken* ein.) Denn *obgleich wir damals kaum ein Wort häufiger in den Mund nahmen als das Wort »Demokratie«, waren wir zum größten Teil sicher keine Demokraten.*

Gegenüber seinen neuen Freunden zeigt Schmid Verständnis für den *Groll, der vielerorts gegen die Achtundsechziger gehegt wird.* Bei ihnen sei *die Kluft zwischen hehrem Anspruch und stockkonservativer Praxis besonders ärgerlich.* Er meint aber nicht seine Genossen und Genossinnen Tilman Fichter, Klaus Hartung, Udo Knapp, Bernd Rabehl, Joscha Schmierer, Christian Semler, Cora Stephan und Antje Vollmer, sondern jene kleine störrische Minderheit, die der revolutionäre Kampf nicht in die Propagandazentralen der deutschen Bourgeoisie geführt hat.

Diese Unbelehrbaren haben viel Unglück über die Republik gebracht: *Als gesunkenes Kulturgut trat die Philosophie von 1968 – nun in der Tat realsozialistisch beschnitten – ihren Siegeszug an. Und vor allem in zwei Bereichen: in den Schulen und in den Medien.* Ihr Einfluß war *auf Dauer nicht segensreich, da es zu den seltsamen Entwicklungen der Bundesrepublik* gehöre, *daß es der Linken gelungen ist, in wichtigen Fragen dieses Monopol tatsächlich durchzusetzen.* Schmid gibt *Hinweise,* welche wichtigen Fragen er meint: *Über Nation oder gar die Frage der deutschen Vereinigung war ein Diskurs nicht möglich; das Ziel der Gleichheit war nicht hinterfragbar.*

IV.

In der »Tageszeitung« hat Walter Boehlich versucht, die Ehre der 68er vor Thomas Schmid zu retten. Sie hätten mehr und nicht weniger Demokratie gewollt und die Republik wünschenswert verändert. So recht Boehlich gegen den reaktionären Stuß ansonsten hat – auch er fällt auf den Kronzeugengestus von Schmid herein. 1968 nämlich war Schmid nur ein unbekannter Mitläufer gewesen. Auffällig wurde er erst in den 70er Jahren, als alles vorbei war und er im »Revolutionären Kampf« (RK) mitmischte – neben den anderen bedeutenden revolutionären Kämpfern Dany Cohn-Bendit, Joschka Fischer, Tom Königs, Johnny »Tigerpalast« Klinke und Mathias Beltz. Daß Schmid unter ihnen als der Intellektuelle galt, läßt Rückschlüsse auf das Niveau ihrer Debatten zu.

Boehlich unterstellt, Schmid habe sich furchtbar verändert. Dabei ist er dem Sinn all seines Strebens stets treu geblieben. Nie hatte er etwas anderes im Kopf, als Leute, die es mit dem Kampf gegen die Verhältnisse ernst meinten, bei den Herrschenden zu denunzieren. In den 70ern waren das die »Traditionskommunisten«, in den 80ern die Ökosozialisten und »linken Fundamentalisten« bei den Grünen und heute, wo es darum geht, dem deutschen Volk zu dienen, geht es gegen die Linksliberalen. Dementsprechend wechselte Schmid die Orte seines denunziatorischen Schaffens: In den 70ern erstattete er seine Anzeigen in »Wir wollen Alles« und »Autonomie«, von 1979 bis 1986 als Lektor und Autor bei Wagenbach, in den 80ern bis Anfang der 90er Jahre in dem Ex-KBW-Zirkular »Kommune« und im »Kursbuch«, aber auch schon in der »Süddeutschen Zeitung« und der »Zeit«, seit August 1993 in der rechtspopulistischen »Wochenpost« und jetzt halt auch noch in der »Jungen Freiheit«. Ein konsequenter Weg.

Schmid ist kein Verräter. Verrat setzt Charakter voraus, und wenn auch nur einen schlechten. Schmid ist nie mehr gewesen als ein Thermometer unter dem Arm der alten Frau Zeitgeist. Als links »in« schien, war er »links«. Heute, da links nichts mehr läuft und zu verdienen ist, ist er deutscher Patriot. Warum ihm vorwerfen, daß er bei den Nazis der »Jungen Freiheit« gelandet ist? Nirgends paßt er besser hin.

Interessanter ist die Frage: Warum erst jetzt? Was er in der »Jungen Freiheit« veröffentlicht hat, ist nur die Überarbeitung und Aktualisierung eines Textes von 1988, betitelt *Die Wirklichkeit eines Traums. Versuch über die Grenzen des antipoietischen Vermögens meiner Generation.* Der neue Titel, ad usum Nazi, heißt: *Das Janusgesicht der 68er Bewegung*

und kommt ohne jene Reste von Fortschrittsgeräusch aus, die anno 88 noch opportun schienen. Daß die Bewegung von 1968 mit *BMW und Siemens weit mehr zu tun (hatte) als mit Marx und Lenin,* wollten die Käufer von Wagenbach-Büchern 1988 noch nicht lesen. In der »Jungen Freiheit« versendet dieser Satz eine doppelt kodierte Botschaft: 1. Ich war nie so links, wie ihr geglaubt habt, wer immer mir etwas bot, durfte auf mich zählen. 2. Daß unser Kampf gegen den »Industrialismus« geführt werden muß, erkannten wir damals noch nicht; heute bin *ich* schlauer. (Mit seiner »Industrialismuskritik« findet er übrigens bruchlos Anschluß an die »Konservative Revolution« der 20er Jahre, als deren Fortsetzung die »Neue Rechte« sich versteht.)

V.

Was macht das Geschäft, das doch so viele betreiben, für Schmid einträglicher als etwa für seine Brüder im Zeitgeist Peter Schütt und Raus Kleiner Röhl? Schmid versteht es besser als sie, auf die Linke mit Phrasen loszugehen, die der durchschnittliche Lesezirkelabonnent für »links« hält. Ein Beispiel aus dem Jahre 1984: *Der sozialistische Entwurf hat sich für eine bessere Gesellschaft als unbrauchbar erwiesen. Einen anderen gibt es nicht, er zeichnet sich auch nirgends ab. Die revolutionäre Haltung, die sich in Opposition zum Ensemble der bestehenden Gesellschaft begriff, ist un- oder kontraproduktiv. Ich sehe daher gar keine andere Wahl, als sich reformierend auf diese Gesellschaft einzulassen. Überspitzt: nur der Reformismus kann dem Anarchismus zu Erfolgen verhelfen. Gibt man jedoch die revolutionäre Haltung auf, so hat das Konsequenzen. Man kann nicht mehr alle Positivität den eigenen Reihen zuordnen und alles andere ablehnen. Die Politik der Schuldzuweisungen gibt dann keinen Sinn mehr.* Oder: *Man sollte in der bestehenden Gesellschaft alle Momente stützen, die auf Entstaatlichung und Selbstbestimmung hinweisen. Man muß Entscheidungskompetenzen von oben nach unten verlagern, muß die Enklaven des – ohnehin partiellen – Ausstiegs stärken, muß das bisher hierarchische Gefüge der Institutionen verflüssigen, muß ihnen einen anarchischen Impuls beigeben, man muß Macht kommunalisieren. All das ist nicht möglich, wenn man nur draußen steht. Will der Anarchismus nicht Glaubensbekennntnis bleiben, sollte er Reformismus werden.* Welch ein Wortgeklingel für die einfache Botschaft: Arrangez-vous!

VI.

Schon 1984 war Schmid auf der Suche nach einem höheren Sinn: *Kein Waldsterben, keine menschenunwürdigen Arbeitsplätze, keine Ausbeutung der dritten Welt etc. – das wird nicht mehr lange tragen. Es geht um einen gesellschaftlichen Entwurf, der mehr ist als ein Katalog, in den alle ihre Forderungen eintragen dürfen.* Doch obwohl er bereits 1978 sein *Deutschsein nicht länger vergessen, überspielen* wollte, bedurfte es noch elf Jahre, bis er endlich das *Transzendentale* gefunden hat, das zu finden er sich so lange nicht getraut hatte: das Vaterland. Jetzt hat er für sich den Patriotismus entdeckt. Es sei falsch, »Hurra-Patriotismus« und Patriotismus gleichzusetzen. Er meine auch nicht den Patriotismus, der »an die Phrasen der wilhelminischen Zeit« erinnere. Sein »Patriotismus« stamme aus dem 18. Jahrhundert, beispielsweise aus einer Schrift von 1761 von Thomas Abt, deren Kern Schmid zusammenfaßt: *Vaterland und Freiheit werden hier also als Dinge genannt, die sich wechselseitig bedingen.* Hatten nicht auch die Nazis auf Patriotismus gesetzt? Im Gegenteil. Schmid: *Die Nazis hatten mit Patriotismus erst recht nichts im Sinn. Der zum Widerstand gehörende Generaloberst Beck hat über Hitler gesagt: »Dieser Mensch hat ja gar kein Vaterland.«* Na, wenn`s der Generaloberst gesagt hat. Die Weimarer Republik aber sei daran zugrunde gegangen, daß *es an Patrioten fehlte.* Zu viele Luxemburgs und Tucholskys eben, und zu wenige Jünger und Heidegger – das muß es gewesen sein. Und, vor allem: zu wenig Thomas Schmid.

Pascal Beucker schrieb in UNI KONKRET 2/1995 über die deutsche Studentenschaft vor 1968

Konkret 10/95, S. 40

Eckhard Voss

Euro-Bubble III

Dinos im Jurassic Park – Auf der Suche nach den europäischen Gewerkschaften

»Klassengegensätze sind Gegensätze des Wollens.«
Karl Kautsky

»Arthur Scargill, Arthur Scargill – You were right in eighty-five!« sangen sie 1993 zu Hunderten auf einer Demonstration im nordenglischen Newcastle, zu der mich ein Kollege und Freund mitgenommen hatte. Der regionale Trades Union Congress hatte aufgerufen, gegen das neue Zechenschließungsprogramm der Regierung Major und seines Industrieministers Heseltine zu protestieren. Es ging um die Schließung der letzten noch verbliebenen Zechen in einer Region, in der seit den Zeiten der römischen Besatzung Kohle gefördert worden war. Etwa zeitgleich war bekanntgeworden, daß »Swan Hunter«, die letzte Schiffswerft auf dem Tyne, auf dem einst die größten Kähne der Welt mit den modernsten Anlagen gefertigt wurden, dichtmachen sollte, weil die Regierung jegliche finanzielle Unterstützung verweigerte. Die Demonstration war gut besucht, wohl auch deshalb, weil der Präsident der legendären »National Union of Mineworkers« anwesend war, der fast zehn Jahre zuvor den längsten und erbittertsten Arbeitskampf in der britischen Nachkriegsgeschichte angeführt hatte, zu dessen Unterstützung auch in Deutschland »Care-Pakete« gepackt und Geld gesammelt wurde. Scargill hatte immer wieder behauptet, das Rationalisierungsprogramm Maggie Thatchers sei nur der Anfang vom Ende der englischen Kohleproduktion.

Die Menschen von Newcastle lagen mit ihrem Slogan ganz richtig. Es gibt heute keine Zechen mehr in Nordengland, auch »Swan Hunter« ist verschwunden. Zugleich war der Bergarbeiterstreik der Anfang vom Ende der sprichwörtlichen Macht der britischen Gewerkschaften. Die einstmals so mächtige NUM, die sich infolge des Streiks spaltete*, organisiert heute nurmehr ein Häufchen von knapp 50.000 Kumpels und wird wahrscheinlich mit der »Transport and General Workers Union« fusionieren. Für die britischen Gewerkschaften, die aufgrund ihrer betrieblichen Organisationsmacht und ihres großen Einflusses auf die Labour Partei über Jahrzehnte die Politik des Landes weit stärker geprägt haben als ihre Schwesterorganisationen auf dem Kontinent, begann eine in ihrer Geschichte bespiellose Entmachtung, die nicht zuletzt ihren Ausdruck in nahezu einem Dutzend gesetzlicher Beschränkungskataloge seit Antritt der Regierung Thatcher findet. Der Dachverband TUC, der im Rekordjahr 1979 über 12 Millionen Menschen organisierte, hat seither 40 Prozent seiner Mitglieder verloren.

Es ist nicht nur die Arbeitslosigkeit gewesen, welche die gewerkschaftliche Mitgliedschaft auf heute knapp über 7 Millionen hat schrumpfen lassen. Auch der Organisationsgrad, der 1980 bei gut 56 Prozent lag und damit nur noch von den skandinavischen Ländern übertroffen wurde, hat sich um nahezu zehn Prozentpunkte reduziert, nicht zuletzt deshalb, weil viele Unternehmen keine Gewerkschaften mehr in ihren Betrieben dulden. Ebenso schwer wiegt der Schwund des politischen Einflusses der britischen Gewerkschaften, die in den siebziger Jahren noch vor jeder wichtigen Entscheidung der Downing Street konsultiert wurden. Heute fehlt ihnen nicht nur jeglicher Zugang zu den konservativen Regierungszentralen. Auch ihr Einfluß auf die »New Style« Labour Partei ist in den vergangenen Jahren stark reduziert worden (vgl. KONKRET 7/95).

In Newcastle werden heute keine Schiffe oder sonstige schwere Maschinen mehr gebaut. Auf den brachliegenden Industrieflächen entstanden dafür einige hochmodernisierte »Branch Plants« international agierender Konzerne, etwa das Fertigungswerk des Unternehmens Nissan, das größte außerhalb Japans. Newcastle erhielt auch, zuungunsten Dresdens, den Zuschlag für die neue Anlage der Chipfertigung des Siemens-Konzerns. Den meisten Menschen in dieser Region, welche die höchste Arbeitslosen- und Kriminalitätsrate Englands aufweist, haben die paar tausend Arbeitsplätze allerdings nicht viel gebracht. Wenn die neuen Unternehmen überhaupt Gewerkschaften zulassen (es gibt in Großbritannien kein Recht auf betriebliche Interessenvertretung), dann zumeist Verbände nach Art der AEEU, der Nachfolgeorganisation der Elektrikergewerkschaft EETPU. Diese war 1988 aus dem TUC ausgeschlossen worden, weil sie das Recht auf betriebliche Präsenz unter anderem mit »Non-Strike Agreements« erkaufte und rücksichtlos andere Gewerkschaften aus den Betrieben drängte. Nachdem sie mit der Metallarbeitergewerkschaft AEU fusionierte, wurde sie 1993 wieder in den TUC aufgenommen, ohne Abstand von ihrer betrieblichen Praxis genommen zu haben. Dies war jedoch zwischenzeitlich auch bei anderen Gewerkschaften ganz normal geworden.

Das Beispiel Großbritannien ist typisch für den Zustand der europäischen Gewerkschaften. Weder in den Betrieben noch in Politik und Öffentlichkeit werden sie als Machtfaktor heute noch wahrgenommen; ihr Einfluß auf Unternehmensentscheidungen oder die Wirtschafts- und Sozialpolitik tendiert gegen Null. Beispiel Frankreich: Die französischen Gewerkschaften sind bei einer Organisationsrate von knapp 10 Prozent aus den Betrieben praktisch verschwunden; ihre politische Existenz hängt heute vom *good will* der staatlichen Unterstützung ab. Allein die

kommunistische CGT, immer noch die größte der französischen Richtungsgewerkschaften, hat in den letzten zehn Jahren rund 60 Prozent ihrer Mitglieder verloren und organisiert heute Schätzungen zufolge nicht mehr als eine halbe Million Menschen.

Nicht viel besser sieht es in Spanien aus, wo die Gewerkschaften ebenfalls nur eine Organisationsrate von 10 Prozent erreichen und sich seit Jahren erbitterte Auseinandersetzungen mit der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik des Sozialisten und EU-Musterschülers Felipe Gonzales liefern. Dessen Strategie des sozialen Dumping war im übrigen 1992 die Ursache des meines Wissens letzten Generalstreiks in Westeuropa. Selbst die so verwöhnten skandinavischen Gewerkschaften sind heute in der Defensive: Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Krisen und Arbeitslosigkeit, einer restriktiveren Haushalts- und Sozialpolitik und nicht zuletzt des Beitritts zur EU steht heute z.B. in Schweden das gewerkschaftliche Modell der »solidarischen Lohnpolitik« in Frage.

Italien scheint heute das einzige Land in Westeuropa zu sein, in dem die Gewerkschaften betrieblich und tarifpolitisch zwar ebenfalls auf dem Rückzug sind, gleichwohl aber an politischem Einfluß gewonnen haben. Dies hängt jedoch mit dem spezifischen Zerfall des politischen Systems zusammen. Die Gewerkschaften gehören zu den wenigen Massenorganisationen, die nicht im Rufe der Korrumpierbarkeit stehen; sie konnten deshalb die Funktion einer gesellschaftlichen Ordnungsmacht übernehmen.

Galten die deutschen Gewerkschaften den Organisationen anderer Länder lange Zeit als Vorbild und Beispiel dafür, wie betriebliche und außerbetriebliche Interessenvertretung auch in schwierigen Zeiten noch möglich sei, so verlieren auch sie in den letzten Jahren zunehmend an Einfluß. Damit scheint auch das deutsche Modell der »sozialpartnerschaftlichen Kooperation« nicht mehr per se das zukunftssicherste zu sein. So verlor der DGB allein im Jahr 1993 über 725.000 und im Jahr drauf noch einmal 500.000 Mitglieder, so daß seine Organisationsstärke heute unter der 10-Millionen-Marke liegt. Der Rückgang der Mitgliederzahlen, der besonders die beiden größten Einzelgewerkschaften, IG Metall und ÖTV, getroffen hat, führte zu empfindlichen Verlusten in den Kassen. 1993 fehlten dem DGB 100 Millionen Mark, 1994 waren es trotz eines rigiden Sparkurses noch einmal 40 Millionen.

Noch alarmierender als die schrumpfende Mitglieder- und Finanzbasis ist allerdings der Schwund des gesellschaftlichen Ansehens der deutschen Gewerkschaften. Diesen ließen sie sich erst kürzlich sozialwissenschaftlich fundiert bescheinigen (Institut für empirische Psychologie: *Trendbarometer '94*, Köln 1994). Kaum jemand unter der erwerbsfähigen Bevölkerung verspürt demnach noch die Neigung, einer Gewerkschaft beizutreten. Nur zwei Prozent der Nichtmitglieder würden eintreten, wenn sie dazu aufgefordert würden. Gar 72 Prozent dieser Personengruppe möchte niemals etwas mit einer Gewerkschaft zu tun haben. 1992 machten dagegen nur 45 Prozent der Befragten diese Aussage. Insgesamt 40 Prozent aller westdeutschen und sogar 54 Prozent der ostdeutschen Gewerkschaftsmitglieder ziehen heute einen Austritt in Betracht. Als Gründe nennen sie »enttäuschte Erwartungen«, zu geringes Engagement und im Osten vor allem die Arbeitslosigkeit. Diese Zahlen seien ein »Alarmzeichen«, so die Meinungsforscher.

Vor diesem Hintergrund wächst natürlich in den Chefetagen der europäischen Gewerkschaftszentralen die Unruhe. In nahezu allen Ländern sind die Gewerkschaften heute zu finanziellen Kürzungen bei Personal und Serviceleistungen und zur Konzentration von Aktivitäten mittels Fusionen gezwungen. Gehörten etwa dem britischen TUC im Jahr 1978 noch 112 Einzelverbände an, so waren es 1993 nur noch 69. Auch in Dänemark haben die Gewerkschaften begonnen, ihre Organisationsstrukturen zu reorganisieren und die Zahl der heute ungefähr 40 Mitgliedsverbände des Dachverbandes LO zu reduzieren. Die Finanznot scheint sogar traditionelle ideologische Trennungslinien überwinden zu helfen: Vor allem in Italien, aber auch in Spanien mehren sich die Versuche, dieRichtungsgewerkschaften unter dem Dach einer einheitlichen Organisationsstruktur zu vereinen. Auch innerhalb des DGB ist die Organisationsreform in vollem Gange. Beschlossene Sache ist bereits das Zusammengehen der IG Chemie mit der IG Bergbau und Energie sowie der Gewerkschaft Leder für das Jahr 1997. Neuzuschnitte und veränderte Aufgabenteilungen sind in Zukunft auch bei anderen Einzelgewerkschaften zu erwarten.

Dies ist aber lediglich ein Aspekt der Anpassung der europäischen Gewerkschaften an die Zeit nach dem weltweiten Sieg des Kapitalismus. Weitaus schwieriger wird es, sich als betriebliche und gesellschaftliche Kraft zu behaupten. In diesem Zusammenhang initiierte bereits der 1994 verstorbene DGB-Vorsitzende Hans Werner Meyer eine Organisations- und Programmreform, die im kommenden Jahr auf einem Reformkongreß in Dresden in ein neues Programm münden soll. Laut Meyer-Nachfolger Dieter Schulte geht es dabei um nicht weniger als um die »höchst praktische Frage«, »ob wir zum Dinosaurier des ausgehenden Jahrhunderts werden oder zur gesellschaftlichen Reformbewegung an der Schwelle des nächsten Jahrtausends« (so in seiner Antrittsrede auf dem DGB-Kongreß 1994). Natürlich möchte niemand als Dino des »ausgehenden Jahrhunderts« dastehen, sondern viel lieber – mangels Tiervergleich? – als »gesellschaftliche Reformbewegung« an der »Schwelle des nächsten Jahrtausends«. Weniger hochtrabend, aber mit ähnlicher Tendenz hieß es in einem Entwurf zum Leitantrag des Kongresses des Europäischen Gewerkschaftsbundes, der im Mai dieses Jahres in Brüssel stattfand: »Um dem Strukturwandel in Europa gerecht zu werden und um den europäischen Integrationsprozeß zu fördern, brauchen wir eine offensive und erneuerungsbereite Gewerkschaftsbewegung.«

Welche Antworten haben die europäischen Gewerkschaften auf diese selbstgestellten Fragen bislang gefunden? Genauer: Welche Antworten haben sie auf so »höchst praktische Fragen« wie die wachsende soziale Polarisierung, die aktuellen Angriffe auf die Tarifautonomie (vor wenigen Wochen hat die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU wieder einmal einen Angriff auf den Flächentarifvertrag als »sozialschädliches Lohnkartell« gestartet – in Zukunft müsse die »Betriebsautonomie« vor der Tarifautonomie rangieren) oder auf die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten (bereits 1993 arbeitete jeder dritte Beschäftigte wieder regelmäßig am Samstag, nun steht auch der Sonntag wieder zur Disposition)?

Bleiben wir in Deutschland. Kürzlich legte DGB-Chef Schulte eine »Zwischenbilanz« der innergewerkschaftlichen Reformdiskussion vor, die nun immerhin schon einige Jahre andauert. Was den Funktionären da in »acht Werkstattgesprächskreisen« als »zentrale Herausforderungen der sich rasch wandelnden Gesellschaft« eingefallen ist (»Globalisierung der Märkte«, »Reform des Sozialstaates«, »Schutz der Umwelt«, »veränderte Erwartungen an gewerkschaftliche Politik«), gehört heute zum Standard des sozialwissenschaftlichen Grundstudiums. Zwar wurden aus Fragen nun Herausforderungen, aber Antworten sucht man vergebens. Dafür wird dem Publikum umso lauter eingebleut, woran die deutschen Gewerkschaften heute nicht mehr glauben und was sie nicht mehr sein wollen. So sei es nicht (mehr?) möglich, für alle Probleme einfache Antworten zu finden, »schon gar nicht nach dem Strickmuster, alles auf den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zurückzuführen« (Schulte zit. n. »FR« vom 19.7.95). Die Gewerkschaften möchten sich auch nicht (mehr?) als »Gegenmacht«, sondern vielmehr als »Gestaltungsmacht« sehen. Gestaltet und vor allem gepflegt werden soll in den Augen des DGB heute vor allem der »Standort Deutschland«, auch wenn es dabei zu zusätzlicher Arbeitslosigkeit kommt. Hierzu paßt, daß Schulte bereits im letzten Jahr die Gewerkschaften aufgefordert hat, mehr Flexibilität in der Frage der Samstags- und Teilzeitarbeit an den Tag zu legen.

Diese Aussagen müssen Balsam für die Seele des Anfang September in den Ruhestand gegangenen IG-Chemie Chefs Hermann Rappe sein. Fordert er dies doch schon seit langem – mit seiner Hilfe sind die Arbeitsbedingungen in der Chemiebranche bereits weit flexibler gestaltet als in anderen Industriesparten. Rappe, der gern die Chemieindustrie als Vorbild der partnerschaftlichen Kooperation zwischen Gewerkschaften und Unternehmen darstellt, vergißt leider nur zu oft, daß diese überaus prosperierende Branche allein im Jahr 1993 mehr als 28.000 Stellen wegrationalisiert hat.

Nach Lektüre der bisher vorgelegten Standpunkte zur DGB-Programmreform bleibt zu vermuten, daß sich diese auf die politische Anpassung der Gewerkschaften an Flexibilisierung und Deregulierung reduzieren wird. Von einer Rolle als »Gegenmacht« haben sie sich längst verabschiedet. »Mitgestaltung« des Standorts Deutschland bzw. Europa in der Konkurrenz mit Asien und Amerika heißt die Devise. Mit Helmut Kohl, dem sie im vergangenen Dezember einen vorweihnachtlichen Besuch abstatteten, haben der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Emilio Gabaglio, und der DGB-Vorsitzende Schulte mehr gemeinsam als mit der eigenen Basis. Ich denke da z.B. an die »Shop Stewarts« im südenglischen Southampton, die nach Feierabend Spanisch und Französisch pauken und im Urlaub auf eigene Kosten Betriebsräte in Barcelona oder Nord Pais de Calais besuchen. Bis heute haben sie für diese »höchst praktischen« Initiativen weder vom EGB noch vom TUC auch nur eine müde Mark gesehen. Gewerkschaftspraxis dieser Art ist out.

Auch Aktionen wie die der Stahlkocher, die in Lothringen die Tour de France stören, in Rheinhausen Brücken besetzen, im Baskenland Betriebe lahmlegen oder die sich aus Bilbao, Eisenhüttenstadt und dem Saarland zum Protestmarsch nach Brüssel und Bonn aufmachen, sind für die Gewerkschaftszentralen heute Relikte aus schmutzigen alten Zeiten. Diese Formen des Protests, der Eigeninitiative und des Widerstandes würden sie gerne dinomäßig mit diesem Jahrhundert verabschieden, weil sie mit ihrer schönen neuen Welt nicht mehr vereinbar ist. In Zeiten, da sich alle einig sind, daß wir nicht in einer »Klassengesellschaft«, sondern einer »Volks- bzw. Schicksalsgemeinschaft« leben, findet eine Veränderung der Verhältnisse nicht mehr auf der Straße oder im Betrieb statt (da sitzen wir doch alle in einem Boot), sondern weit weg und via Satellit zugleich hautnah sind die »Feinde« mal »Shell«, mal »die Serben« und mal »Chirac«. Greenpeace aber verkörpert das schöne saubere revolutionäre Subjekt mit Thilo Bode ganz managermäßig als Speerspitze.

Was das betrifft, haben Schulte, Rappe & Co. die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Denn Reformkongresse sind heute ebenso out wie Dresden. »Ein Schiff für Mururoa« – das wär's gewesen.

* Während des Konflikts gründeten rechte Gewerkschaftsgruppen die »Union of Democratic Miners« (UDM). Eine Ironie der Geschichte ist es, daß sich angesichts des Heseltineschen Kahlschlagprogramms der UDM-Vorsitzende 1993 bei Scargill und der NUM öffentlich entschuldigte und von seinem Posten zurücktrat.

Eckhard Voß hat im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts in den letzten Jahren die Arbeit der europäischen Gewerkschaften in Betrieben und Regionen erforscht

Konkret 10/95, S. 43

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Fünf Viertel aller Beiträge in diesem Heft befassen sich (zu Recht!) mit der tagbewußt gesellschaftlichen Praxis, von Bosnien über die Pflegeversicherung und den Jupp am Holz in den bayrischen Erziehungsanstalten bis Mururoa. Was aber macht der in die Kämpfe der Klassen (Fischstäbchenkonzern/Dorsch-Einzelhakenangler, Baulöwe/Maurer, Deutsche Bank/Elisabeth Müller) aufgrund seiner Interessenlage verwickelte einzelne – nachts? Ein Beispiel? Bitteschön:

Was ist das Phantom der Oper
Was ist das Grauen im sich öffnenden Grab
Gegen den Alp in meinem Traume
Daß ich einen Texthänger hab

Ja, ich steh im Traum auf der Bühne
Und bin mit dem Einsatz dran
Und weiß nicht in welchem Stücke
Weiß nur, daß den Text ich nicht kann

Bin ich in Schnitzlers Schweigen
Oder in Lehars König Lear
Oder bin ich in Schillers Fiasko
Oder in Borcherts Zwischen Angel und Tür

Bin ich in Grillparzers Nivea
Oder in Brechts Mutter Courage
Ich weiß nur eines ganz sicher
Ich bin mit dem Text am Arsch

Ach, mein Mund ist saharasandtrocken
Und mein Hirn wie das Vakuum leer
Und ich stehe auf den Brettern
Mit Beinen wie Poller so schwer

Grad hat jemand geendet
Mit dem Stichwort – mir zugewandt
Daß ich des Stückes Fortgang
In die Hand nehme wie ein Band

Doch das Stichwort ist mir ein Messer
Und nicht Hilfe reichende Hand
Und ich steh statt im Lichte der Rampe
Mit verwundetem Rücken an der Wand

Und meine Ohren sind furchtbar offen

Für der Mitspieler(Innen) Gericht
Und die rufen, antikisch-duster
Hotte, so geht das nicht
Der Text ist da zum Gelerntwern
Und nicht, daß man ihn nicht kann
Es fliegt ja auch der Flieger
Und es fährt ja auch die Eisenbahn

Denn was wäre denn das für ein Flieger
Der faul im Hangar hockt
Und was wäre dies für eine Eisenbahn
Die statt zügig zu fahren bockt
Und was wär das für ein Casanova
Der statt zu f nicht einmal küßt
Und was wär ein in der Eigernordwand
Seilsvergessener Alpinist

Wir gaben dir eh schon den klitze-
Kleinen leicht lernbaren Part
In Klaus-Dieter Wüstenrots Zeitstück
Bausparn in der Gegenwart

Schreißdreizeilen gradmal und sie lauten
Wer im Mai nicht bauspart zieht nicht ein
Und muß wie Rainer Maria Sorglos
Im Oktober eigenunbeheimt sein

Scheißdreizeilen, die du nicht gelernt hast
Und damit schmeißt du das schöne Stück
Und wirfst das Renommee unsres Ensembles
Um fast zahllose Jahre zurück

Und die einen dröhnen im Zorne
Und die andern säuseln süffisant
Und ich fühle mich wie ein Schweinswal
Gespült an den Hofbräuhausstrand

Laut führender Traumdeutungsschule
Ist der Träumer im Traum Subjekt
Das heißt, er sehe sich nicht selber
Vom Visavisausaspekt

Ach, wie oft hab ich diese These
Bis zum Wecken falsifiziert

Denn ich bin als Texthängerträumer
Brutal bipolarisiert

Ich steh männleinstumm auf der Bühne
Das Antlitz schamrot beflaggt
Und ich sehe mir zu im Parkette
Zeitgleich – und da bin ich nackt

Und ich fumml nach dem Textheft vergebens
Denn unter den Achseln ists leer
Und sohiemit versage ich zwiefach
Als mein Schauspieler und mein Souffleur

O, es ist dies ein großes Leiden
Größer als wie Leiden, die am Rheine gelegene holländische Stadt
Die freilich auch viele ähnlich im Traume
Wenn auch lediglich holländisch versagende Schauspieler hat

P.S. Wenn Sie ein *deutscher* Texthängerträumer sind und Interesse haben am Gedankenaustausch darüber, dann schreiben Sie doch bitte heute noch an mich c/o Redaktion. Ich finde, wir sollten uns mehr organisieren.

Ein erster
aus
garantiert vom Munde abgespartem
aus honduranischer rainy oak gewonnenem
1 a Sperrholz
mit der Amatilaubsäge
mit einer Zackenbreitentiefe
in der sieben mal sieben mal sieben
Getränkeabhollager Platz haben
bequem
herausgesägter Versuch
gegen das
anders als der Tripper
der sich in die Prähistoire verzogen
immer wieder
frech
auf der Walstatt des Diskurses
flunkernde respektiv mausig sich machende
Schiet
Prinzip Hoffnung

Hörma, Keule ! Willst hoch und gereckten
Rückgrates du sitzen im Sattel der Stute
Fortuna und derbei, sicher der Gewalt über

Zaumzeug und Sporen, über alle vier, also
die zwei des Antlitzes und die zwei des
Arsches, Backen **lachen**
Dann darfst du nie als ein in der verkehrs-
minimierten Zone des Lebens zag bettelnd
hockendes Herzerl dir Hoffnungen **machen**
Denn wer sich, statt volle Pulle aus dem
goldenen Vollhorn zu saufen, lediglich
windige, in ihrer Gestalt ausgefallenen
Haaren im Wannenausguß nicht unähnliche
Hoffnungen **macht**
Der lacht nicht, im Sattel der Stute Fortuna,
nein, der wird von der vom Universum zum
Auslachen sich Hoffnungen machender Kreaturen
eingeteilten Kellerassel schallend **ausgelacht**

Nie, Keule, darfst du auf dein Geliebtwerden
seitens eines exorbitant gebauten Moddls oder
auf den dir wacker zinsenden Reichtum lediglich
hoffen
Sondern immer mußt du, wenn schon nicht gleich
gestern, dann wenigstens sofort, zugreifen, fest-
halten und nicht mehr loslassen; denn was da
zählt ist hik und nunk das konkrete Moddl im
Arm, die Harley in der Garage und das knusperige
Ganserl in der Röhre vom **Ofen.**

Und was da gilt für Reichtum und für Fraun,
so **schöne**
Wie Demoiselle Monique oder **Alkmene**
Dies gilt auch **notabene**
Für den Ruhm und die **Unsterblichkeit**
Weil da kann ich auch nicht lang herumhoffen,
entweder ich bin stockberühmt und/oder unsterblich
augenblicks – oder zu **keinerzeit**
Fassen wir zusammen: Nur die Brummdummen und die,
die immer von irgendwas betroffen sind oder **besoffen**
Die liegen in den von Rotz und Wasser randgefüllten
Sielen und – **hoffen**
Der Starke indes, und damit enden diese, wie alle
Wahrheit wermuttropfnen **Strophen**
Der hat keine Sekunde Zeit für solchen Dünnpfiff

wie das **Hoffen**

Konkret 10/95, S. 44

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Schreiben und gelesen werden

Es ist die Stunde der Offenen Briefe. Als wäre die Post endgültig ihrem Ruf gerecht geworden und die Beförderung akkurat verschlossener Episteln nicht mehr zeitgemäß; als hätte die fortschreitende Vernutzung alles Privaten nun auch diese vermeintlich diskrete Sphäre erreicht; als gäbe es keine andere Möglichkeit mehr, jemanden mit seiner persönlichen Meinung zu behelligen; als könn-te dergleichen Zurschaustellung von Kompetenz, Betroffenheit und Engagement was auch im-mer bewirken und was anderes erweisen als Dusel, Dünkel und Demenz – so haben sich Fälle offener Wichtigtuerei per Brief in letzter Zeit geradezu epidemisch ausgebreitet. Nicht im dafür vorgesehenen Anzeigenteil von Schmierblättern unter Rubriken wie »Sonstiges«, »Kontakte« oder am besten: »Schreiben und ge-lesen werden«, sondern auf Titelseiten, in Editorials und sogar in Plakatform; es kann nicht mehr lange dauern, bis Anzeigetafeln und Bandenwerbung in Fußballstadien für derlei erschlossen wer-den.

Ein Offener Brief, der einer sein will, enthält in der Regel einen moralischen Appell, eine unzumutbare Forderung, eine Art Distanzierung oder Richtigstellung, Abkehr oder Zuspruch – in Summe und Resultat nichts, was den Verzicht auf Frank- und Kuvertierung rechtfertigen könnte. Bei den gebräuchlichen Arten unterscheidet man drei: den großsprecherischen, den anmaßenden und den unterweisenden Offenen Brief; oft oder eigentlich immer enthüllt und decouvriert seine opernhafte Textur die mentale Disposition des jeweiligen Kanzlisten. Der Offene Brief an sich selbst, die konsequenteste Handhabung dieses Genres, gleichfalls ohne Kuvert und Marke auskommend, ist noch nicht dagewesen.

Der großsprecherische

Er zeichnet sich dadurch aus, daß sein Absender sich für eine Person hält, deren vermeintliche Autorität es nicht nur rechtfertigt, sondern geradezu notwendig macht, die eigene Blasiertheit ungefragt auszustellen. »Mein lieber Spiegel!«, beginnt Klaus Staeck einen solchen: »Im gnadenlosen (!) Kampf der Medien um die Denunziationshoheit (!) an der Marktanteilsfront schwinden (!) die letzten (!) Hemmungen.« Das ist die Pose, der kein Attribut zu viel ist. Staeck springt dem »Kollegen Grass« zur Seite, dessen letzter Roman im »Spiegel«, in der Form eines Offenen Briefes von Reich-Ranicki, keine freundliche Behandlung erfuhr. »Damit muß ein Autor leben«, schreibt Staeck. »Eine andere Sache ist das Titelbild, auf dem der gleiche Wüterich (Reich-Ranicki, R.W.) den neuesten Roman von Günter Grass lustvoll (!) zerreißt (!). Diese Titelmontage verläßt das Maß des im alltäglichen Medienzirkus noch Erträglichen. Wer offenbar (!) inzwischen jedes (!) Gespür dafür verloren hat, welch unheilvolle (!) Assoziationen ein solches (!) Bild bei vielen Betrachtern auslösen muß (!), sollte sich einen anderen Job suchen, in dem er weni-ger Unheil anrichten kann. Das beigefügte Plakat ist eine Geste der Solidarität mit dem KollegenGrass.«

Daß der »Spiegel« sich einen neuen Job sucht, dagegen ist nichts einzuwenden, doch auch Staeck sollte sich es überlegen. Geschichtslehrer ist womöglich keine Lösung: Das »beigefügte Plakat« ziert außer der monierten »Spiegel«-Titelmontage der Schriftzug: »Vom Umgang mit Büchern – eine deutsche Fortsetzungsgeschichte«, natürlich in Fraktur, als wäre dies die Schriftart, welche von den Nazis verwendet wurde. Mein lieber Staeck: Vor dem nächsten Offenen Brief vielleicht nicht unbedingt in den Spiegel schauen!

Der anmaßende

Dieser stellt klar, enthüllt, belegt und weist nach, wie er’s gern hätte, zumeist zuungunsten des Adressaten, immer aber auch zuungunsten des Absenders, hier Frau Alice Schwarzer, Herausgeberin von »Emma«, der, wie es im Impressum heißt, »Zeitschrift von Frauen für Menschen«. »Sehr geehrte Frau Schimmel«, schreibt Frau Schwarzer im Editorial der jüngsten Ausgabe ihrer Zeitschrift an Annemarie Schimmel, »geben sie den Friedenspreis freiwillig zurück!« – Jemanden nötigen, etwas freiwillig zu tun, ist eine Sache; oft in Krimis zu sehen, dort allerdings nachdrücklicher als hier gefordert. Eine andere, eher in Offenen Briefen angesiedelte: zu verlangen, jemand solle freiwillig etwas Unmögliches leisten. Was immer Frau Schimmel Frau Schwarzer angetan haben mag, eines hat sie nicht: den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten, der ihr nämlich erst im kommenden Monat auf der Frankfurter Buchmesse verliehen werden soll.

Dennoch, der Börsenverein hat sie als Preisträgerin bestimmt, und seit dem Bekanntwerden der Wahl wird das Werk der konservativen Orientalistin nachzwei- und eindeutigen Belegen dafür abgesucht, daß sie dieses Preises nicht würdig sei. Eine »Initiative von Autoren und Verlegern gegen die Verleihung des Friedenspreises an Annemarie Schimmel« hat sich dieserhalb gebildet, die ihr, die eine Erklärung der Fatwa gegen Salman Rushdie gegeben hatte, eine Rechtfertigung derselben unterstellt. Offene Briefe der »Initiative« sind in »Emma« publiziert. Frau Gisela Steineckert schreibt dort:

»Gäbe es Frau Schimmel nicht, sie müßte erfunden werden, so sehr wird sie gebraucht. Sie verkörpert (!) eine jener Frauen, die scheinbarer Gegenbeweis sind, wenn es um die weltweite neue Qualität der Unterdrückung der Frau als gleichberechtigtes Wesen, als gleichwertige Arbeitskraft (!), als moralische Stimme (!) geht. Frau Profesor Schimmel ist elitär, reaktionär, unsolidarisch mit anderen Frauen, sie ist hochbegabt und hochgelehrt und stellt sich mystisch-dußlig, soweit es ihre Biografie und >Polletick< (!) betrifft. Was Wunder, daß die Fundamentalisten unter den Katholiken und Moslems sie gleichermaßen benutzen. Kein Zufall, ein Muster, schreiend (!) deutlich. Bleibt eine Frage: Wie fühlen sich Astrid Lindgren und andere noch lebende ehemalige Preisträger des Friedenspreises in dieser Gesellschaft? Werden sie ein Zeichen geben, gar eins setzen?« Zeichen geben oder setzen – die Entscheidung wird gewiß nicht leicht fallen. Aber eins ist klar: Gäbe es Frau Steineckert nicht, niemand bräuchte sie zu fällen. Doch wie mögen sich andere gleichberechtigte »Wesen« fühlen, gleichwertige Arbeitskräfte und moralische Stimmen, in der Gesellschaft dieser Frau? Werden sie Zeichen machen, gar: »Sitz!« rufen?

Die moralische Stimme Frau Schwarzer fühlt sich dort offenbar wohl. »Sie, Frau Schimmel«, schließt sie ihren mit allen Erkennungsmelodien der guten, besseren und allerbesten Gesinnung versehenen Offenen Brief, »sind sogar soweit gegangen, immer wieder (!) – in Gesprächen wie in Ihren Schriften – das Todesurteil gegen den der >Gotteslästerung< bezichtigten Schriftsteller Salman Rushdie gutzuheißen. Ein Hohn also, wenn ausgerechnet (!) Sie dafür auch noch den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels kriegen sollen! Der steht nämlich für das exakte Gegenteil: für erhellendes Denken, menschliches Mitfühlen und persönliche Courage. Menschen wie Sie aber tragen nicht zum Frieden, sondern zum Unfrieden bei, indem Sie Gewalt- und Machtverhältnisse verschleiern. Darum (!), Frau Schimmel, bitte (!) ich Sie: Ersparen Sie uns allen die Peinlichkeit, noch länger darauf bestehen zu müssen – geben Sie diesen so unverdienten Preis freiwillig zurück!«

Nein, es ist eher unwahrscheinlich, daß uns, falls wir gemeint sind, dadurch, daß Frau Schimmel einen Preis zurückgibt, weil Frau Schwarzer es so will, irgendeine Peinlichkeit erspart bliebe. Welch seltsame Idee überhaupt, sich Peinlichkeiten ersparen zu wollen, indem man Forderungen an andere richtet. Und was gibt es Peinlicheres, als einen Offenen Brief zu schreiben? Und welchen Preis könnten wir zurückgeben, damit dies ein Ende habe? Sehr geehrte Frau Schwarzer – vielleicht sollten Sie einen stiften!

Der unterweisende

Er wird meist in Verkennung der Befugnisse von unten nach oben gerichtet, wobei der Empfänger bestimmte Dinge zu tun aufgefordert wird, auf welche er bislang nicht gekommen ist bzw. nicht kommen wollte. Die Abfassung eines solchen gilt als mutig und ist es in einem gewissen Sinne, wie zu sehen sein wird, auch. Anläßlich der Frauenkonferenz in Peking richtete die Schauspielerin Käthe Reichel vom Deutschen Theater Berlin den folgenden Offenen Brief an die Frau des US-Präsidenten:

Sehr geehrte Frau Hillary Clinton, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie das Wort Frieden in den Mund nehmen. Ich kann es kaum mehr zwischen Zahn und Lippe nehmen, weil es zerbissen, ausgekaut vor unseren Füßen liegt – veruntreut von denen, die damit das Geschäft des Krieges betreiben. Es ist so tot, so zertreten, so geschändet, wie die Frauen und Kinder in Grosny es sind, wie die Frauen und Kinder im ehemaligen Jugoslawien es sind.

Trotzdem ist das Wort da. Wir haben kein anderes. Aber wir müssen unterscheiden zwischen denen, die Frieden sagen, und denen, die Frieden meinen.

Die russischen Mütter, die 1500 km liefen, um mit ihren Händen ihre Kinder aus dem Krieg in Tschetschenien zu holen, diese Mütter haben das Wort für ihre Söhne aufgerichtet, sie haben es zu Ende gedacht, und sie haben gehandelt, nicht mehr geredet, sondern gehandelt auf eine unerhörte, bisher auf der Welt nicht praktizierte Weise.

Ich fordere zuvörderst Sie, Frau Hillary Clinton, und die Vertreterinnen der Welt auf, dem Reden das Handeln folgen zu lassen; einen Marsch der Mütter von der hingerichteten Stadt Grosny zu der verblutenden Stadt Sarajevo auf die Beine zu stellen, ihn hier und jetzt zu organisieren. Kurz: Ich fordere Sie auf, das Wort »Frieden« jetzt in ihre Hände zu nehmen, es von seiner Prostitution, der ausbeuterischen Zuhälterei zu befreien, diesem Wort seinen Inhalt und damit seine Schönheit wiederzugeben.

Ich hoffe – eigentlich bin ich sicher, daß Sie diesem Marsch der Mütter der Welt von Grosny nach Sarajevo Ihre aufrichtige, aus dem Grunde ihres Herzens kommende Tatkraft geben; eine persönliche Selbstverpflichtung für den Frieden.

Machen wir uns auf den Weg, die Welt zu verändern; sie braucht es.

Ich danke Ihnen. Käthe Reichel

Worin Frau Clinton hier – in einem Offenen, wahrlich zu Offenen Brief – unterwiesen wird, ist dies: das Wort »Frieden«, das Frau Reichel nicht mehr in den Mund, zwischen Zahn und Lippe, nehmen mag, in die Hände zu nehmen, es wieder

aufzurichten und von seiner Prostitution und ausbeuterischen Zuhälterei zu befreien, wie es die russischen Mütter für ihre Söhne getan haben, auf eine unerhörte, bisher auf der Welt nicht praktizierte Weise. Wir müssen unterscheiden, schreibt Frau Reichel Frau Clinton, zwischen denen, die Frieden sagen, und denen, die Frieden meinen. Seit Ödipus, seit Neros Zeiten ist so offen, in einem Brief an die Weltfrauenkonferenz, selten geredet worden. Brechts bisher als Pornografie rezipierte »Ratschläge einer älteren Fose an eine jüngere« müssen nunmehr neu gelesen werden. Seine späteren Aufrufe zum Frieden aber auch.

Sehr geehrte Frau Reichel! Ob Sie mit Ihrem Brief dem Wort Frieden seinen Inhalt und seine Schönheit wiedergeben konnten, ist noch nicht zu sagen. Ihre Anregungen und persönlichen Selbstverpflichtungen werden aber sicher denjenigen, denen sie zugedacht sind, zugute kommen. Das jedenfalls muß gehofft werden.

Konkret 10/95, S. 46

Stefan Ripplinger

Hintzes Ontologie

Der wütenden Kritik, die Günter Grass □ Roman »Ein weites Feld« ausgelöst hat, geht es nicht um ein Buch, sondern um die Verabschiedung der alten BRD-Kultur

Bevor die Literaturkritiker ihr Urteil abgeben konnten, hatte es CDU-Generalsekretär Peter Hintze bereits gesprochen: »Die Ausfälle von Grass sind total geschmacklos, peinlich und von einem erschütternden Realitätsverlust gekennzeichnet« (»FAZ«, 19.8.). Den »Realitätsverlust« diagnostizierte Hintze zwar am Menschen und Kohl-Gegner Grass und nicht an dessen Roman *Ein □ eites Feld* (Steidl, Göttingen, 784 S., 49,80 Mark) – aber der Unterschied wurde in der Folge, übrigens auch vom Autor selbst, selten beachtet. »Alles in diesem Buch ist Absicht, nichts ist Anschauung«, übersetzte Gustav Seibt Hintzes Spruch ins »FAZ«-Deutsch (19.8.). Grass sei, echote Iris Radisch in der »Zeit« (25.8.) »die Wirklichkeit so ganz abhanden« gekommen. »Hier hat sich einer unempfindlich gemacht, abgeschottet, eingesponnen«, tadelte Jörg Lau männergruppenmäßig in der »Taz« (26./27.8.) und monierte außerdem: »Dies ist kein Gegenwartsroman, sondern ein Gegengegenwartsroman«, als ob das ein Vorwurf sein könnte. Thomas Schmid glaubte in der »Wochenpost« (24.8.) in Grass einen Exponenten jenes »alten Linkskonservatismus« zu erblicken, welchen er kurz zuvor in der »Jungen Freiheit« (18.8.) seitenlang attackiert hatte, und kleidete das Hintze-Dekret in diese Worte: »Grass zeichnet verbissen ein Zerrbild des Westens, wie es Propaganda-Autoren der DDR kaum skurriler entworfen hätten.« Der Meinung war auch Kommunistenjäger Karl Corino im »Literarischen Quartett« (ZDF, 24.8.): Grass habe »die historischen Verhältnisse absolut verzeichnet«. Fazit, dem deutschen Volk nahegebracht von Dr. Dana Horáková in »Bild« (22.8.): »Grass liebt sein Land nicht. Kennt nicht die Menschen, für die er schreibt. Er sollte mal durch Deutschland wandern. Allein, zu Fuß. Gucken, lauschen ... nachdenken.«

Wesentlich zurückhaltender hatte noch »Unser Lautester« (Lau), Marcel Reich-Ranicki, im »Spiegel« (21.8.) geurteilt: »Mein lieber Günter Grass: Ich möchte nicht mit Ihnen über Ihre politischen Ansichten, die ich, verzeihen Sie, nicht immer ganz ernst nehmen kann, hier diskutieren.« Deutschlands gefürchtetster Kritiker blieb in dieser Affäre einer der sehr wenigen, die sich nicht als Angestellte eines imaginären Wirklichkeits-Ministeriums gerierten, wenngleich er Grass' »ungeheuerliche Verurteilung der Bundesrepublik« selbstverständlich zurückwies.

Um diese »ungeheuerliche Verurteilung« ging es in den Grass-Verrissen – und nicht um literarische Erwägungen – , der ehemalige Lukács-Anhänger Reich-Ranicki wollte sich gleichwohl nicht auf das Niveau der Hintzeschen Ontologie begeben, der zufolge es bereits einen »erschütternden Realitätsverlust« darstellt, wenn einer Helmut Kohl als »Lügner« und die Treuhand als ein »menschenverachtendes Instrument« bezeichnet, dessen Einsatz Gegenterror zu provozieren vermöge. Reich-Ranicki ließ im ganzen als eine mögliche, wenn auch nicht ganz ernstzunehmende Anschauung bestehen, was er im einzelnen angriff. Die Behauptung des Grass'schen Romanhelden Fonty: »Alles, was sich deutsch nennt, wird vom Mittelmaß beherrscht«, sei, schrieb der Kritiker, »dumm und ärgerlich«, nämlich eine »nationale Verallgemeinerung«, die ihn, Reich-Ranicki, an antisemitische Invektiven erinnere.

Nun hatte Fonty (bzw. Grass), vorsichtig genug, nicht alles Deutsche, sondern alles, »was sich deutsch nennt«, der Mediokrität geziehen, die Kritiker fühlten sich dennoch angesprochen; denn bei Althusser und in der Bibel (Jes. 43,1) steht geschrieben: »Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein!« Alles, was sich deutsch nennt und dieser Anrufung Folge leistet, fühlte sich also bemüßigt, Protest einzulegen. Hatte jedoch der angeblich »Lauteste« mit dem schlichten persönlichen Ausdruck des Mißfallens reagiert – »Unsinn bleibt Unsinn« – , sprachen andere gleich im Namen des Volkes oder gar der »Volksseele«. »Sie haben die deutsche Nation düpiert, weil wir alle noch ein großes Buch von Ihnen erwarteten«, gab Werner Fuld (»Woche«, 25.8.) dem Schriftsteller zu verstehen und hatte sich dafür eigens in Fontanes Gewand geworfen. Weil Grass in *Ein □ eites Feld* die Perspektive eines modernen Fontane einnimmt, erwies Fuld dem alten Fontane die Ehre: »Wenn Bismarck so phänomenale Triumphe feiern konnte, so geschah es, sein Genie in Ehren, vor allem dadurch, daß er seine stupende Kraft in den Dienst der in der deutschen Volksseele lebendigen Idee stellte. So wurde das Deutsche Reich aufgerichtet, und nur so«, zitierte Fuld zustimmend aus Fontanes Werken und stand nicht an, das auf die Wende-Zeit zu übertragen: »Sie, werter Kollege, haben diese deutsche Einheit nicht gewollt, aber das Volk wollte sie.« Man ahnt sogleich, wie das »große Buch« hätte aussehen müssen, mit dem Günter Grass die »deutsche Nation« (i.e. Fuld) nicht düpiert hätte.

Die Frage stellt sich: Hätte Grass diese Chance gehabt? Hätte er, wenn er nur wie andere Vorzeige-Intellektuelle der alten Bundesrepublik den Kotau vor der neuen gemacht hätte, reüssiert? (Denn die vereinzelten Verteidigungen des Intellektuellen Grass können, wie Gustav Seibt zu Recht feststellte, nicht anders denn als heuchlerisch bezeichnet werden, wenn in derselben Zeitung, in der sie auf der ersten Seite erscheinen, hinten ein politischer Verriß abgedruckt ist. Und ist es nicht eine merkwürdige Verteidigung, wenn Manfred Bissinger (»Woche«, 25.8.) schreibt, Grass werde durch die Behauptung, er liebe sein Land nicht, »verleumdet«?)

Martin Walser (»Spiegel«, 4.9.) hält sich als »schönstes Ergebnis« eines Gesprächs mit dem »Kontrahenten« zugute, diesen solange bequatscht zu haben, bis der verstockte Grass von der törichten Einschätzung, auf der Einheit liege »kein Segen«, zur törichteren überging, es liege auf ihr »noch kein Segen«. Das hat ihm nicht den Segen des »Spiegel« eingebracht, der im Untertitel seines Walser-Interviews vom »Elend des politischen Romans« spricht. In diesem Untertitel aber liegt die ganze Wahrheit: Was immer Grass geschrieben hätte, die Zeit des »politischen Romans« ist abgelaufen, und damit die Zeit von Günter Grass und einer Literatur, die im Stile der Gruppe 47 gesellschaftlich wirksam sein oder – wie konservative Ästheten zu sagen pflegen – »Gesinnungsästhetik« liefern will.

Das wäre nicht zu bedauern, wenn etwas Besseres folgte. Wer die Grass-Verrisse aufmerksam liest, wird freilich die Absicht des deutschen Meinungskartells erkennen müssen, den altfränkischen Naturalismus der Gruppe 47 durch eine noch grobschlächtigere, noch konsequenter affirmative Poetik zu ersetzen. Das Vorhaben wird zunächst darin deutlich, welche Passage von *Ein □ eites Feld* am meisten Abscheu erregte. Das ist unzweideutig Fontys Stellungnahme zum Rohwedder-Mord: »Glaub mir, Kind, ihm (dem Kanzler, S.R.) wird keiner was antun. Seinesgleichen war nie zu treffen, was schrecklich genug ist.« Eine in die gleiche Richtung zielende Bemerkung des Bürgers Grass (»Wer ein solch menschenverachtendes Instrument wie die Treuhand ins Leben ruft, muß sich nicht wundern, wenn darauf terroristisch reagiert wird«) hatte, wie bereits erwähnt, CDU-Hintze in Rage gebracht, es folgten die deutschen Kritiker: Ein »furchtbarer Satz«, befand Fontane-Fuld und klagte: »Ich las es auf Seite 626 und wand mich vor seelischem und physischem Unbehagen.«

Eine ähnlich allergische Reaktion zeigte Jörg Lau in der »Taz«. Nach einem Kratzfuß vor der »hiesigen Literaturkritik«, die »nicht nur ihrer ästhetischen Urteilskraft, sondern auch dem Taktgefühl nach, nicht die schlechteste ist« – zu diesem Zeitpunkt waren die vaterländischen Verrisse von Fuld, Schmid, Horáková bereits erschienen – , erwies er sich als sensibler Nachwuchs-Kritiker: »Als dem höchsten Ausdruck deutschen Mittelmaßes« werde in Fontys Satz »dem Kanzler jener Treffer gegönnt, den der getreue Rohwedder abbekam.« Für diese verbrecherische Haltung seiner Figur sei der Autor noch nicht genügend bestraft worden, deutete Lau an – in einem Blatt, das in den letzten Jahren den Kanzler öfter und inbrünstiger gelobt hat, als selbst die »FAZ« das für opportun hielt: »Die therapeutische Kritik nimmt Grass nicht mehr ernst genug, um von dem Vorhandensein solcher Gewaltphantasien in seiner neuesten Prosa überhaupt Notiz zu nehmen.« Gewaltphantasien! Und auch noch in der Literatur! Unser Kanzler soll erschossen werden!

Aber warum? Grass, fährt Therapeut Lau fort, »bearbeite« seine »Ressentiments« nicht genügend, er fliehe vor ihnen in die Geschichte, von der er überdies ein »reaktionäres« Bild habe, weil er das militarisierte Preußen-Deutschland mit der schönen, neuen Bundesrepublik zu vergleichen wagt. – Wenn ich mir Laus laue Literatur ausmale, eine, in der alle Ressentiments »bearbeitet«, alle Gewaltphantasien beseitigt sind, packen mich unwillkürlich Ressentiments. Ich habe keine Lust, sie zu bearbeiten.

Auch die anderen Verreißer wünschen sich von Grass statt politischer Allegorie Literatur nach Geschmack des Philisters: unpolitisch, aber handfest. »Plastische Menschenschnitzkunst« (Radisch) nach alter Väter Sitte. »Reizvolle und sinnliche Prosa« (Peter Wapnewski, »Focus«, 28.8.), die »spür- und riechbar« (Schmid), »von Anschauung genährt« (Seibt), »direkt und deftig, so süffig und saftig« (Reich-Ranicki) Geschichten erzählt. Denn schließlich, postuliert Reich-Ranicki (im »Literarischen Quartett«), ist der Roman an sich »ein erzählendes Genre«. Das ist, war und bleibt so, da läßt man sich von der literarischen Moderne nicht beirren. Des »Romans Wesen« ist »die Demonstration eines Menschenlebens und -erlebens« (Wapnewski).

Grass' Figuren hingegen fehle Blut und Glut, sie wüchsen nicht »auf eigenem Grund und Boden« (Fuld), sie seien »Marionetten« (Reich-Ranicki), »Marionetten« (Radisch) bzw. »Marionetten« (Schmid). Halt keine »richtigen Menschen« (Radisch), wie sie uns so oft in der Literatur begegnen. Ja, noch nicht einmal Grass-Menschen sind sie, wie sie Frau Radisch in Ermangelung richtiger Menschen noch hingenommen hätte: »Die Liebe trommelten sich seine Figuren aus dem Leib, die Sehnsucht hing ihnen als Schraubenzieher um den Hals, das Leben kotzten sie sich, wenn es denn sein mußte, buchstäblich vor die Füße.« Es mußte sein.

Günter Grass und seine Kollegen aus der Gruppe 47 haben dieser Art von naiver, um nicht zu sagen stupider Literaturbetrachtung wenn nicht den Boden bereitet, so doch als hervorragende Beispiele gedient. Es ist dies eine Ästhetik, die in einem auf Trivialitäten heruntergekommenen 19. Jahrhundert ihre Modelle sucht. Mag sein, daß Grass diesen Mustern nicht länger willfährt – Wolfram Schütte legt in der einzigen mit Kriterien der Literatur argumentierenden Rezension (»Frankfurter Rundschau«, 26.8.) einen Fall von »Greisenavantgardismus« nahe – , sein *Weites Feld* muß dennoch nicht interessant sein. Ich kann das nicht beurteilen, ich habe Grass' neuesten Roman – wie fast alles von ihm – nicht gelesen und habe auch nicht vor, das nachzuholen.

Denn es geht hier nicht um einen Text. Der rechtfertigte nicht den Aufwand, den die Feuilletons getrieben haben. Es geht um die Verabschiedung einer alten BRD-Kultur und die Heraufkunft einer neuen. – Einer, die Peter Hintze besser gefallen wird.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 8/95 über den Dramatiker Heiner Müller

Konkret 10/95, S. 48

Joachim Rohloff

Der Kanon des Frank S.

Daß die Vergangenheit ihre Zukunft noch vor sich hat, daran würde er zu gerne glauben. Über den Chef des Literaturressorts und Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Frank Schirrmacher, und seine Agitation gegen die Moderne

Die Illustrierte »Stern« vergibt alljährlich, wer weiß für welcherart Verdienst, einen »Egon-Erwin-Kisch-Preis«. »Christoph Scheuring, 36, zweifacher Preisträger des Egon-Erwin-Kisch-Preises, ist ›Spiegel-Special‹-Redakteur« und, da dieser Satz in diesem Magazin zu lesen stand, auch für ihn verantwortlich. Frank Schirrmacher ist Leiter der Redaktion »Literatur und literarisches Leben« und einer der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«. Wenn der Preisträger des Preises in einem Presseerzeugnis mit dem Titel »Ärgernis Presse« über diesen Herausgeber schreibt, sind zwei Drittel des Ärgernisses, der investigierende Hopplajournalismus und das gutbürgerliche Feuilleton, repräsentativ versammelt. Dabei kann nur ein weiteres Ärgernis herauskommen: »Er ... sah aus wie ein kleiner Sextaner. Weich, unfertig und jungenhaft, mit einem abgeschabten ledernen Schulranzen an der Seite und stiller Bewunderung in seinem Blick. Endlich saß er diesem großen Mann gegenüber. Diesem klaren und kühlen Denker, der ... jenes Buch über Hitler geschrieben hatte, das zur Standardlektüre geworden war für jeden, der sich für die Nazizeit interessierte. Für Frank Schirrmacher bedeutete das Buch mehr. Er hielt es für ein Jahrhundert-Werk, inhaltlich und stilistisch bedeutender als alles, was in den letzten 20 Jahren irgend jemand sonst geschrieben hatte. ... Ganze Passagen konnte er auswendig zitieren, und so etwas war Dr. Joachim Fest noch nicht passiert in seinem Leben. Damals war der Junge 24 Jahre alt und Hospitant. Später wurde er Redakteur, dann beerbte er Marcel Reich-Ranicki als Chef der Literatur, und vor einem Jahr wählten ihn die restlichen Herausgeber in ihre Mitte.« Inzwischen zählt Schirrmacher – so Scheuring, das amerikanische Magazin »Time« zitierend – zur »Hundertschaft der weltweit bedeutendsten Führungskräfte,... die das nächste Jahrtausend bestimmen werden«.

Das vergangene Millenium zerfiel noch in Mittelalter und Neuzeit, das kommende aber wird ungeteilt das Jahrtausend der Schirrmachers sein. Freudlos wird es da zugehen: »Im Feuilleton der ›FAZ‹ denkt die Elite des Landes nach, aber das Leben sitzt finster im Keller und will nicht heraus, nicht aus den Themen und nicht aus den Texten, die hundertmal lieber im Akademiker-Deutsch vertrocknen als ein einziges Mal zu ersaufen im rührseligen Kitsch. Diese Sprache, in der das Wort ›Koitus‹ der Gipfel der Sinnlichkeit ist. Und diese Themen, die mit allem zu tun haben, nur nicht mit einem richtigen Fick.« Warum sollten sie auch? Über den weltweit bedeutendsten Jahrhundertfick der letzten zwanzig Jahre schreibt ja schon Scheuring in »Spiegel-Spezial«. Wer die »FAZ« für ein letztes Refugium des Marxismus gehalten hat, muß sich belehren lassen: »Für ihn bestand die Freiheit nicht in dem Besitz von Produktionsmitteln seitens der Arbeiterklasse, sondern in der Abwesenheit von Borniertheiten und Ideologien, ganz egal welcher Art. Auch an die Gleichung Kultur-ist-links glaubte er schon lange nicht mehr ... Er schrieb wenig, und das ohne Stil, aber dafür um so rasanter. Seine Aufsätze waren eine rückwärts gewandte Mischung aus Joachim Fest, Thomas Mann und Franz Kafka vielleicht, klug und kenntnisreich, aber ein großer Wurf war noch nicht darunter.«

Bevor irgendwelche Sympathie entsteht für den derart mit journalistischem Dreck Beworfenen, sei er selbst zitiert. Bei Joachim Fest, dem er von Dolf Sternberger empfohlen wurde, darf der Hospitant Schirrmacher zunächst fernsehen und ins Kino, einmal sogar in die Frankfurter Automobilmesse. Aus den Beobachtungen, die er dabei nicht macht, siebt er sein erstes feuilletonistisches Gold: Die Bremse ist das *Paradoxon**, wahlweise die *Dialektik* oder *Pointe* des Autos, jedenfalls aber seine *Symbolhaftigkeit* und *ein Motiv unserer Kultur: Bewegung im Stillstand*. Der Titel der Fernsehzeitschrift »Hör Zu« formuliert, wiederum *auf sonderbar paradoxe Weise*, einen *kategorischen Imperativ*. Wenn zwei sich kriegen und sie haben Abitur, nennt man das *prästabilierte Harmonie*. Denn *eine lange Geschichte des fortschreitenden Wissens gelangt* eh nur *zu einem Befund, der immer schon geschrieben stand*. Das Höhlengleichnis antizipiert den Sesselfurzer und Homer den »Boulevard Bio«: *Die Seelen im Hades sind schweigsam und starren ins Leere. Wer sich mit ihnen unterhalten will, so lautet die Anweisung an den klugen Odysseus, muß Blut opfern. Das Fernsehen hat die Unterwelten, in denen Blut fließt; die Schatten, die bei Laune gehalten werden müssen, sind wir. Das Ritual aber, durch das sich die Toten und Lebenden* (!) *für einige Augenblicke begegnen, heißt Talkshow.* »Derrick« könnte auch von Goethe sein; doch *Mephisto gewährte Faust viele Jahrzehnte voll Jugend und Zeitlosigkeit, das Fernsehen gibt nur neunzig Minuten*. Um und um wird das Bildungsgut gewälzt, und des Wunderns, daß noch die modernsten Phänomene, wenn man nur lange genug an ihnen herumabstrahiert, sich haargenau in der antiken Mythologie wiederfinden, hat's kein Ende. Denn *wer, schon früh humanistisch erzogen, mit den Worten und Bildern der Griechen traktiert wird, kann Schädigungen fürs Leben bekommen*, schreibt aber, will er trotzdem Redakteur werden, sowas allenfalls ins Tagebuch, nicht in die Zeitung: *Der Blick in den »Denver-Clan« ist einmal wöchentlich ein Blick zurück ins sadistisch temperierte Kinderzimmer; dort steht das Kriegsspielzeug der Seele.* Was immer das bedeuten mag – es kann nicht gesund sein.

Noch vor seiner offiziellen Bestallung darf Schirrmacher den ersten großen Grundsatzartikel einrücken: *Jugend als Gemütszustand. Die öffentliche Einsamkeit einer Generation. Ein Versuch*, rechtskonservativen Kreisen inner- und außerhalb der »FAZ« mithilfe des obligaten Verweises auf Ernst Jünger zu signalisieren, daß hier einer der Ihren

nachwächst. Seinen Altersgenossen hält Schirrmacher Lesefaulheit, erschreckende Bildungslücken und Respektlosigkeit vor. *Als pünktlich zum vierzigsten Jahrestag die Männer des 20. Juli als Alternativ-Faschisten entlarvt werden sollten, sprachen Kommentatoren dieses Ereignisses ... von der erfrischenden Skepsis, mit der eine junge Welt noch mit jedem ihrer Väter bricht. Dabei wurde längst kein »Tabu« mehr verletzt, es sei denn das fast schon gar nicht mehr verständliche, daß über Geschichte nur urteilen darf, wer sich vorher in ihr umgesehen hat.* Wer aber seine Geschichtskenntnisse nicht ausschließlich der Gräfin Dönhoff verdankt, wird einräumen müssen, daß zumindest einige *Männer des 20. Juli* als *Alternativ-Faschisten* noch gnädig beurteilt sind. Claus Stauffenberg schrieb 1939, der Krieg der Hitler-Wehrmacht sei »ein nationales Schicksal, eine unbedingte Pflichterfüllung, der man sich nicht entziehen darf ... Die polnische Bevölkerung ist ein unglaublicher Pöbel, sehr viele Juden und sehr viel Mischvolk. Ein Volk, welches sich sicher nur unter der Knute wohlfühlt.« Mindestens bis 1942 hätte er sich durchaus selbst als *Alternativ-Faschist* definieren können, bejahte er doch – so sein Bruder Berthold – die nationalsozialistische Idee der »Volksgemeinschaft« und den »Rassegedanken«, die aber leider »in der Durchführung durch das Regime ... in ihr Gegenteil verkehrt worden« seien. (Wer seinen Theweleit gelesen hat, erkennt an den Worten Stauffenbergs: »Für einen Offizier ist nun mal die Frau ein notwendiges Übel ... Hochzeit ist Dienst, also gehe ich im Dienstanzug« den Protofaschisten auch im Dunkeln.) (s. dazu KONKRET 7/94).

Je unglaubwürdiger die Legende vom Aufstand der Demokraten aus der Mitte des Bürgertums und der aristokratischen Militärkaste wird, desto verbissener muß sie verteidigt werden: *Nichts ist so widerwärtig wie der nachgetragene Versuch, die Motive der Attentäter moralisch zu diffamieren.* Diese Motive waren teilweise durchaus niedriger, nämlich patriotischer Natur. Soweit sie dem Offizierskorps angehörten, hatten die späteren Attentäter die Aufrüstungspolitik Hitlers als Befreiung vom Versailler Joch und als Wiederherstellung ihrer soldatischen Mannesehre bejubelt, sie hatten Hitlers Krieg geführt und dadurch den Mord an den Juden Europas ermöglicht; sie waren vom selben militaristischen, antisemitischen, antibolschewistischen und antirepublikanischen Geist vergiftet, der auch die Nazis hervorbrachte. Ihr später Sinneswandel, der zum einen durch die bevorstehende militärische Niederlage, zum andern durch die Verbrechen der Wehrmacht befördert wurde, hebt sie aus der Masse ihrer Kameraden, die Hitler bis zum 8. Mai 1945 die Treue hielten, hervor. Das ist allerdings kein Grund, sie etwa dem sozialdemokratischen oder kommunistischen Widerstand gleichzusetzen. *Schon muß sich rechtfertigen*, klagt Schirrmacher zehn Jahre später, am fünfzigsten Jahrestag, *wer Ulbricht und Pieck nicht gleichberechtigt an die Seite Stauffenbergs und Goerdelers zu stellen bereit ist*. Aber keineswegs: Jene kämpften von Anfang an gegen Hitler und damit gegen Krieg und Völkermord, ihre Standbilder wären in der Berliner Stauffenbergstraße vollkommen deplaziert.

Der 20. Juli ist ein konstituierendes Moment im Selbstverständnis des deutschen Nachkriegskonservatismus, weil er das Bürgertum um der Handvoll vermeintlich Gerechter willen davor bewahrt, angesichts seiner Rolle in der ersten Jahrhunderthälfte den moralischen Konkurs anmelden zu müssen. Am dümmsten formulierte diesen Gedanken der sozialdemokratische Lyriker und langjährige Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid: »Der harte Lorbeer, den sie, einer Dornenkrone gleich, in ihre Stirne gedrückt haben, hat die Schuld weggenommen, die auf uns lastete. Auf uns, die nicht vermochten, Deutschland und die Welt aus dem Würgegriff des Tyrannen zu befreien. Nun dürfen wir wieder sagen: Heilig' Herz der Völker, Vaterland!«

Schirrmacher braucht die Stauffenberg-Legende auch deshalb, weil er mit ihrer Hilfe den literarischen Kanon der Väter restaurieren kann. Autoren wie Jünger oder George, die sich faschistischer Affinitäten verdächtig machten, werden mühelos rehabilitiert, wenn sie nur irgendwie dem erweiterten Widerstandskreis einzuverleiben sind. So traf George *das Verdikt der Nachkriegszeit, das ihn zum Vorboten des Nazi-Regimes machen wollte. Gewiß, das Pathos der Georgeschen Dichtung, die Mythisierung der eigenen Existenz, die Prophetie von »Führern« und vom »Neuen Reich« mit all ihren verschwörerischen Untergrundbedeutungen ... wirken heute befremdlich, zuweilen töricht und gespenstisch. Indessen könnte aber gerade die Figur Stefan Georges, zureichend erfaßt, das Bild der Epoche unabsehbar erweitern. Seine Wirkung reicht vom ästhetischen Salon der Jahrhundertwende bis zum Attentat seines Freundes und Gefolgsmannes Claus von Stauffenberg auf Hitler. Das Kalkül dieser auf allen Ebenen greifbaren Vermischung von Ästhetik und Politik, die am 20. Juli 1944 im Scheitern noch einmal spürbar wurde, muß man sehr hoch ansetzen.* Wie belieben? Georges Dichtung und seine politische Prophetie wirken befremdlich, töricht und gespenstisch, das Kalkül der Vermischung von befremdlicher Ästhetik und törichter Politik jedoch muß man sehr hoch ansetzen? Das klingt gefährlich, denn auch Schirrmacher dürfte Benjamins Diktum kennen, der Faschismus betreibe die Ästhetisierung der Politik. Warum sagt er nicht gleich: Stauffenberg gut, Stauffenberg Freund von George, also George auch gut?

Was Ernst Jünger betrifft, so haben *aus Phantasie- und Gedankenlosigkeit manche die Botschaft dieser Existenz auf einige abschreckende und politisch fragwürdige Motive reduzieren und in eine Entwicklungsgeschichte des Bösen einfügen wollen*. Wohlgemerkt: die Botschaft der Jüngerschen Existenz, nicht seines Werkes – denn mit dieser ließe sich schwerlich zugunsten Jüngers argumentieren. Also muß, was das Werk nicht hergibt, die Biographie leisten. Am 20. Juli 1993 ist *das Schloß der Reichsfreiherren Schenk von Stauffenberg beflaggt. Die Fahnen erinnern an jenen Julitag vor neunundvierzig Jahren, der meterologisch* (!) *gewöhnlich blieb, aber als 20. Juli 1944 zur Geschichte wurde. ... Ernst Jünger erwartet an diesem Morgen Helmut Kohl und Francois Mitterand. »Was haben Sie heute vor neunundvierzig Jahren gemacht?« Das ist*

die erste Frage, die sie in Jüngers Arbeitszimmer stellen. In der Oberförsterei, wo sich der französische Präsident, der deutsche Bundeskanzler und der fast hundertjährige Schriftsteller über den 20. Juli 1944 unterhalten, wurde vor neunundvierzig Jahren die gesamte Familie Stauffenberg von der SS festgesetzt und verhört ... »›Die Riesenschlange im Sack gehabt und wieder herausgelassen‹, wie der Präsident sagte, als wir in höchster Erregung bei geschlossenen Türen verhandelten.« Der Präsident ist nicht Mitterand, sondern Deckname eines Verschwörers, die Riesenschlange sind Hitler, SS und SD. So trug Jünger die Ereignisse des 20. Juli 1944 in sein Tagebuch ein. Schirrmachers eindrucksvolle Schilderung dieser großen Wilflinger Stunde läßt leider die Frage offen, welche der Widerstandstaten Jüngers eigentlich die bedeutendere ist: heute in einem ehemals Stauffenbergischen Haus zu wohnen oder damals jemanden gekannt zu haben, der etwas wußte.

Die Neuigkeit, auch Rilke sei Faschist gewesen, teilt Schirrmacher uns nur deshalb mit, weil er sie auf überzeugende, geradezu herzergreifende Weise dementieren kann. Seine Freundschaft mit Alfred Schuler, dem Laienpriester eines atavistischen Blutkultes und Inspirator Hitlers, und die in einem privaten Brief geäußerte Bewunderung für Mussolini belasten Rilke (oder lassen ihn als unpolitischen Spinner dastehen, hatte er doch zuvor mit der Münchner Räterepublik sympathisiert) – *aber es gibt ein Dokument, in dem die Begegnung mit der künftigen Katastrophe und ihrem Verursacher auf gespenstische Weise stattfindet und das in ganz wenigen Sätzen den unermeßlichen Abstand aufzeigt, der ihn* (Rilke) *von jenem* (Hitler) *trennte*. Als ihm im Februar 1919 eine um ihre Familie besorgte Bekannte ein Foto ihrer Söhne schickt, tröstet er sie: »Das beigelegte Bild: ich verstehe jetzt die Sorge, die Sie in ihrem vorletzten Brief als Mutter von drei Söhnen aussprachen, aber ich erkenne in der liebevollen Gruppe doch auch wieder das große überwiegende Glück, das Ihnen mit drei schönen und schon im jetzigen Ausdruck so vielfach künftigen Knaben geschenkt worden ist. Wer weiß, ob wir nicht das Schwerste an Wirrnis und Gefahr zu bewältigen haben und ob nicht die nächste Generation in eine von selbst gleich sehr zukünftige Welt wird hineinwachsen dürfen.« Das Photo der Knaben aber zeigte Claus Graf Schenk von Stauffenberg im Kreise seiner Brüder.

Dieses *Photo der Knaben im Kreise* scheint der faschistische Dämon zu fürchten wie der Vampir den Knoblauch: die es ihm entgegenhielten, von denen ließ er ab. Ob der »Arbeiter« nicht trotzdem ein faschistisches Buch sei, ist aus Schirrmacher nicht herauszubringen. Seine zahlreichen der Jüngerschen Existenz gewidmeten Meditationen bestreitet er vorwiegend mit der Verwunderung darüber, daß, wer alt wird, lange lebt. *Solche Zeitgenossenschaft hat es noch nie gegeben, und es ist mehr als ein Hoffnungsschimmer, daß sie ausgerechnet für unser Jahrhundert verbucht sein wird ... Ganz leise klingt in ihm die Zuversicht auf eine zweite Chance an. Nichts hat die geistige und politische Geschichte Deutschlands in diesem Jahrhundert, zum Bösen wie zum Guten, untergründiger bewegt als diese Hoffnung, noch einmal von vorne, neu und unschuldig beginnen zu können.* Auch Jünger bekommt seine zweite Chance. Der »Arbeiter« und die »Stahlgewitter« können wieder in die Bibliotheken einsortiert werden, aus denen sie 1945 herausgeflogen sind. Die »nationalrevolutionären« Gedanken der zwanziger Jahre können wieder gedacht werden. Daß sie uns an Hitler erinnern, da sei Stauffenberg vor. So wird aus der zweiten Chance für Jünger vielleicht die dritte Chance für Deutschland.

Leider hat Schirrmacher den Kanon noch immer nicht voll. Und leider kannte nicht jeder Stauffenbergs Mutter. Deshalb muß man, um auch Rudolf Borchardt und Max Kommerell zu retten, endlich die blöde Moral fahren lassen: *Eine moralisierende deutsche Kulturkritik, die zwischen »richtigen« und »falschen«, zwischen »progressiven« und »regressiven« Phasen deutscher Geschichte unterschied, hat sich allzu gedankenlos auf die Seite der Gewinner geschlagen.* (Beiläufig: Zählen die überlebenden Juden auch zu den Gewinnern?) Schirrmacher will nunmehr *kulturelles Verständnis* und, *ehe im Bewußtsein dessen, was folgte, von »Dezisionismus« und »Präfaschismus« geredet wird, wieder eine Empfindlichkeit für das Pathos einer Generation entwickeln: für den kurzen, unwiederholbaren Augenblick zwischen den Kriegen, in dem Teile des deutschen Bürgertums zum letzten Mal den Traum von einer ästhetischen Zivilisation träumten*. Borchardt, der ehemalige Generalstäbler und Enzyklopädist des konservativen Utopismus, träumt sich auch das »Interregnum« der Weimarer Republik zurecht, in dem es nur »die gebrandmarkten Erzbergergesichter« gebe, die nicht einmal wissen, »wonach sie sich gebärden wie alternde Mädchen«: nach der »Macht eines einzigen individuellen Willens oder einer persönlichen staatsmännischen Phantasie, der Phantasie und des Willens, das gesamte Gesicht der Nation umzugestalten und in dies Gesicht mit der Schwertspitze einen neuen Umriß zu schreiben, ihre gesamten Werte mit der gleichen blutziehenden Feder um- und ihre Bilanz neuzuschreiben ... Wir können nicht ... nach einem Führer und einer Führung verlangen, denen wir eben das nicht zu geben hätten, wodurch Führung zur Führung wird: Autorität, römisch gesprochen Imperium, Alleingewalt, unbedingtes Gebot über Bürgerleib und Volksgut, Tod und Leben, Regiment ohne Widerspruch soweit geboten wird, mit peinlicher Strenge des unberufbaren Vollzugs ... Ich sage Ihnen als der Dichter, dessen Blick in das Menschliche und dessen Gestaltung des Menschlichen auf die doppelte Kausalität, die irdische und die göttliche gebaut ist: ... Der heut Erflehte, wenn er wirklich käme, hätte nicht ein freies Volk aus den Sackgassen einer etwas übereilten Entwicklung in die freien Bahnen des berühmten Tüchtigen zurückzuführen, sondern ein ordnungsflüchtiges und ordnungsbrüchiges zu unterjochen. Wir haben nur die Wahl, ob der Deutsche oder der Fremde uns erobert und beherrscht, ob wir dem Feinde gehorchen wollen oder uns selber in uns selber« (»Führung«, 1931). Von den Nazis zum Juden

gemacht, der er nicht sein will, emigriert Borchardt nach Italien und formuliert 1935 sein *»lang gespartes Donnerwetter« auf das Dritte Reich in einem Zyklus antikisierender Verse: den Juden rät er in merkwürdig ironischem Ton, sie sollten keinen Ausweg aus dem »Pech« suchen, nicht die »mittlere Straße« zwischen Anpassung und Selbständigkeit gehen, sondern den »Absprung aus der eigenen Haut ins Opfer« wagen. Das Gedicht endet mit einer Stelle aus dem Neuen Testament: »Wer sein Leben zu gewinnen denkt, der soll's verlieren.«*

Max Kommerell, von 1941 bis zu seinem Tod 1944 Ordinarius für deutsche Literaturgeschichte an der Universität Marburg, *gehört zu einer jener bemerkenswerten Gestalten in der deutschen Literatur, deren Bildungsgeschichte zugleich die Geistesgeschichte der Epoche widerspiegelt*. Schirrmacher verrät zwar nicht, um welche Gestalt es sich handelt, es könnte aber Professor Hans Naumann sein, Autor der Schriften »Germanischer Schicksalsglaube« und »Germanisches Gefolgschaftswesen«, der 1933 als Rektor der Bonner Universität die Ansprache zur rituellen Bücherverbrennung des NS-Studentenbundes hält. Denn schon 1930, in seiner Frankfurter Zeit, schreibt Kommerell, mehr als *die Geistesgeschichte der Epoche* ihren Geistesverfall dokumentierend: »Die Nazis – brave Jungen übrigens – haben neulich einen gewaltsamen Besuch bei uns abgestattet. Vielleicht hat sie geärgert, daß die Goethe-Universität wenigstens in ihrem philosophischen und soziologischen Bestand eine Brutstätte marxistischer Ideenmikroben ist. Ich stehe, seit Naumann weg ist, mit meiner Gesinnung etwas allein. ... Den ersten Band Hitler »Mein Kampf« las ich. Borniert, bäurisch und ungeschlacht, aber in den Instinkten vielfach gesund und richtig. Die Leistung nötigt zum Respekt, und in unserem breiigen Zeitalter ist so eine Faust immerhin eine Wohltat. Hoffentlich bekomme ich auch den 2. Band mit dem eigentlichen Programm. Da, fürcht' ich, wirds hapern ... Freilich muß man sie (die Nazis, J.R.) geistig aufbessern. Vielleicht mach ich noch einen Versuch.«

Was aber soll uns Schirrmachers Kanon, der solches Geschmeide aufbewahrt: »Nichts bezahlt man teurer, als Geschenke. An der Art wie ein Mensch zur Tür herausgeht, erkennst Du ihn besser als aus einer Stunde Gespräch. Der Stein über den Du strauchelst, ist ein Teil Deines Fußes, nicht der Straße. Der Weg ist weiser, als der ihn geht. Durch nichts werden Menschen unversöhnlicher getrennt als durch den Besitz der gleichen Eigenschaften, aber auf verschiedenen Graden ihres möglichen Wertes ...« (Borchardt, »Erfahrungen und Gesetze«)? Haben wir das bei Arnold Hau nicht schon besser gelesen? *Da den Adepten* (?) *der Verzicht auf Lektüre, Bildung und Geschichte heute so mühelos fällt, da die Kenntnis der Tradition anstrengender, ungesicherter und weniger selbstverständlich ist als je zuvor, haben die alten Konzepte, der Kanon der Väter, ihre Bücher und Bilder, vielleicht erst ihr Ziel erreicht. Sie werden zum Vorbehalt gegen die neue Rhetorik der Unmittelbarkeit, zum Vorraum, in dem sich vielleicht der einzelne als Individuum wieder begegnen wird.* Das immerhin unterschiede Vatis Bücherschrank von jedem ordinären Toilettenspiegel: was vor diesem allmorgendlich sich begegnet, ist seit hundert Jahren nicht mehr das bürgerliche Individuum. Vollkommen albern wirkt die Behauptung, es existiere noch immer oder sei zumindest wiederherstellbar ausgerechnet per Kunstgenuß, im Feuilleton eines Blattes, dessen Wirtschaftsteil tagtäglich die Unterwerfung dessen, was vom Individuum übriggeblieben ist, unter die Rationalität der Kapitalverwertung fordert: Wer nicht bereit sei, sich mit den Interessen der Firma zu identifizieren, die ihn bezahlt, habe auf dem Arbeitsmarkt keine Chance. Der Unternehmer resigniert am ökonomischen Zwang, Arbeitsplätze abzubauen, um Arbeitsplätze zu erhalten; bei der abendlichen Jünger-Lektüre am Stehpult jedoch mutiert er zum intakten Individuum, zum Herrn seiner selbst und seines Reiches, obwohl Jünger zwei Weltkriege und mehrere Offiziersuniformen verbrauchte im Bemühen, sich zu separieren vom *zivilisatorischen Fußvolk*, vom »zoologischen Gewimmel«? Don Quichote war schon dumm genug; vom »Don Quichote« hätte er sich dennoch nicht zu Abenteuern verleiten lassen. Erst Schirrmacher begegnet seiner Individualität in den großen Werken des bürgerlichen Realismus und merkt nicht, daß sie das Individuum längst als zerfallendes beschreiben. Ein Band Borchardt im Handschuhfach macht auch den Erfolgsmenschen der neunziger Jahre nur zu einem schäbigen Zerfallsprodukt des Individuums: zum Individualisten.

Schirrmacher empfindet überm guten Buch sein Leben empfindlicher und kommt uns deshalb humanistisch: *Die kulturelle Bewußtseinsindustrie ... hat niemals begriffen, daß ein Merkmal von Kunst und Literatur gerade darin liegt, daß sie humane Vorstellungskraft und Erlebnisfähigkeit für das entwickelt, was man nicht selber erlebt hat. Für die Abteilungsleiter der Kulturindustrie aber ist humane Phantasie ein Produkt, das man vermarktet, kein Habitus.* Mit diesem letzten Wort widerlegt das schöne Argument sich selbst: *Humane Phantasie* ist desto besser zu vermarkten, je mehr sie zum bloßen *Habitus* verkommt. Den ganzen Vorstellungs-, Erlebnis- und Erfahrungskappes reproduzieren gewisse *Abteilungsleiter* des Feuilletons habituell, im Schlaf, auf Zuruf. Das dahinter sich verbergende Konzept jedoch ist spätestens seit dem zweiten Weltkrieg obsolet. Richard von Weizsäcker beispielsweise trug während der Belagerung Leningrads ein Exemplar von Tolstois »Krieg und Frieden« im Tornister. Bei Bolkonskis Tod wird er manche Träne zerdrückt haben. Den Leningradern aber half das wenig, sie mußten doch verhungern. Goebbels war Germanist. Himmlers Vater war Altphilologe und hätte gewiß lange Vorträge halten können über den Menschen, den Bildung und Kunsterleben erst »recht eigentlich« zum Menschen machen. Daß Kunstverständnis nicht davor schützte, Kommandant von Auschwitz zu werden, ließ manchen doch am humanistischen Bildungsideal verzweifeln. *Zur Einsicht in das Unmenschliche bedarf es keineswegs der Erfahrung. Es reicht, was in erster Linie aus Kunst und Literatur als eine besondere Form des empfindlichen Lebens erscheint: humane Vorstellungskraft.* Mit anderen Worten: Primo Levi hat in Auschwitz *Einsicht in das Unmenschliche* gewonnen und sie zu *Erfahrung* destilliert, die wir nun als *humane Vorstellungskraft* aus seinen

Büchern zapfen. Sein Selbstmord hatte demnach wohl persönliche Gründe.

Selbst wer Reich-Ranicki nicht besonders schätzt, wird einräumen müssen: Es kommt immer ein Schlechterer nach. Und der verbreitet sich ungestraft über Karl Kraus. *Wenn es nach Karl Kraus ginge, dürfte einem nichts zu ihm einfallen.* Trotzdem fällt Schirrmacher natürlich ein, daß Kraus zu Hitler nichts einfiel: *sein beredtes Schweigen zu Hitler* hat – »was man weiß, was man wissen sollte« (Heinz Maegerlein) – dreihundert Seiten vollgeschwiegen, erhältlich als Band zwölf der Suhrkamp-Ausgabe. Kann man mal lesen, auch wenn die Lektüre keine *humane Erlebnisfähigkeit* abwirft. Bei Kraus ließe sich zudem mancher Hinweis finden, warum das Habsburgerreich denn wohl unterging. In einem ausführlichen Artikel über *das Wien der letzten Habsburger* präsentiert Schirrmacher Fragmente einer merkwürdig faktenfreien Geschichtstheorie, die zwar den Tatbestand des Untergangs der Donaumonarchie nicht leugnet, wohl aber dessen Notwendigkeit – mit dem seltsamen Argument, die Künstler der Zeit hätten ihn nicht gewollt. *Es ging nicht um Revolution. Es ging um Reformation der Gesellschaft durch die Revolution der Kunst. Das Wien der späten Kaiserzeit war der letzte Ort im zwanzigsten Jahrhundert, in dem der Gedanke, Geschichte sei Fortschritt und Fortschritt Emanzipation, noch nicht gesiegt hatte. Die Untergangsphantasien verbanden sich nicht mit dem leuchtenden Prospekt der Zukunft, sie banden sich viel häufiger an den Traum von einer Rückkehr in die Geschichte.* Daß die Romane etwa eines Joseph Roth die damalige Gesellschaft durchaus als untergangswürdig schilderten, bleibt Schirrmacher nicht verborgen. Roth, Hofmannsthal und andere, so behauptet er, wollten aber nicht vorwärts in die Republik, sondern gemeinsam mit ihrem Kaiser Franz Joseph zurück in eine goldene Zeit. Nun ist zwar, da sie den Wahrheitsanspruch ihres Werks diesem politischen Sentiment zu opfern und deshalb Kitsch zu schreiben nicht bereit waren, ihre Kaisertreue letztlich nur von biographischem Interesse. Schirrmacher braucht sie aber als namhafte Zeugen für seine *Idee aus der Vergangenheit, die niemals altert und Gegenwart und Zukunft bestimmt. In ihnen allen lebte der gegen die herrschende Ideologie gerichtete Gedanke, daß die Vergangenheit ihre Zukunft noch vor sich habe.* Daß der monarchistische Gedanke sich in der Monarchie gegen die herrschende Ideologie richtet, macht eine der vielen Merkwürdigkeiten aus in dieser Abhandlung über das Ende des Kaiserreichs, die vom Weltkrieg nur ganz am Rande spricht: *Max Brod hat später nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die begeisterte Zustimmung zum Kriegsausbruch unter seinesgleichen keineswegs aus der Lust an Eroberungen kam. Der Krieg, so schien es ihm, bot vielmehr die Chance, die gewählte Lebensform ein für allemal zu verteidigen.* Gegen wen denn? Wovon denn war sie bedroht, wenn nicht von der eigenen *Lust an Eroberungen*? Die österreichische Monarchie fing zusammen mit der deutschen einen Weltkrieg an, watete vier Jahre lang bis zu den Knien in Blut, erlitt schließlich eine Niederlage – und als sie dann verreckte, war das ... Zufall, Verrat? Jedenfalls keine Notwendigkeit, meint, dumm wie Brod, Frank Schirrmacher. In der Tat glaubten nach 1918 viele, *daß die Vergangenheit ihre Zukunft noch vor sich* hätte. Die begannen später den Weltkrieg ein zweites Mal.

Will er seinen Kaiser Wilhelm wiederhaben? Eine solche Unterstellung wäre schwer zu begründen, denn in Schirrmachers Texten findet sich nichts als ein ständiges Raunen von Ewigkeit, Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und unvergangener Vergangenheit.Vielleicht darf man aber vermuten, er würde Se. Majestät im Falle Sr. Majestät Wiederkunft, die er für möglich hält, nicht eben unwillig begrüßen. *Immer war ausgemacht, daß diejenigen, die das Alte wollten, von der Geschichte widerlegt seien. Aber waren sie es wirklich?* Fragen kostet nichts. Und seine Behauptung, *daß nach all den Krisen und Katastrophen des Jahrhunderts, gerade so, als sei gar nichts geschehen, Sarajevo wieder zum Symbol geworden ist*, kann leider kein Argument sein für was auch immer, solange er uns nicht offenbaren mag, auf welches Größere das Symbol denn verweist. Auf den ewigen Belagerungs- bzw. Thronfolgererschießungstrieb des Menschen? Auf die schleichende Balkanisierung unserer Seelen? Oder darauf, daß man es den Serben schon im ersten Weltkrieg richtig hätte besorgen müssen? Daß Europa zu klein ist für Deutsche und Russen? Womöglich steckt hinter all den rätselhaften Andeutungen gar nichts, womöglich ist das ganze Räsonnement genauso unausgegoren, wie es auf den ersten Blick scheint. Für diese Hypothese spricht immerhin ein Gedanke, der lieber ungedacht bleiben wollte, den Schirrmacher aber rücksichtslos in die Kolumnen zwingt: Die literarische Moderne sei von Anfang an ein Unfug und eine Erfindung, ja ein Sabotageakt der Kommunisten und, weil von allem, was verging, einzig der Marxismus wirklich und für immer vergangen sei, heute vollkommen anachronistisch.

Schirrmacher glaubt nicht an den Fortschritt, und als Feuilletonredakteur kann er sich das leisten. Denn die Weltverbesserer sitzen heute im Wirtschaftsressort, wo sie für ständige Innovation, Transrapid und Arbeitsplätze kämpfen und schließlich mithilfe der Gentechnik noch den Hunger in Afrika besiegen werden. Im Feuilleton geht es differenzierter zu. Zwar sekundiert Schirrmacher seinen Kollegen von der marktwirtschaftlichen Front, indem er die Kritik an FCKW und Kernenergie als romantisch bis dekadent entlarvt: *Der Wohlstand nahm solche Dimensionen an, daß der Haß auf ihn gleichsam nur die extravagante Stufe des privilegierten Daseins war. ...* Andererseits aber verweist er die geschichtsphilosophische Kategorie des Fortschritts ins Reich des Marxismus: *Diejenigen, die sich mit Marx auf der Siegerseite der Geschichte glaubten, sind gescheitert. Geschichte schreitet nicht voran ... Das alles hat sich als Konstruktion erwiesen.* Denn *die geschichtsphilosophische Erfindung des menschlichen Fortschritts ist ... stark beschädigt.*

In alle Bereiche des Lebens und Denkens ist eine neue Skepsis eingezogen. So trippelt der Fortschritt vom 486er Prozessor zur laproskopischen Appendektomie und vom Airbag zur Viererkette, doch wenn er einmal rastet und zurückschaut, ist er kein Stück vorangekommen. Dürfte nicht wenigstens unser vielbesungener Wohlstand, verglichen mit dem Elend der zwanziger Jahre, einen Fortschritt von ausgewachsen historischer Dimension markieren? (Die Russen übrigens, die sich mit Marx und Lenin auf der Verliererseite der Geschichte glaubten, sollen von Solschenizyn *lernen, daß Universalismus und Verherrlichung des Westens höchst fragwürdige Kampftitel einer anachronistischen Fortschrittlichkeit sind*. Das haben sie nun von ihrer Perestroika: den Popen und die Dorfgemeinschaft.)

Die Narrheit der literarischen Moderne resultiere letztlich aus dem emphatischen marxistischen Fortschrittsbegriff und aus *jener berüchtigten elften Feuerbach-These, mit der das ganze Unglück in der Welt und in der Literatur begann*. Daß die Begründer der Moderne mit Fortschritt geschweige Marxismus nichts im Sinn hatten, daß sie nicht die Welt verändern wollten, sondern nach adäquaten Mitteln suchten zur Darstellung einer durch die Industrialisierung und den Weltkrieg radikal sich verändernden sozialen Wirklichkeit, war demnach ein besonders perfider Trick des Weltgeistes – oder ein Zufall. Letzterer nämlich besitzt die einzigartige Gabe, gerade durch seine Abwesenheit Zusammenhänge zu stiften, wo vorher keine waren: *Nicht zufällig hat mit seinem Wort von den Schriftstellern als den »Ingenieuren der Seele« ausgerechnet Josef Stalin den innigen Zusammenhang von Kunst und Elektrifizierung erfaßt ... Unbelehrt wie einst das Politbüro der DDR, das sich nicht zufällig auch für eine »Avantgarde« hielt, glauben die avantgardistischen Verwalter der Künste unbeirrt, daß die Mauern ihres Reichs noch hundert Jahre stehen ... Es ist kein Zufall, daß am Ende der DDR jene Literatur, die am Prenzlauer Berg entstand, systematisch vom Geheimdienst des Landes gefördert wurde...* Daß Stalin, das Politbüro und das MfS keine Partisanen der Moderne waren, sondern mit Schirrmacher einig in ihrer Bekämpfung, ist auch kein Zufall, dafür aber ein Argument. Der Literaturmarkt wird beherrscht vom postmodernen Kunstgewerbe der Ransmayr, Nadolny, Eco, Garcia Marquez und von den Überlebenden der Gruppe 47, denen es seit je ums »Erzählen« geht, Schirrmacher aber umzingeln noch immer die *avantgardistischen Verwalter* der Moderne. Wenn Reich-Ranicki, der seinem Nachfolger insofern schrankhoch überlegen ist, als er sich sein Lebtag von theoretischen Erwägungen peinlichst ferngehalten hat, einem Autor ins Gesicht sagt, er habe keine Sprache, er könne nicht erzählen, vermutet Schirrmacher dennoch ein Adorno-Zitat und kein Geschmacksurteil, das ein persönliches Talent erledigt. Die meisten Schriftsteller können längst auch anders und haben unter dem Druck der Kritiker, die öfter mal was Neues wollen und endlich wieder pralles Leben, interessante Charaktere, Liebe, Intrige etc, das Projekt der Moderne, freilich ohne seine theoretische Begründung zu entkräften oder die Weltrevolution zu benennen, die es obsolet gemacht hätte, als unvollendet beiseite gelegt. Das simple Manöver, den Schwierigkeiten bei der Abbildung der Realität dadurch entgehen zu wollen, daß sie halt nicht mehr die Realität abbilden, sondern historische oder phantastische Stoffe projizieren, hat sie vorm Kitsch nicht bewahrt. Die Moderne wurde lebendig begraben, Schirrmacher schändet ihren Grabstein.

Die Erleuchtung, was es denn eigentlich mit der modernen Literatur auf sich habe, kam ihm während einer Dienstreise in die DDR. *Das Buch, das die Atmosphäre auf der Leipziger Buchmesse so genau erfaßt, ist keine Neuerscheinung. Es erschien zur Leipziger Buchmesse im Jahre 1929. Doch sechzig Jahre später ist Alfred Döblins Roman »Berlin Alexanderplatz«, die Geschichte von Franz Biberkopf, der in der Freiheit anständig überleben will, unversehens zum Schlüsseltext für die psychische Konstitution eines ganzen Landes geworden. Die Buchhändler, die Schriftsteller und Künstler, die Verleger in den Kojen, auf dem Marktplatz, in den Cafés wirken wie ausgesetzt.* Und da ergriff Schirrmachern, der sich zuhause in Frankfurt immer vorkommt wie im »Stechlin«, ein grausiger Verdacht. *Als Lenin 1919 die Kommunistische Partei als »Avantgarde des Proletariats« definierte, hatte das Selbstverständnis der Künstler als Avantgarde seinen Höhepunkt gerade erreicht.* Das konnte doch kein Zufall sein. *Der Zerstörung der bürgerlichen Welt im Osten entsprach die Auslöschung des bürgerlichen Romans im Westen.* Die Dialektik ... nein, *das Paradox war nicht zu überbieten. Während kommunistische Literaturfunktionäre mit deutlichem Gespür für die Gefahr den »sozialistischen Realismus«, den traditionellen Roman, bei Androhung von Strafe durchsetzten, entstand in den westlichen Kulturen eine Literatur, die den realen Verhältnissen in den totalitären Gesellschaften vollkommen entsprach. Die Auflösung des Ich, die zerstörten Diskurse, das Mißtrauen in die Sprache, das Verschwinden des Individuums, die Absetzung des bürgerlichen Helden – all das beschrieb sehr genau die Bewußtseinszustände der östlichen Gesellschaftsform.* In den westlichen Gesellschaften hingegen kehrten die allseitig entwickelten bürgerlichen Individuen soeben aus dem Weltkrieg zurück, um ihre traditionellen Diskurse, die wie durch ein Wunder unzerstört geblieben waren, vertrauensvoll fortzusetzen; Deutschland fand sich sogar noch um den revanchistischen Diskurs bereichert, der von nun an mit dem antisemitischen wetteiferte.

Döblin hätte demnach, wenn er denn aus unerfindlichen Gründen durchaus einen modernen Roman schreiben wollte, Biberkopf nach Moskau verpflanzen müssen; so aber erlangte »Berlin Alexanderplatz« seine dichterische Wahrheit erst nach dem zweiten Weltkrieg, um heute gelesen zu werden als historischer Roman aus der DDR. Die Frage jedoch, ob wirklich Kommunisten die Moderne erfunden haben, damit sie den bürgerlichen Roman und die bürgerliche Gesellschaft zersetzte, wird sich definitiv erst klären lassen, wenn der KGB endlich alle seine Archive öffnet. Sollte Schirrmachers Verdacht auch bestätigt werden – genützt hat die Literatur als Waffe den Kommunisten ohnehin nur wenig: Die westlichen

Demokratien blieben unverwüstlich, und in den östlichen Diktaturen wurde sie viel zu spät eingesetzt, als daß sie deren Untergang noch hätte abwenden können. *Erst viel zu spät haben die Kommunisten die Chance erkannt, die moderne Text- und Avantgardetheorien ihrem Machterhalt boten. Diese bis in hochkomplexe Auflösungsformen getriebene Literatur bildete zwar nicht die utopischen Lebensverhältnisse ab, schuf aber die unschätzbare Möglichkeit eines systemstabilisierenden, weil folgenlosen Selbstgesprächs.*

»Die Erfahrung«, heißt es bei Benjamin, »ist im Kurse gefallen. Und es sieht aus, als fiele sie weiter ins Bodenlose.« Seit die einzig mögliche repräsentative Erfahrung darin besteht, daß die eigene Erfahrung nicht repräsentativ ist, wird der Erzähler, der nichts mehr mitzuteilen hat, was vom Einzelnen auf das Ganze schließen ließe, zunehmend fragwürdig. Bei Schirrmacher liest es sich natürlich gerade umgekehrt: *Wieso entwickeln die Erzähler nicht eine literarische Kritik der Avantgarde, die sie gefangenhält und ihr Vertrauen auf die eigene Erfahrung untergräbt?* Wer vom Oberseminar bruchlos in die Feuilletonredaktion wechselt, um in jedem Bücherherbst zu grübeln, warum denn der große Zeitroman wieder nicht dabei war, mag seine Erfahrungen getrost für ein hohes Gut halten, auf dem sich eine Dynastie gründen läßt, privat, nicht literaturfähig und gesellschaftlich belanglos bleiben sie doch. *Wäre das nicht auch ein denkbares Verfahren gegen die erdrückende Übermacht der Moderne: sie zu ignorieren?* Genau darin besteht das Erfolgsrezept der Postmoderne: sich dumm stellen und vom Pferd erzählen.

Wäre das alles nicht so lächerlich, könnte man eine Harzburger Front nennen, was sich gegen die Moderne formiert. Denn natürlich findet man die neofaschistische Schülerpresse an Schirrmachers Seite. Andreas Molau, der »Jungen Freiheit« verantwortlicher Halbalphabet für Blubo und Blasmusik, meint, daß ein gewisser Robert »Scholz meint, daß der Kern und gleichzeitig das Grundproblem der Moderne ihr Verhältnis zum Fortschritt sei. Der Fortschrittsgedanke aus dem Bereich der Naturwissenschaften sei fälschlicherweise in den kulturellen Bereich hineingetragen worden: ›Der Fortschrittsgedanke in der Form eines fieberhaften Suchens nach zeitgemäßen, künstlerischen Ausdrucksformen wurde zum Kult des Neuen als oberster, ja einzig gültiger Wertmaßstab der Kunst.‹« Molau empfiehlt dagegen »eine bodenbezogene Literatur«, Hamsun, Hauptmann, Carossa, Weinheber, Emil Strauß und Kolbenheyer. »Der Vorwurf, man rede mit einem solchen ›völkischen‹ Konzept irgendwelchen Nationalsozialismen das Wort, ist unredlich und unsinnig. Der vielgescholtene Kobenheyer (!) beispielsweise war auf die Bestätigung des Dritten Reiches nicht angewiesen, weil er große Erfolge schon in den 20er Jahren feiern konnte. Ohnehin leuchtet nicht ein, warum ein Prinzip schlecht sein soll, weil es im Dritten Reich Konjunktur hatte. Solche Argumente sind nur Ablenkungsmanöver in einer dringenden Kulturdebatte.« So wird das liebe Vorurteil, der rechte Intellektuelle sei ein wandelndes Oxymoron, aufs schönste verifiziert: sein Intelligenzquotient liegt tatsächlich immer zwischen 33 und 45.

Im Feuilleton der »FAZ« wurde aus der »dringenden Kulturdebatte« ein blutiger *Kulturkampf*, den die Linke inzwischen gewonnen hat: *Die Linke triumphiert im Kulturkampf*, stellt der gewiefte Nachrüstungspolitiker Schirrmacher im Juli 1994 fest und bestätigt damit, weil das kein anderer tun mochte, seine Prognose vom Juli 1990 kurzerhand selbst: *Es ist lange her, da war von dem Marsch durch die Institutionen die Rede. Manches spricht dafür, daß die ehemaligen DDR-Funktionäre eben solches beabsichtigen und bereit sind, das Geld der PDS mit dem Ziel einer neuen Vorherrschaft in der Kultur und den Medien zu investieren.* Den Schirrmacher allerdings konnten sie sich bisher nicht leisten, schätzt die »Bunte« Illustrierte sein Jahresgehalt doch auf eine halbe Million. *Als 1989 die DDR und bald auch der kommunistische Block zusammenbrachen, schien es für einige erlösende Augenblicke, als habe sich endlich auch der triviale linke Konsens der alten Bundesrepublik verabschiedet. Heute, sechs Jahre später, erkennt man das Illusionäre dieser Vermutung. Das kompromittierte Weltbild der Linken hat die Wende überstanden. Ihre Kader haben neue Positionen und Planstellen erobert. Sie sind im Begriff, ihre Sprachregelungen und Geschichtsbilder der nächsten Generation aufzunötigen.* Da die Machtergreifung der *antidemokratischen Linken* unmittelbar bevorsteht, wird Widerstand zur Pflicht. *Es ist an der Zeit, der PDS Widerstand entgegenzusetzen.*

Für alle Fälle erkläre ich schon heute: Ich werde einen gekannt haben, der dabeigewesen sein wird.

***** Zitate von Frank Schirrmacher erscheinen kursiv

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 7/95 über den Historiker Alexander Demandt

Konkret 10/95, S. 54

Heidi Urbahn de Jauregui

Von Schuhu bis Pappel

Über die Erzählungen des Schriftstellers Peter Hacks

»Die Frage ist nicht: Was macht die Kunst in lausigen Zeiten? Alle Kunst ist in lausigen Zeiten. Die Frage ist: Was macht die Kunst in Zeiten der Verzweiflung? Die Frage ist: Was geht, wenn nichts geht?« So steht es auf der Rückseite des neuen Buches von Peter Hacks. Das den KONKRET-Leserinnen und -Lesern aus Heft 1/91 bereits bekannte Zitat entstammt dem Essayband, der 1996 ebenfalls in der Edition Nautilus (Hamburg) erscheinen wird. Der vorliegende Band, der die fünf Erzählungen des Autors erstmals versammelt, enthält bereits eine Probe von dem, »was geht«. Der Buchtitel *Die Erzählungen* deutet darauf hin, daß es sich um ein abgeschlossenes Werk handelt. Wir kennen das schon von Hacks' irgendwo sich versteckt haltendem Band *Die Gedichte*, der etwas vereint, was heute äußerst selten geworden ist, nämlich Gedichte. Erleichtert aber nehmen wir den Untertitel des nächsten Hacks-Buches zur Kenntnis: *Gesammelte Essays*.

Die erste Erzählung, »Der Schuhu und die fliegende Prinzessin«, stammt vom Anfang der sechziger Jahre, aus jener Zeit, da der Dichter, obgleich meistens verboten, dennoch voller Hoffnung war. Das merkt man der Erzählung an: Sie ist die heiterste von allen, und es geht in ihr so wunderbar zu, daß man sie eher wohl als ein Märchen für große Kinder bezeichnen muß. Der Schuhu ist eines deutschen Schneiders Sohn und unterscheidet sich von den meisten Menschen durch seinen ungewöhnlichen Verstand. Die fliegende Prinzessin ist nichts weiter als eine Prinzessin, die, wie der Schuhu, fliegen kann. Sie wohnt in Tripolis, und ihre Schönheit ist ebenso groß wie die Klugheit des Schuhus. Natürlich können die zwei auch wunderbar singen. Sie finden sich, dann verlieren sie sich, und am Ende finden sie sich wieder, denn sie sind füreinander bestimmt. Schließlich fliegen sie zusammen in ein so hoch gelegenes Land, daß es nicht in, sondern über den Wolken ist. Man sieht, es kann unmöglich damit die DDR gemeint sein – und die BRD schon deshalb nicht, weil der Weg zu diesem Hacks-Land äußerst mühevoll und steinig ist.

Die zweite Erzählung, »Ekbal, oder: Eine Theaterreise nach Babylon« ist kein Märchen, obwohl sie vorgibt, in uralten Zeiten und an fernem Ort zu spielen. Wo Babylon liegt? Ich glaube immer da, wo man wohnt. Hacks wohnt in Berlin. Die ganze Sache ist, wenngleich auf sehr lustige Weise, so doch auch recht nachlässig eingeschlüsselt, so daß mancher Gemeinte dahinterkam und sich geärgert hat. Es geht um Berliner postbrechtsches Theater im besonderen und um Theater im allgemeinen. So ist es immer bei Hacks, es läuft irgendwie aufs Weltbezogene hinaus. Daran liegt es wohl, daß seine Maulereien über die herrschenden Verhältnisse auch dann noch interessieren, wenn längst andere Verhältnisse herrschen. Und wenn es um Kunst geht, ist der Autor nicht zimperlich: »Ein Künstler, der um den Preis seines Vermögens und Halses darauf besteht, das vorzutragen, was er für die Wahrheit hält, ist ein Zyniker. Denn er stellt Wahrheit über Übereinkunft, Menschlichkeit über den Menschen. Wer die Wahrheit zu sehr liebt, liebt die Welt nicht ... Das bezweckte Ergebnis eines Tadels ist nicht Einsicht, sondern Demut.« So wird Ekbal, dem Helden der Erzählung, vom »Höchstoberen Theatereunuchen« in Babylon berichtet. Hacks übrigens wurde öfters schon für einen Zyniker gehalten. Der Spitzfindigkeit des Lesers aber ist es überlassen herauszufinden, wer mit dem göttlichen »BeBe« gemeint sein könnte, dessen grauer Mönchsrock von einem gewissen Hauptpriester namens »WeWe« aufgetragen wurde. Letzte Fetzen wurden, glaube ich, als Schnupftuch bei einem gewissen »Mullah« gesehen, dessen frühe Verstoßung aus dem Schriftgelehrtenverein »Eintracht« hier erzählt wird. Jener »Mullah« wird, denke ich, auch noch im Essayband erscheinen, z.B. unter dem Kürzel H.M. (wie: homo mediorum). Da Hacks sein Wissen, bzw. das von Ekbal, angeblich zum Teil von einer alten beschädigten Schriftrolle ablesen muß, bleibt es dem Leser überlassen, zu erraten, was »(1) ...se Akademiker (2) s.nd verdammte (3) Idio...« heißen könnte. Der Autor schlägt folgende Lesart vor: »(1) gewisse (2) sind(?) (3) Idiognomiker(?), Idiopathen(??), Idiogyne(?)«. Die drei letzten Wörter gehören nicht zu meinem Sprachschatz; zu dem der Akademiker wohl auch nicht; denn sie entschieden sich für eine vierte Lesart.

Ganz unverhüllt in der Gegenwart spielt die dritte Erzählung »Die Geschichte meiner Oper«. Hacks hat mehrere Librettos geschrieben und sich ein ganzes langes Buch lang theoretisch mit der Oper beschäftigt. Er liebt diese Gattung sehr, mußte aber feststellen, daß die Regisseure sie nicht mehr lieben. Es scheint ihnen peinlich zu sein, daß in der Oper Musik vorkommt, und so tun sie alles, um von der Musik abzulenken – und übrigens auch vom Text, so daß der Autor den seinen nicht mehr erkennen kann. Er erzählt auf seine heitere Weise den Inhalt seines – von Matthus vertonten – Librettos »Ariadne auf Naxos« – und anschließend, was man daraus gemacht hat. Es gibt keinerlei Ähnlichkeiten zwischen beiden Versionen. Der Autor wird am Ende nicht eben erfreut durch einen seltsamen Damenbesuch, der allerdings nicht gar so schlimm ausgeht, wie er anfängt – obwohl die Dame gewisse Parallelen zwischen modernen Operninstituten und anderen Einrichtungen zieht, in denen der Kunde auch nur »Fehlen von Mühe« und die Entspannung des völligen Sich-Gehen-Lassens findet. Beide Institutionen hätten rein gar nichts mit Genuß zu tun, behauptet die Dame.

Die vierte Geschichte handelt vom »Magister Knauerhase«, einem tatsächlichen Gelehrten, und vom »wilden Mann«. Jeder kluge und gebildete Mann, soll das wohl bedeuten, hat auch dies alter ego in sich, den wilden Mann. Sie treffen sich beide in einem Wald, streiten sich und vertragen sich wieder, gehen miteinander die Welt einrichten und verschwinden dann

wieder im Wald. Wie bei Hacks üblich, kommen auch z.B. Könige vor (zu deren Bedeutung siehe KONKRET 3/93). Der Magister hat nun die Angewohnheit, über jeden König ein – realistisches – Heldengedicht zu verfassen. Der letzte und beste König lobt das über ihn angefertigte Gedicht mit den Worten: »Der Stil ist gut – aber kalt.« Dabei fiel mir Hacks' Stil ein. Es ist, was wir hier von ihm lesen, spitz und treffend, auf verblüffend einfache Weise paradox – sozusagen ein Gedicht, das aus lauter Delikatessen besteht. Ob dem deutschen Leser da nicht die Kartoffeln fehlen, die er in sich hineinkauen kann, ohne sich etwas dabei zu denken? Wir finden hier eine bildhafte Kunstsprache mit hohem Abstraktionsvermögen, deren Zierde darin besteht, daß sie sich nicht ziert. Vielleicht ist es deshalb, daß man – zumindest hier von Frankreich aus gesehen – den Eindruck gewinnt, daß die Werke dieses exemplarischen DDR-Dichters, der sich nun ans Inventarisieren zu machen scheint, den Untergang der DDR besser überleben werden als die der meisten seiner dichtenden ehemaligen Landsleute, die rechtzeitig, will sagen, seit den siebzigern Jahren, abzuspringen beschlossen, um sich zu retten. – Daß es bei allem, was Hacks schreibt, etwas zu denken gibt, merkt man nicht gleich. »Tiefsinn soll lächeln ... soll überhaupt nur mit unterlaufen«, läßt Thomas Mann seinen Goethe sagen.

Hintersinnig geht's auch wohl in der letzten, 1992 entstandenen Erzählung »Die Gräfin Pappel« zu (siehe KONKRET LITERATUR 17). Der Held heißt Philibert und wird kreuz und quer durch die Welt gejagt, weil er vor der bösen Gräfin ständig auf der Flucht ist. Was ihm da alles zustößt, ist schier unglaublich. Der Autor hat diese Erzählung einmal seinen »Candide« genannt. Mit Voltaires Erzählung hat sie in der Tat manches gemeinsam: Sie ist – etwas mehr noch als die anderen Erzählungen – autobiographisch (in dem Sinn, wie es »Candide« auch ist), ferner: Mit dem Leser wird umgesprungen, daß er kaum zu Atem kommt. Eben war er noch in der Wüste, da ist er schon bei den Teltower Rübenbauern und kurz darauf im Eismeer. Vor allem aber ist es die Diskrepanz zwischen heiterem Ton und Schlimmes kündendem Inhalt, welche an Voltaires »Candide« erinnert. Wollte ich diese Geschichte erzählen – ich müßte lang werden. So mache ich es kurz und sage: Hacks ist kein Mystiker, und darum gibt er im letzten Kapitel eine Menge Aufschlüsse. Den Rest muß sich der Leser selber denken – z.B. was wohl aus Philibert, will sagen Peter Hacks, geworden ist, der sich, heißt es, so gar nicht zu den deutschen Ereignissen der jüngsten Jahre habe verlauten lassen. Das ist wohl, weil er während der Zeit gerade mit Dichten beschäftigt war.

Voltaires Candide zog sich am Ende in seinen Garten zurück und pflanzte seinen Kohl. Bei Hacks würden es doch eher die Rüben sein, und sein Rübenacker wird wohl daran zu erkennen sein, daß in ihm die blaugrünen Pfauenvögel herumstolzieren, die er sich zu halten pflegt. Man sieht, der Erzählband führt den Leser und die Leserin eine weite Strecke: »Vom Himmel durch die Welt zur Hölle«. Nun, ich will nicht übertreiben; »Himmel« bezeichnet doch wohl eher einen Ort, an dem es wenig zu tun gibt. Der Schuhu aber ist alles andere als ein Müßiggänger. Die »Hölle« ist da, so hörte ich, wo man ewig brennen muß. So dauerhaft wird das Reich der Pappel doch nicht sein. Sagen wir also bescheidener: Der Leser wird von der Aufbauepoche eines sozialistischen Deutschland durch dessen allmählichen Niedergang zum schließlichen Anschluß an das andere Deutschland geführt.

Auf die Folgerung, »einer schlechten Welt zieme einmal eine schlechte Kunst«, mag der Autor sich nicht einlassen. Bei aller Entsagung, zu der die Ggenwart einem tatsächlichen Dichter rät, beschreibt Hacks die Wirklichkeit mit »tragischer Wohlgemutheit« und so genau, daß immer mal wieder die Zensoren aufgewacht sind.

Peter Hacks: *Die Erzählungen.* Edition Nautilus, Hamburg 1995, 208 S., 44 Mark

Heidi Urbahn de Jauregui ist Professorin für deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts an der Universität in St. Etienne/Frankreich

Konkret 10/95, S. 56

Patrick Grad

Generation XY, übernehmen Sie

Stoff für Identifikationssüchtige: das neue »Kursbuch«

Pünktlich zum Antikriegstag ist das neue »Kursbuch« 121 erschienen. Sein Thema: der »Generationenbruch«. Wie schon in den »Kursbüchern« 54/1978 (»Jugend«) und 113/1993 (»Deutsche Jugend«), sorgt sich das sozialnationale Herausgeberteam einmal mehr um das gesamtdeutsche junge Wir. Vor zwei Jahren durfte Klaus Hartung, selbsternannter Kämpfer »wider den linken Alarmismus« (er war gerade von der »Taz« zur »Zeit« gewechselt) und ehemaliger Berufsjugendlicher (»Wir müssen jung bleiben«, postulierte der damals 38jährige im »Kursbuch« 54), den »Untergang der Jugend« verkünden. Bodo Morshäuser, Poet der Potsdamer Straße, bezog sich im gleichen Heft positiv auf den deutschen Patrioten Martin Walser; der anti-antiautoritäre Generationenexperte Claus Leggewie analysierte die Motive jugendlicher Brandbombenwerfer (»Fehlen der grenzsetzenden Instanz des Vaters«), und ein ehemaliger NVA-Soldat berichtete über die sozialistische Unterdrückung (»Der Plastewecker schrillt in den Morgen«).

Nachdem man damals einigen Spott einstecken mußte (»alternde Intellektuelle schreiben über die deutsche Jugend« – »ak«; »Der Weg des Kursbuches in die neudeutsche Klebrigkeit« – LITERATUR KONKRET), hat man diesmal auch elf 25-35jährige *youth culture*-Spezialisten herangezogen. Zum Beispiel Walter Wüllenweber, Redakteur beim »Stern«, Helmut Ziegler, Pop-Redakteur bei der »Woche«, oder Volker Marquardt, Musikjournalist bei der Hamburger »Taz«. Als Autor dieses Bandes war auch Christoph Gurk, »Spex«-Redakteur und Experte in Sachen »Sturm & Drang« angekündigt – mit einem Beitrag, der die Nivellierung eines vorgeblichen popkulturellen »Widerstandes« durch MTV anprangern sollte. Daß sein Text über »die Erfindung der Generation X« im neuen Kursbuch nun doch nicht zu finden ist, mag damit zusammenhängen, daß »Spex« seit Juni 95 mehrfach mit MTV kooperierte (gemeinsame Präsentation von Bands, MTV-Anzeige auf dem Titel (!) der Juli-Ausgabe). Hinzu kommt, daß das Magazin den Hype um Douglas Couplands *Generation X* kräftig befördert hat (»ein superkluges Buch mit romantischen Inhaltstoffen, Glossar und Typologie (!) einer Generation (!) der Variablen«).

Interessant bleibt so oder so, daß »poplinke« Autoren, die ihre Abneigung gegen linksradikale Positionen häufig als Generationenkonflikt formulieren (»Altlinke«, »Altherrenverein« etc.), bereit sind, mit den national gewordenen Ex-Linken vom »Kursbuch« (Durchschnittsalter: 50) ins Geschäft zu kommen: »Sie sehen heute sehr alt aus, die 68er. Da liegt es nahe, diese magische Zahl auf den Kopf zu stellen, und siehe da: um 180 Grad gewendet (sic!), kommt 89 heraus. Kursbuch 121 will versuchen, diesen Bruch – von beiden Seiten her – zu erkunden.«

Die Figur der »Generation«, konstruiert als Wechselspiel von Dauer & Wandel, Alter & Jugend, Väter & Söhnen (!), Leben & Tod, natürlicher Entwicklung & historischer Kontinuität, Naturzeit & Geschichtszeit, subjektiver Erfahrung & objektivem Geschehen, stabilen Strukturen & Zeitgeistrevolutionen, ist das kategoriale Scharnier bzw. der Kitt zwischen »nationaler Tradition« und den »Aufgaben der Gegenwart«. Die Konstruktion von »Generationen« (»die Kriegsgeneration«, »die Nachkriegsgeneration«, »die 68er«, »die 77er«, »die 82er«, »die 89er«, »meine Generation«) schafft nicht nur Etiketten für kulturindustrielle Fraktions- und Etablierungskämpfe, sie begründet vor allem ein Wechselspiel von Zuschreibung & Dementi, in dessen Verlauf die Kriterien der Zugehörigkeit zu einem »Volk« definiert werden. Zur jeweiligen »Generation« zählen daher nie die gleichaltrigen »Fremden«, weshalb zum Beispiel die »Immigrantengenerationen« über eine andere Zählweise definiert werden: hier die (deutsche) »89er Generation« und dort die »3. Immigrantengeneration«.

Bemerkenswert ist im vorliegenden Fall, daß die nicht mehr ganz jugendfrische »Kursbuch«-Redaktion sich im Jahr 1995 des Jargons bedient, den der »Tempo«-Erfinder Marcus Peichel (»Wir sind das Sprachrohr einer Generation«) in den 80er Jahren kreiert hat. Peichel ging es damals um die kosmopolitische Modernisierung einer der Verantwortung entgegenstrebenden deutschen Mittelschichtsszene, die er vom »Rest« abheben wollte. Nationalismus buchstabierte »Tempo« mit KAUFKRAFT und nur gelegentlich politisch (etwa in Heft 2/86, als man Prominente fragte: »Wie fänden Sie es, wenn jemand den Terroristenfreund Gaddafi beseitigen würde?«).

Dem »Kursbuch« geht es heute um den kritisch-solidarischen Schulterschluß deutscher »Generationen«, um die Lösung der – so hätten sie es früher gesagt – »Widersprüche im Volk«. Und weil das ein Ausschlußverfahren ist, heißen die AutorInnen des neuen »Kursbuches« allesamt Peter, Hans, Elisabeth, Werner oder Fritz. Die wissen dann auch, daß ihr Thema eine Erfindung ist. Es gibt, so beruhigt man uns vorab, »heute keinen Generationenkonflikt im alten ödipalen Sinn«. Den gab es zwar nie, aber die nachträgliche Verharmlosung der Kritik an den Mittätern des Nationalsozialismus zum »Generationenkonflikt« war immerhin Voraussetzung für die »Aussöhnung« mit den »Vätern« und ihrem Vermögen.

Nachdem man vor einiger Zeit schon ausgiebig »unsere 80er Jahre« feierte (Nelson Mandela, Stadtrucksäcke, Libyen, Adidas, Golfkrieg, Aids-Virus, Computerdruckergeräusche und der Fall der Mauer), geht es diesmal um Cyberspace, Bosnien, Girlies, Egoismus und neue Drogen. In solchen redaktionell gewollten syntagmatisch verkümmerten

Parallelschaltungen wandelt sich der Kapitalismus unvermeidlich zum Erlebnis-Center. Wie in der Warenwerbung laufend neue Generationen von Autos, Staubsaugern oder Computern propagiert werden, so hat in den Generations- und Dekadenmythen das Geschichtsbewußtsein zu seiner Warenästhetik gefunden. Die Sucht nach Bilanzierung, die Konstruktion von »Epochen« & »Generationen« in immer kürzeren Rhythmen, entspringt dem Wunsch, sich mit etwas Größerem zu identifizieren. Die kritische Erörterung von Pro & Contra eines »Generationenbruchs« wird da sicher weiterhelfen.

Patrick Grad schrieb in KONKRET 9/95 über die Kölner »Popkomm«-Messe

Konkret 10/95, S. 58

Klaus Bittermann

Kitsch und Wahrheit

»Land and Freedom« – Ken Loach hat einen Film über den Spanischen Bürgerkrieg gedreht

Was ich nach der Pressevorführung von Ken Loachs »Land and Freedom« am meisten bedauerte, war, daß Leute wie Christian Semler solche Filme angucken dürfen, ohne Eintritt zu bezahlen. Nicht nur, weil Semler, wäre er nicht fünfzig Jahre zu spät geboren, die spanischen Anarchisten selber an die Wand gestellt hätte, sondern weil er sie jetzt, nachdem er den sinkenden ML-Kahn verlassen hat und nun als demokratischer Mustermann auf dem Luxusliner der Marktwirtschaft das Deck schrubbt, als Opfer des Stalinismus für die Bewältigung seiner eigenen Vergangenheit mißbraucht, statt die Klappe zu halten und einen nicht zu belästigen, was das Mindeste ist, was man verlangen kann. Takt und Anstand darf man aber von hundertprozentigen Überläufern nicht erwarten, und so wurde der spanische Bürgerkrieg als Sinnbild für das Scheitern des Westens entdeckt, das in Bosnien mit Bomben für den Frieden verhindert werden soll.

Ken Loachs Film aber taugt für derlei Phantasien überhaupt nicht. Der arbeitslose junge Kommunist David Carr (dargestellt von Ian Hart, der zuletzt den John Lennon in »Back Beat« spielte) reist aus Liverpool – wie viele Arbeiter im Herbst 36 – nach Spanien, um die soziale Revolution zu verteidigen. Aus Zufall schließt er sich einer von der POUM (von der KP als trotzkistisch verfolgte linkskommunistische Organisation) aufgestellten internationalen Brigade an. Eingesetzt an der Front von Aragon, erobern sie ein von den Faschisten gehaltenes Dorf und beschließen zusammmen mit den Bauern die sofortige Kollektivierung des Landes. Verletzt wird David nach Barcelona in ein Krankenhaus gebracht. Derweil verschärfen sich die Konflikte zwischen den Anarchisten und den schnell an Einfluß gewinnenden Kommunisten, vor allem wegen der Frage der Eingliederung der Milizen in reguläre Heeresverbände. David erlebt den kommunistischen Putsch in Barcelona im Mai 1937, als die von den Anarchisten gehaltene Telefonzentrale gestürmt wird, was einen tagelang andauernden Straßenkampf auslöst; er zerreißt sein Parteibuch, kehrt an die Front zu seinen Freunden zurück und muß erleben, wie seine Einheit entwaffnet wird, weil sie sich nicht der alten Militärstruktur unterordnen will.

Kurzgefaßt ist das die Geschichte, die auch George Orwell in *Mein Katalonien* erzählt, aber Loach wollte keinen »Intellektuellen« als Hauptfigur für seinen Film. Möglicherweise war das ein Fehler, denn der epische Stoff hätte etwas Reflektion durchaus vertragen können, um dem Film ein bißchen von der Schwere und der Tragik zu nehmen, die er ausstrahlt, und es hätte ihn auch vor dem Kitsch bewahrt, mit dem Loach nicht gerade geizt, wenn er auf die Tränendrüsen der Zuschauer drückt, um sich durch das Spiel mit den Emotionen eines Erfolgs zu versichern, den er aus dem Drama anders nicht herausquetschen zu können glaubt. Vom Witz und von der Ironie seines letzten Films »Raining Stones« ist nur wenig geblieben, dabei hätte »Land and Freedom« durchaus mehr davon vertragen können als nur die eine Szene, in der David im Zug nach Barcelona, als Internationaler Brigadist freudig von den Mitreisenden begrüßt, seine Schuhe auszieht. Denen entweicht ein strenger Geruch. Die Nachbarn rümpfen die Nase und einer sagt, daß er damit jeden Faschisten in die Flucht schlagen werde.

Statt mehr solche kleinen Episoden zu erzählen, die etwas von der sympathischen Offenheit und der ansteckenden Euphorie im revolutionären Spanien aufblitzen lassen, hat sich Loach leider darauf verlegt, die Handlung möglichst wirklichkeitsgetreu abzufilmen, wie z.B. eine fünfzehn Minuten lange Diskussion über die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Kollektivierung, was aus dem Film streckenweise ein ziemlich anstrengendes und ödes Stück macht, und das ist schade, denn das hat der Spanische Bürgerkrieg nicht verdient.

Zu den unschätzbaren Vorteilen des Films gehört es nämlich, daß er sehr wahrhaftig und richtig ist. Er hat die Geschichte aus der Perspektive des Unterlegenen aufgezeichnet, der der anarchistischen Sache zuneigt, weil er erkennen muß, daß die Kommunisten im Hinterland in erster Linie damit beschäftigt sind, die anarchistische CNT und die trotzkistische POUM zu bekämpfen und deren Milizen an der Front vom Nachschub abzuschneiden. Und während die Milizionäre mit untauglichen Pistolen und Gewehren den Faschisten ausgeliefert sind, sieht David in den Cafés von Barcelona gut bewaffnete Soldaten kommunistischer Einheiten in schicken Uniformen herumlungern. Schon aus diesem Grund ist dem Film der Erfolg zu gönnen, den er zumindest in Spanien zu haben scheint, wo er nach drei Wochen Spielzeit zu den drei meistbesuchten und heftigst diskutierten Filmen gehörte. Damit ist hierzulande kaum zu rechnen, denn der Spanische Bürgerkrieg gehört nicht gerade zu den heiß debattierten Themen, weshalb auch die »FAZ« den Film generös als »höchst anschaulichen Geschichtsunterricht« belobigt.

Nach der Uraufführung in Madrid meldete sich sogar Santiago Carrillo (Generalsekretär der spanischen KP unter Franco) zu Wort, um die alten Kamellen zu wiederholen, die Lügen von der Notwendigkeit, den Krieg zu gewinnen, um die Revolution zu retten, der doch schon vorher der Garaus gemacht worden war. Loachs Kommentar: »Ich habe nicht vergessen, daß Carrillo damals meine Genossen als Faschisten bezeichnet hat.« Loach ist Trotzkist, und deshalb sollte man vielleicht daran erinnern, daß es eine Illusion ist, anzunehmen, die POUM hätte sich anders verhalten als die Kommunisten, hätte sie die Mittel und die Möglichkeiten damals besessen und wäre der Chef im Kreml nicht Stalin, sondern Trotzki

gewesen. Trotzkis Spanien hieß Kronstadt – auch die Niederschlagung des Matrosenaufstands wurde mit der Notwendigkeit begründet, die Revolution zu retten.

Heute bevölkern diese Gestalten das historische Horrorkabinett, und es ist leicht, sie politisch korrekt zu verabscheuen. In kleinem und handlichem Format wünscht man sie sich jedoch manchmal wieder zurück. Natürlich nur für einen guten Zweck: um Christian Semler zu unterdrücken.

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 9/95 über die Umrüstung deutscher Medien zu militärischen Hauptquartieren

Konkret 10/95, S. 59

Georg Seeßlen

»Späte Rache für Pearl Habour«

Ein Film, der als Krisenmetapher sehr viel interessanter ist denn als ästhetisches Produkt: Kevin Costners »Waterworld«

Während der Herstellung des Films erreichten immer neue ökonomische, organisatorische und persönliche Katastrophenmeldungen die Öffentlichkeit, die nicht ohne Schadenfreude von den Debakeln des teuersten Films aller Zeiten Kenntnis nahm. Anders als bei dem dreiviertelgenialen »Heaven's Gate« von Michael Cimino, der von den amerikanischen Kritikern nicht minder gnadenlos vorverurteilt und verurteilt wurde, ist bei »Waterworld« der politische Gehalt der Metapher vom Scheitern eines mehr oder weniger größenwahnsinnigen Projektes nicht auf Anhieb zu erkennen. Der Film hat mit 170 Millionen Dollar mehr gekostet als die amerikanische Regierung im Rahmen des *National Endowment for the Arts* im Jahr für die Kultur ausgibt, oder, um es mit »USA Today« zu sagen, so viel wie das Jahreseinkommen von 51.210 Menschen in Shannon County, South Dakota. Geldbewegungen dieser Größenordnung machen das Verhältnis von Kultur und Volkswirtschaft problematisch, sie provozieren die Frage, was eine Gesellschaft mit dem Reichtum macht, der ihre Armut produziert. Ein Film, von dem schon während der Produktionsphase feststand, daß er auf absehbare Zeit seine Kosten nicht würde einspielen können, wird daher zum Ausdruck der Krise nicht nur einer Branche, sondern auch eines gesellschaftlichen Pakts.

Worum geht es? Am Beginn wird ein vergnügliches Spiel versprochen: Der Planet, der das Universal-Logo bildet, beginnt sich zu verwandeln, das Land verschwindet, das Eis auf den Polkappen schmilzt, die Erde wird zur Wasserwelt. Die ökologische Katastrophe ist das *topic* der neunziger Jahre, so wie es der Atomkrieg in den Fünfzigern war, das Bild der größtmöglichen Katastrophe, aber zugleich ein Sehnsuchtsbild für ein neues barbarisches Paradies der Nachapokalypse. Nun sehen wir einen Mann auf einem Trimaran im endlosen Ozean, der versonnen in ein Glas pinkelt, dann schüttet er seinen Urin in ein Glaskolbensystem, das daraus wieder Trinkwasser macht, das der Held, Kevin Costner, gleich zu sich nimmt. Ein Held, den wir als erstes beim Pinkeln beobachten, kann nicht vollständig gut sein, so gut kennen wir das Kino (die schmutzigen Männer in den Italowestern haben gern vor der Kamera gepinkelt). Der »Mariner« ist auf seinem aus Schrott gebauten, mit allerlei trickreichen *gadgets* ausgestatteten Trimaran scheinbar ziellos in der Wasserwelt unterwegs, ein Trapper und Händler, den nichts so schützt wie seine vollkommene Autonomie. Er kümmert sich einen Dreck um irgend jemand anderen auf der Welt, wie weiland der Fremde ohne Namen, mit dem ihn überdies sein maskenhaftes *dead-pan*-Gesicht verbindet. Gelegentlich trifft er andere Einsame, die unterwegs sind wie er, die meisten von ihnen sind böse und verrückt.

Was er anzubieten hat, ist das Seltenste in dieser nachapokalyptischen Welt: Erde. Er sammelt Abfall in den versunkenen Städten, und das kann er, weil er schon eine erste Mutation ist, ein Kiemenatmer mit Schwimmhäuten zwischen den Zehen (eine der blöderen Ideen dieses Films, die man in der Endfassung auch wenig strapaziert und nur zu einer schönen Tauchszene nutzt). So kommt er in die Welt der, nun ja, Zivilisation dieser Tage, wo man ihn, seiner so angepaßten Fähigkeiten wegen, gleich zur Ehe mit einer Frau zwingen will. Das gibt Ärger. Er wird zum Tode verurteilt, was hier eine besonders wirkungsvolle Form des Recycelns ist. Als die Bösewichte der Wasserwelt, die üble Horde der Smokers, mit Jetski, Schrottschiffen und Wasserski angreifen, gelingtihm die Flucht, auf die er wider Willen das Waisenmädchen Enola (Tina Majorino) und ihre Pflegemutter Helen (Jeanne Tripplehorn) mitnimmt. Die Smokers heißen übrigens so, weil sie, von ihrem Anführer, dem Deacon of the Deez (Dennis Hopper), bis zum kleinsten und gemeinsten Mann, Unmengen Filterzigaretten wegpaffen (wo sie das Zeug in der Wasserwelt bloß herhaben?). Hopper spielt diese Rolle mit reduktionistischem Spaß, so, als wisse er nicht recht, wie ernst der Unfug eigentlich sei, auf den er sich da wieder eingelassen hat, und wirft mit Marlboro-Kippen und schrägen Jokes um sich: »The gentleman guppy. He's like a turd that won't flush.« Die Smokers sind ansonsten eine Art Hell's Angels auf dem Wasser, deren geistige Beweglichkeit nicht mit der ihrer Waffen und Gefährte mithält, weshalb sie sich auch gern gegenseitig dezimieren.

Nach der großen *escape*-Szene wäre also wieder einmal eine der »heiligen Familien« des Abenteuerfilms komplett, und wie wir es aus den entsprechenden Vorbildern gewöhnt sind, hat der Held erst einmal Schwierigkeiten, sie zu akzeptieren. Daß Costner der Frau eins mit dem Ruder überzieht und das kleine Mädchen, das nicht schwimmen kann, über Bord wirft, mögen seine Fans ihm zunächst übelnehmen. Aber, sagt er, der Mariner sei schließlich »ein gefährlicher Mann«, und das muß man schließlich auch irgendwo sehen. Es gibt Leute, die behaupten, Costner habe diese Szenen als sehr persönliche Kompensation gegen den Rat der Produktion in der Endfassung behalten. Daß aus dem ursprünglich so abweisenden und aggressiven Charakter im Verlauf des Films doch noch der väterliche Beschützer wird, hat als Nebeneffekt jedenfalls eine gewisse Geschwätzigkeit, mit der zum Beispiel Enola die Qualitäten ihres neuen Freundes beschreiben muß.

Enola hat eine Tätowierung auf dem Körper, die den Weg zum legendären »Dryland« weist, ein Stück erhaltenes Festland, das auch die Smokers erreichen wollen. Deswegen muß noch viel gekämpft, geschossen und geflohen werden, der Mariner verliert sein Schiff, und beim großen Endkampf, wo er das Mädchen aus den Händen des Deacon befreit, muß der verrottete Supertanker versenkt werden, auf dem die Piraten ihr Hauptquartier haben (und dessen Namen wir im

Augenblick des Untergangs lesen können: »Exxon Valdez«), bevor das Dryland schließlich tatsächlich gefunden wird. Das ist nun wirklich das Paradies aus der Deo-Werbung und macht vielleicht deswegen die ganze mythische Konstruktion der Story kaputt: Der McGuffin offenbart sich als purer Kitsch. Wir haben uns so an die Ästhetik des Wassers gewöhnt, daß das Land nun wirklich nur als Schmock wirkt. Aber der Mariner, man kennt das ja, muß wieder weg, er ist irgendwie für das Leben auf dem Meer geboren, schließlich ist er ja ein halber Fisch, so daß auch Helen nur mit großen braunen Augen ziemlich traurig, aber verständnisvoll übers Meer schauen kann.

»Waterworld« ist ein gleich mehrfach verkleideter Western. Der einsame Cowboy, das »Halbblut«, das Fort, der Indianerüberfall, die zögernde Liebesgeschichte, die mit einem Gespräch am Lagerfeuer beginnt, die boy/hero-Beziehung, die hier sympathischerweise mal eine girl/hero-Beziehung ist, der Zwang des einsamen Helden, weiterzuziehen, kaum könnte man es sich richtig gemütlich machen: alles da. Der Mariner, den Kevin Costner als mürrische Variante aller seiner Helden, von Robin Hood bis Wyatt Earp, gibt, ist eine Melange aus dem klassischen und dem Spät-Helden. Er ist noch der große Problemlöser, auch wenn er eigentlich nichts anderes im Sinne hatte, als sehr allein und sehr frei übers Wasser zu gleiten und ab und zu zu den versunkenen Städten hinabzutauchen, aber andererseits ist er auch ein ziemlicher Neurotiker, der Erkleckliches an Menschlichkeit und Zukunft verloren hat und der folgerichtig nicht recht zum neuen Adam taugen will. Kevin Reynolds, der Regisseur, hatte einen eher düsteren, physischen Film im Sinn; Kevin Costner, der Star und Mitproduzent, wollte seinen Helden retten. So ist ein Film entstanden, der beständig mit sich selbst im Streit zu liegen scheint, der zwar großartige Bilder, aber keine Vision bietet; der teuerste Film der Welt handelt in seinem Innersten vor allem von Rat- und Mutlosigkeit.

Es hätte durchaus ein Film von ausreichendem Unterhaltungswert werden können, ein gigantischer Kindermatineespaß mit einem Endzeit-Peter Pan und einem Bösewicht, der Captain Hook und Smie in einer Person ist, ein bißchen Robinson Crusoe, ein bißchen »Submariner«-Comic, ein bißchen »Road Warrior«, ein bißchen Tarzan, Wildtöter, Django und Robin Hood, ein bißchen Shane und ein bißchen Moses, ein bißchen »Planet der Affen« und ein bißchen »Schatzinsel«; die Rekonstruktion des Helden aus dem Geist der Recycling-Ära. Was dagegen stand, ist nicht nur der dann doch zu hohe Grad an Brutalität und Sophistication des Films, sondern vor allem das Geld.

s ist nur auf den ersten Blick grotesk, daß der teuerste Film der Welt einer ist, in dem vor allem Schrott vorkommt. Doch dieser Schrott ist unzweifelhaft echt,**E**man könnte ihn jederzeit anfassen, und das ist, vielleicht, auch die visuelle Philosophie von »Waterworld«, daß nämlich das wahre Abenteuer eine Rückkehr zum Materiellen ist, zu einer Art der physischen Realität, die im Kino schon so selten ist wie »dirt« in der Wasserwelt. Aber aus mehr als einem Grund mußte der Film zu einer unfreiwilligen Parodie auf die Errettung der physischen Realität werden. Die Rematerialisierung der Wahrnehmung, der Blick zurück zu einer wenn auch ins Groteske verzerrten, topografischen, vertikalen Welt- und Raumerfahrung (womit wir im übrigen wiederum beim Western wären) hebt sich in »Waterworld« selber auf; während das Medium der Reise das Wasser und die schwimmende Architektur nur Dekonstruktion sein kann, ist am Ende das Unwirklichste das Land in seiner Postkartenschönheit, eine Schimäre. Die Materialität der Filmproduktion beschreibt nicht das Glück dieser Erfahrung, sondern ihr endgültiges Verschwinden. Was Kevin-Costner-Filme so teuer macht, ist ihre Altmodischkeit, und was zwischen »Dances With Wolfes« und dem vom selben Kameramann, Dean Semler, fotografierten »Waterworld« geschah, ist eine ungeheure Abnutzung der materiellen Wahrnehmung bereits einer nächsten Generation. Aber nur in dieser materiellen Welt funktioniert auch der Schauspieler Costner, er ist einer mit verschwitztem Hemd und Spuren von Arbeit, keine Comic-Figur wie Stallone oder Schwarzenegger, keine Glamour-Version des Männerkörpers, keine Kampfmaschine, sondern ein Mensch, der an seine Grenzen gelangt. Gerade das machte seinen Appeal als neue Ikone eines gemäßigten Optimismus aus, und der Verlust dieses Optimismus hat den Mißerfolg seiner letzten Filme bewirkt.

Ursprünglich war das Script zu »Waterworld« zu nichts anderem als einer unterhaltsamen Trash-Produktion gedacht. Die erste Version des Treatments gelangte zu Roger Corman, und der überschlug die Kosten: 5 Millionen Dollar. Das war mehr als seine teuersten Produktionen bislang gekostet hatten. Peter Rader, der einen Namen als Low Budget-Regisseur hat, sollte den Film inszenieren und schrieb ein erstes Drehbuch, das immer noch zu aufwendig war. Jetzt nomadisierte der Stoff in Hollywood, und 1991 zeigte plötzlich Costner Interesse, spielte kurz mit dem Gedanken, selber die Regie zu führen, verlangte dann aber seinen alten Freund Kevin Reynolds als Regisseur, dem die Studiobosse von Universal eher skeptisch gegenüberstanden. Der Name des Stars schon trieb das Budget in vergleichsweise einsame Höhen; das Drehbuch wurde immer wieder überarbeitet, und dennoch wollte aus dem Trash-Movie kein Blockbuster-Stoff werden.

»Waterworld« steht schließlich am Ende einer seltsamen Loyalität zwischen dem Star Costner und dem Regisseur Kevin Reynolds, der ihm in »Fandango« die erste Rolle gab und ihn bei »Dances With Wolfes« moralisch unterstützte. Schon bei »Robin Hood« war es zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den beiden gekommen; Costner nahm den Endschnitt dem Regisseur aus den Händen. So war, möglicherweise, »Waterworld« nicht nur der Versuch, in der Arbeit eine zerbrochene Freundschaft zu kitten, sondern auch ein nochmaliger Versuch, zwei sehr verschiedene Auffassungen vom Filmemachen zusammenzubringen. Als der »Waterworld«-Deal bereits feststand, drehte Costner »Wyatt Earp« und übertrug in der Zwischenzeit Reynolds die Regie an seiner Produktion »Rapa Nui«, bei der sich im wesentlichen schon all

die Probleme abzeichneten, die »Waterworld« plagen sollten: die Drehbuchschwächen, um die sich der Regisseur nicht kümmerte, das explodierende Budget, die Manie des Regisseurs für Originalschauplätze, gewaltige Bauten und titanische Auseinandersetzungen mit der Natur. Reynolds Traum von einem puren, materiellen, körperlichen Kino, in dem so wenig Matter Painting, Modelle und Computersimulationen, so viel »Echtes« wie möglich eingesetzt wird, hat indes, so scheint es, kein eigentliches Thema; Reynolds' Monomanie wird weder von wirklichem Talent noch von einer visionären Phantasie begleitet. Das bedeutet, ökonomisch gesprochen, daß man seinen Filmen nicht ansieht, wie teuer sie sind, und ästhetisch gesprochen, daß die Errettung der physischen Realität ein leeres Ritual ist, in dem es nicht einmal den Hauch von Bewußtsein gibt.

Wieder kam es zum Streit zwischen Costner, auch als Produzent Vertreter eines eher populären, *character*-orientierten Kinos, und Reynolds, dem Regisseur des Schauplatzes, aber der Vertrag stand bereits fest, »zumindest in meinem Kopf«, wie Costner sagt. Und die Querelen setzten sich in der Vorproduktion fort; das Script war nach Costners Meinung nicht fertig, und auch über den Charakter des Helden herrschte keineswegs Einigkeit. Jetzt wollte Costner das Projekt doch noch stoppen, aber mittlerweile waren schon Millionen in Bauten und Kostüme gesteckt. In aller Eile wurde das Drehbuch ein weiteres Mal umgeschrieben. Noch mitten in den Dreharbeiten heuerte man den Autor Joss Whedon (»Speed«) an, um für 75.000 Dollar das Script zu retten, vor allem für den dritten Akt eine Liebesgeschichte zu kreieren, die ursprünglich nicht vorgesehen war und die den Film für das weibliche Publikum attraktiv machen sollte. So stellte man sich das jedenfalls vor, angesichts des überdurchschnittlichen Anteils an Zuschauerinnen bei »Dances With Wolfes« und »Bodyguard«. Auf dem Set kam es nie zu einer einheitlichen Arbeit von Star und Regisseur; »es war, als würden zwei verschiedene Filme gleichzeitig gedreht«, meinte Costner.

Die Dreharbeiten hatten am 27. Juni 1994 vor der Küste von Hawai begonnen; es war ein bizarres, topographisches und immer noch reichlich kolonialistisches Unternehmen. Einen Film vollständig auf, im und unter Wasser zu drehen ist ja in der Tat eine Herausforderung, die einer fundamentalen ästhetischen Erfahrung entspräche, und heraus hätte eine Art von Schönheit kommen können, die nach Brecht durch die Überwindung von Schwierigkeiten entsteht, eine Metapher auf die ästhetische Arbeit selber. Doch es war die kolonialistische Fehleinschätzung selber, die zu den eigentlichen Schwierigkeiten führte: die Mißachtung der Warnungen vor den Stürmen, die Ignoranz gegenüber den natürlichen Gefahren des Meeres, die Rücksichtslosigkeit gegenüber den einzelnen Mitarbeitern, der Transport der aufwendigen Materialien und Bauten statt ihrer Herstellung vor Ort.

Niemand wußte wirklich, was aus diesem Film werden sollte, außer, daß er sich zu einer Geldvernichtungsmaschine entwickelte. Trotzdem stand Costner zum Regisseur, als Universal ihn feuern wollte; allerdings wurden zum Schluß ein paar drastische Sparmaßnahmen durchgeführt, was freilich den Film vollends aus dem Gleis wirft: Der Schlußkampf ist, unter anderem wegen reichlich schlampiger Rückprojektionen, deutlich unspektakulärer ausgefallen als der Smokers-Überfall am Beginn. Ein Actionfilm, der sich selbst nicht zu steigern vermag, hinterläßt, auf welchem Niveau er auch begonnen hat, ein Gefühl der Unzufriedenheit und erweist sich damit als untauglich für die so notwendige Mundpropaganda. Als Reynolds schließlich nach dem Director's Cut, mit dem niemand zufrieden war, noch einmal einen Nachdreh forderte, war das Zerwürfnis perfekt. Costner selbst übernahm einen neuen Schnitt, der den Film von 160 Minuten auf 117 Minuten kürzte.

Die Einspielergebnisse waren schließlich nicht ganz so schlecht wie befürchtet, aber bei weitem nicht ausreichend für einen wirklichen Blockbuster. Aber wahrscheinlich wird »Waterworld« nach und nach sein Geld schon einbringen, und sei's auf dem irgendwann »regulierten« Videomarkt in China. Aus den Kulissen des Films entsteht im Universal Theme Park für noch einmal 12 Millionen Dollar eine Stunt-Arena, in der man regelmäßig ein Wasserflugzeug in einer 15 Meter hohen Feuersbrunst explodieren lassen will (die Anwohner haben bereits eine Protestunterschriftenliste erstellt) und wo die Smokers Tag für Tag verprügelt werden.

Und selbst wenn das nicht reicht: Für Universal gibt es in Wahrheit bei »Waterworld« gar nichts zu verlieren. Während der Dreharbeiten wurde der Deal mit dem japanischen Matsushita-Konzern perfekt, von dem Seagram die Muttergesellschaft von Universal, MCA, übernahm; alle Schulden bleiben indes bei der japanischen Firma, während MCA lediglich für die Kopienkosten und die Werbung aufkommen muß. So höhnte denn die amerikanische Presse, »Waterworld« sei die »späte Rache für Pearl Harbour«.

Was lehrt uns das alles? Einerseits ist die amerikanische Filmproduktion ziemlich anarchisch; die seltsame Loyalität eines Stars kann wichtiger sein als große Produktionspläne; andererseits funktioniert sie als Verwertungsmaschine so perfekt wie das Recycling in »Waterworld«. Und schließlich ist die öffentliche Inszenierung des Mißerfolgs ein ideales Steuerungsinstrument: In Costner wird ein zu mächtig gewordener Star der liberalen Zwischenphase zurechtgestutzt, in Reynolds weist man einen allzu selbstbewußten Regisseur in die Schranken, und im populistischen Kopfschütteln über die Filmkosten hat die Anti-Hollywood-Kampagne der aktuellen Rechten einen Nebenschauplatz. Hollywood braucht die »Heaven's Gate«, »Ishtar« und »Waterworld« nicht bloß, um den Investitionsrahmen nach unten zu korrigieren, sondern auch zur Strukturierung der Macht. Die Produktion, die Regie und die Stars stehen in einem ständig neu definierten Kampf

um den Einfluß auf das fertige Produkt; Mißerfolge bringen der Produktionsseite verlorene Macht zurück. Und den Diskurs von Geld und Bildern wieder in Gang.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 3/95 über die Münchner Romantik-Ausstellung

Konkret 10/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die sozialdemokratische Abgeordnete im Europäischen Parlament Christa Randzio-Plath ist von ihrem Handarbeitskurs aus China zurück:

Globale Frauen-Netzwerke weben!

ruft sie aus, also nicht wie zu Muttis und Omas Zeiten, als die Netze noch gehäkelt und geklöppelt wurden.

Die Frauen sitzen weltweit in einem Boot. Mit Humor und Witz bauen sie ihre Netzwerke aus und bringen Probleme auf den Punkt.

Eine Menschheit, die für den Erwerb solcher Kenntnisse schätzungsweise 25.000 Mark Spesen ausgibt, kann nicht untergehen.

Wenn's stürmt oder schneit und im Fernsehen nichts ist als Presseclub und Musikantenstadl, setz' ich mich gern an den Kamin mit einem alten Sexualkundebuch oder dem »Neuen Deutschland«:

Ost-Wirtschaft nicht aus dem Schneider

heißt eine Überschrift, und gleich ob die Zeitung des demokratischen Sozialismus dabei an den berühmten Baulöwen gedacht hat oder an einen anderen kapitalen Grand Hand – der durch die Metapher waltende Weltgeist sagt ihr und ihrer Partei die intellektuelle Insolvenz an, was die beiden aber nicht auf die Idee bringt, sich die Kugel zu geben, sondern den restlichen Grips auf Zero zu setzen:

PDS will Milliarden bei Rühe streichen

und Cassius Gregor den Mike Tyson umhauen zum Beweis, daß der parlamentarische Kretinismus in seiner Partei noch schneller voranschreitet als bei den Grünen, obwohl deren »Tageszeitung« sich in ihren Untertiteln redlich um ein keeping up with the Gysis bemüht:

Das öffentliche Interesse geht vor das Persönlichkeitsrecht

Es war die letzte Bastion der Bewegung, die da gefallen ist. Sie haben ihm doch nicht gerettet, dem Dativ.

Wodurch unterscheidet ein Chefredakteur sich von einfachen Redakteuren? Daß er noch viel besser nicht kann, was sie nur sehr gut nicht können: schreiben. Wie dieser an die »liebe Leserin« und den »lieben Leser« der Illustrierten »Stern«:

Am vergangenen Wochenende haben wir, wie versprochen, Ihr »Nein zu Frankreichs Atomtests« im Élysée-Palast in Paris übergeben. Anders als die Emissäre von Greenpeace wurden Ihre Meinungsäußerungen immerhin von Gehilfen des Präsidenten entgegengenommen.

Die Emissäre von Greenpeace entgegenzunehmen, hatten die Gehilfen des Präsidenten nämlich abgelehnt. Aber auch von dem Tönnchen Altpapier, das die Boten der Illustrierten in einem Nebenraum der Wache absetzen durften, ließ der Herr des Palastes sich keineswegs belehren sondern, man lese nur:

Entgegen den Bitten aus aller Welt zündeln Frankreichs Großmachtträumer ihre Bomben auf dem fernen Südseeatoll.

Zündeln heißt: mit dem Feuer spielen. Das Explodieren eines Sprengsatzes bewirken heißt, auch wenn Kinder oder Träumer es tun: zünden. Deutsch sein sein sehr edel, deutsch schreiben viel schwer. Immerzu:

Bis zuletzt hat sich Präsident Chirac einem Diskurs über den Sinn oder besser über den unvertretbaren Unsinn seiner Atomtests widersetzt.

Unsinn sein Unsinn *weil* unvertretbar; vertretbarer Unsinn nix Unsinn. Wenn aber Unsinn, also unvertretbar, nix möglich Diskurs, weil Diskurs bedeuten methodische Erörterung, und deshalb nix nötig widersetzen.

Herzlich Ihr Werner Funk

Gern geschehn.

(Die folgenden beiden Stücke sind in KONKRET 9/95 durch einen technischen Fehler verstümmelt worden. Sie werden deshalb hier in restaurierter Form erneut abgedruckt:)

In der »Süddeutschen Zeitung« heißt es über den ehemaligen Pressesprecher Conrad Ahlers:

Gelegentlich kam er sich vor wie Goldonis Diener zweier Herren, weil er mit dem Christdemokraten Kurt Georg Kiesinger und dem Sozialdemokraten und Altkommunisten Herbert Wehner gleichermaßen auskommen mußte.

Ich fresse eine Packung Tipp-Ex, wenn da nicht ein Chefredakteur dem Redakteur hinter dem Christdemokraten ein Wort weggestrichen hat, das mit dem Altkommunisten hinter dem Sozialdemokraten korrespondieren sollte. Was war der Christdemokrat denn, als der Sozialdemokrat Jungkommunist war? Er war altchristdemokratischer Verbindungsmann des Außenministeriums zu Joseph Goebbels.

Vorsicht, Dichtung!:

Draußen ist Mai und will gar nicht mehr aufhören. Der Käse-Teint der Hauptstadt ist über Nacht verschwunden, endlich Wärme! Licht! Pollenflug und Mädchenblüte. Und drinnen in der Redaktion sitzt General Winter und beginnt, seine unverfrorenen Blicke aufs Fräulein Frühling zu werfen.

»Raffael« heißt das Hoch über der Stadt, nach dem Schönen und Trefflichen von Urbino. Immer weiter steigt der Luftdruck, schon liegt er bei 1032 hPa, schwacher Nordwest auf West drehend. (»Typisch«, würde das Fräulein Frühling an dieser Stelle bemerken und dann weiter berichten, weshalb man erst so richtig wisse, wie schwarz ein Neger sei, wenn er bei einem in der Badewanne liege. Aber lassen wir das. Reden wir lieber weiter übers Wetter.)

Von Alexander Smoltczyk, Jahrgang 58. Nein, nicht 1858. Aus der »Wochenpost«. Gelernt bei der »Tageszeitung«. Njuh Tschöhnaliß m, wie Fräulein Frühling an dieser Stelle bemerken würde. Der Autor (aber das glaubt mir ja doch keiner) ist Hauptgewinner eines nach Egon Erwin Kisch benannten, von der Illustrierten »Stern« erfundenen Preises. Die Verleihung hat deren Chefredakteur vorgenommen. Herzlich Ihr Egon Erwin Funk.

Er hält sich für Deutschlands brillantesten Sozialforscher, vielleicht noch vor Leggewie, und es ist in Wort und Tat fraglich, ob es auch diesem gelänge, zwei Sprach- und drei Denkfehler in nur einem einzigen kurzen Sätzchen unterzubringen:

Für mich war die DDR der Vollstrecker am Mord Trotzkis.

Der Verfasser am Bau des Satzes heißt Heinz Bude. Die Muse der Sprache sagt Heinzi. Und dann weint sie.

Ein Konkurrent des Heinz Bude ist der Wolfgang Bonß, Verfasser eines Werkes mit dem bedeutenden Titel »Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewißheit in der Moderne«. Das Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« referiert den Inhalt:

Kurzum, die Ungleichheiten der Reichtumsverteilung sind durch die Gleichheiten der Risikoverteilung abgelöst worden. Keiner kann sich dem entziehen. Wer reich ist, lebt gefährlich. Wer aber arm ist, lebt deshalb keinesfalls ungefährlich.

Außerdem sollen in dem Werk

eine kommunikative Verflüssigung und Politisierung des Risikodiskurses

sowie

die Optimierung von Sicherheit, Eindeutigkeit, Komplexität und Kontextinvarianz

als auch

Unsicherheit, Uneindeutigkeit, Kontingenz und Kontextbezogenheit

wörtlich vorkommen. Namenswitze sind in dieser Zeitschrift grundsätzlich verboten, weshalb es mich ein Monatsgehalt in die Verlagskasse kostet, den Bock und den Mist, den er macht, zu nennen, wie sie es verdienen: Bonßai-Denkerei.

Zu den Redakteuren der »Frankfurter Allgemeinen«, die eine wohlgefällige Arbeit verrichten, gehört der Roswin Finkenzeller. So schön wie er kann kaum einer e2 – e4 sagen. Leider tendiert er manchmal dazu, aus seiner Schachecke hinauszuwollen:

Arme Leute können sich keinen Leibwächter leisten, reiche schon. Die Entwicklung führt zu immer besseren Alarmanlagen und immer größeren Klassenunterschieden in der Abwehr der Kriminalität, wobei Sozialdemokraten und andere für Gleichheit schwärmende Politiker mit keiner Wimper zucken.

Sie liefern das Proletariat ohne jeden Skrupel den Bankräubern, Devisenschiebern, Entführern und Erpressern aus. Welcher Sozialrentner kann es sich schon leisten, seine Picassosammlung mit der besten Alarmanlage zu sichern? Wird das schockierende Ergebnis einer situationsmarxistischen Analyse nicht lauten müssen: Armut ist Diebstahl?

Und wo las man diesen Satz?:

Das Großbürgertum sah in Hitler einen Verbündeten im Kampf gegen das Proletariat.

Im »Neuen Deutschland«? Das hat schon vor vier Wochen die Klassengesellschaft endgültig überwunden. Nein, auch dieser Rückgriff auf Marx stand in der »Frankfurter Allgemeinen«. Betreffend Kollaborateure der Nazis. In der Schweiz. Wenn es ums Anschwärzen der Konkurrenz geht, macht das Feuilleton der Bourgeoisie nicht mal vor Klassenanalyse halt.